blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt (iz3w)

Madagaskar 1975: Das Büro der Sozialistischen Partei wird zerstört

Afrikanische Entwicklungsmodelle

Vergleich: Madagaskar - Elfenbeinküste

AUS DEM INHALT:

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Tropisches Afrika 3
Asien 4
Lateinamerika 4

Südliches Afrika
Die „neue" Anti-Apartheid-Bewegung 7

Afrikanische Entwicklungsmodelle
Vergleich Madagaskar – Elfenbeinküste 9

Argentinien
Der Militärputsch 36

Guatemala
Was bewirken die Hilfssendungen? 38

REZENSIONEN
,Von denen keiner spricht' 41
Dritte Welt im Unterricht 41

Repression
Zwei Freiburger Studenten verhaftet 40

Leserbrief zu Ecuador 6

Kampagne gegen Repression 41

Nr. 53
Mai 76

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

DM 2,50

KLEINANZEIGEN

Über Kleinanzeigen hat schon mancher einen großen Fund gemacht!

Ab sofort nehmen die „Blätter des IZ3W" kostenlos Kleinanzeigen an. Bedingungen: Sie sollten nicht länger als etwa fünf Druckzeilen sein, die volle Adresse des Inserenten enthalten und keinen kommerziellen Inhalt haben. Ebenso müssen die Vorlagen maschinengeschrieben sein.
Selbstverständlich halten wir weiterhin an der bisherigen Praxis fest, Solidaritätsgruppen auch größeren Anzeigenraum für Aufrufe und Publikationswerbung zur Verfügung zu stellen, soweit dies aus Platzgründen möglich ist. Für eventuell auftretende Fehler können wir leider nicht haften.

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Tel. 0761/7 40 03.

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, M. Glatthaar, E.-H. Flammer, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, R. Salmela-Gohl, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, B. Thill, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–). Schweiz: Fr 28,80 bzw. 20,40

Einzelpreis: DM/Fr. 2,50 / S 17,–

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

Nachrichten und Kurzberichte

Tropisches Afrika

ÄQUATORIAL GUINEA

Massenevakuationen

11.2. Guardian(Am.)/15.4. FR
(vgl. Heft 43/44 und 46/47)

Unter Berufung auf jahrelange Provokationen und Demütigungen ließ Nigeria 45 000 Staatsbürger von ihren Arbeitsplätzen in Äquatorial Guinea evakuieren. Nachdem elf Nigerianer auf dem Gelände der nigerianischen Botschaft von äquatorial guineischen Truppen ermordet worden waren, wurde in Nigeria die Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen und sogar der Annexion des Nachbarlandes laut.
Die Nigerianer hatten in Äquatorial Guinea aufgrund einer alten Abmachung der früheren Kolonialmächte Großbritannien und Spanien gearbeitet. 1970 begann der Diktator Macias Nguema wichtige Bestimmungen des Vertrages außer Kraft zu setzen und weigerte sich insbesondere, die vereinbarten Löhne zu zahlen. Frauen durften ihre Männer nach dem Ende der Arbeit nicht mehr zurück nach Nigeria begleiten. 1970 und 1971 wurden 95 Nigerianer umgebracht, weil sie ihren ausstehenden Lohn forderten. Nigeria will jetzt die Rückkehrer auf Staatsgütern ansiedeln.
Der plötzliche Rückzug der Nigerianer, die auf Kakaoplantagen arbeiteten, hat der ohnehin hoffnungslos zerrütteten äquatorial guineischen Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt.

ELFENBEINKÜSTE

Fortgesetzter „Dialog"

24.3. Fraternité Matin (Abidjan)/25.3. Le Monde

Bei einem mehrtägigen Aufenthalt des südafrikanischen Informationsministers Muller in der Elfenbeinküste setzte Präsident Houphuet-Boigny seinen „Dialog" mit den südafrikanischen Rassisten fort. Die häufigen Besuche südafrikanischer Politiker und Geschäftsleute führten zu einer Vereinbarung, mit der der südafrikanischen Fluggesellschaft SAA Landerechte in Abidjan gegeben wurden, während gleichzeitig in anderen Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit Überlegungen angestellt werden, ob ein genereller Boykott des Luftverkehrs mit Südafrika organisiert werden kann. Die „Dialog"-Politik der Elfenbeinküste geht Hand in Hand mit der Unterminierung panafrikanischer Solidarität im Kampf gegen das Apartheid-System Südafrikas. Als Erfolg des „Dialogs" konnte die Elfenbeiner Presse lediglich die Aufhebung einiger belangloser Rassenschranken feiern und Regierungskreise betonen ausdrücklich, daß die neueren Ereignisse im Südlichen Afrika die „Dialog"-Politik nicht in Frage stellen könnten. Kein Wunder, denn der Dialog hat beim engen Zusammenwirken der Elfenbeinküste mit Südafrika, Zaire und den USA im Kampf gegen die MPLA Angolas seine Brauchbarkeit erwiesen.

SAHARA

Uno – Beauftragter abgewiesen

30.3., 6.4. Le Monde
(vgl. die Berichterstattung in den vorangegangenen Heften)

Olof Rydbeck, der von UNO-Generalsekretär Waldheim mit einer Sondierung im Sahara-Konflikt beauftragte Sonderbevollmächtige, ist in der algerischen Stadt Tindouf mit Vertretern der Regierung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara zusammengekommen. Mit fadenscheinigen Argumenten lehnten es darauf die Regierungen Marokkos und Mauretaniens ab, Rydbeck in ihren Machtbereich kommen zu lassen.
Die spärlichen Nachrichten über Kampfhandlungen lassen darauf schließen, daß die überlegenen Streitkräfte Marokkos und Mauretaniens alle größeren Siedlungen fest in der Hand haben. Beide Staaten haben ihren Teil der Beute formell annektiert.
Zu Reibereien kommt es offensichtlich zwischen Mauretanien und dem militärisch erheblich stärkeren Marokko, vor allem in Fragen der Grenzziehung und der Benutzung der Hafenanlagen von Dakhla (Villa Cisneros) durch Marokko. Die Polisario führt vor allem im Norden Mauretaniens und den angrenzenden Gebieten der Sahara einen Abnutzungskrieg.

SAMBIA

Neue Ausfuhrhäfen

27.2. Blick durch die Wirtschaft / 8.3. Newsweek (vgl. auch Heft 51)

Die schwierige Exportsituation des Landes entschärft sich allmählich, vor allem durch südafrikanische Hilfe. Über Rhodesien und südafrikanische Häfen wird eine unbekannte Menge Kupfer exportiert. Ferner baut eine südafrikanische Gesellschaft mit südafrikanischem Kapital das malawisch-mosambikanische Bahnnetz über Malawis neue Hauptstadt Lilongwe zur sambischen Grenze aus.

Prekär ist weiterhin die Lage im tansanischen Hafen Daressalam. Wegen seiner ständigen Verstopfung und der sehr hohen Hafengebühren bringt die ohnehin noch nicht voll leistungsfähige Tansam-Bahn nicht die erhoffte Entlastung. Tansania gestattete jedoch wieder die Durchfuhr von Kupfer zum kenianischen Hafen Mombasa, doch dürfen Lkws über zehn Tonnen, die die Transportkosten stark senken würden, nicht benutzt werden. Die theoretisch zwischen Kenia und Sambia bestehende Bahnverbindung ist vor einigen Monaten wegen des faktischen Zusammenbruchs der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft zerstört worden.
Eine entscheidende Verbesserung der Ausfuhrmöglichkeiten Sambias wird in einigen Wochen erwartet, wenn die Benguela Bahn den Kupferexport durch Zaire und Angola wieder möglich macht. Vorerst sind bei der Bahn, die auf weite Strecken intakt geblieben ist, noch einige Brücken neu zu bauen.

TCHAD

L'EXPRESS
hebdomadaire, Paris

TSCHAD

Neue Kooperationsverträge
6.3. Le Monde
(vgl. die Berichterstattung in Heft 49 und 50)

Der Theaterdonner, den die Regierung des Tschad entfesselt hatte, nachdem die französische Regierung direkte Verhandlungen mit der FROLINAT aufgenommen hatte, die das neokoloniale System des Tschad bekämpft, ist vorbei. Grund für die Mißtöne war der Druck, den die französische Öffentlichkeit ausübte, um die Auslösung der seit zwei Jahren im Gebiet der Tubus festgehaltenen Forscherin Françoise Claustre zu erreichen. Nun konnte der französische Premierminister Jacque Chirac mit zehn Kooperationsverträgen, davon zwei militärischen Inhalts, die französischen Interessen im Tschad wieder absichern. „Frau Claustre", erklärte Chirac, „ist nicht das Ziel meiner Reise."
Nach Angaben der Tschad-Regierung kam es im Januar zu schweren Gefechten um die Garnisonsstadt Faya, als 200 FROLINAT-Kämpfer vergeblich versuchten, sie zu besetzen. Dreißig Personen sollen getötet und 21 weitere verwundet worden sein.

Asien

PAKISTAN

Schwierige Wirtschaftslage
Im Haushaltsjahr 1974/75 (1.7./30.6.) verschlechterte sich die allgemeine wirtschaftliche Lage Pakistans gravierend. Davon ist besonders der landwirtschaftliche Bereich betroffen, der eine rückläufige Produktion zu verzeichnen hatte. Insgesamt wuchs das Bruttosozialprodukt im angegebenen Zeitraum um 2,6 %, der Zuwachs der Bevölkerung betrug jedoch 3,0 %. Bei diesen globalen Zahlen sind die landesinternen Ungleichverteilungen der Produkte nicht berücksichtigt. Pakistan wird von der UNO der Liste der „Most Seriously Affected Countries" (MSCA) zugerechnet (NZZ, 11.3.76).
Diese negative wirtschaftliche Entwicklung schlug sich noch deutlicher in der Handelsbilanz nieder: Stiegen die Importe Pakistans 1974/75 wertmäßig um 53 %, so nahmen die Exporte lediglich um 2,0 % zu. Damit steigerte sich das Defizit um das 3-fache gegenüber dem Vorjahr und ist gleich der Summe der gesamten Exporte. Zur Verdeutlichung folgende Tabelle:

Außenhandel (Mill. pR)[1]

	1974/75	1973/74	1972/73
Einfuhr[2]	20670	13479	8398
Ausfuhr[3]	10286	10087	8551
Überschuß(+) bzw. Defizit(–)	– 10384	– 3392	+ 153

1) 1 DM = 3,72 pR (Dezember 1975)
2) ohne Re-Importe
3) ohne Re-Exporte

Am deutlichsten wird die Entwicklung bei einem Vergleich der Wachstumsraten für den Import (146 %) und der für den Export (20 %) während der letzten zwei Jahre.

Diese Zahlen sind ein gutes Beispiel dafür, wie ein Land der Dritten Welt unter den von den Industrienationen diktierten Weltwirtschaftsbedingungen zu leiden hat.
Hinzu kommen noch in letzter Zeit die stark angestiegenen Preise für Öl und Ölprodukte. Pakistan hat hauptsächlich Reis, Baumwolle und Baumwollstoffe als Exportartikel anzubieten. Aufgrund der Rezession in den Industriestaaten konnten diese Produkte nur mit großer Mühe und zu wesentlich niedrigeren Preisen auf den internationalen Märkten abgesetzt werden. So lag der Preis für Baumwolle 1974/75 50 % unter dem des Vorjahres. Auch für Reis – das mit Abstand wichtigste Exportgut – wurden geringere Erlöse erzielt als ein Jahr zuvor.

Diesem Preisverfall für pakistanische Güter stand eine kontinuierliche Steigerung der Preise für importierte Güter aus den Industrienationen gegenüber. Pakistan ist auf den Import dieser Güter zum großen Teil angewiesen, da sie zum einen nicht im eigenen Lande produziert bzw. vorgefunden werden und zum anderen für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Produktion unentbehrlich sind. Dieses Faktum läßt sich auch an der Art der wichtigsten Importgüter zeigen: Weizen, Rohöl, Erdölprodukte, Eisen- und Stahlerzeugnisse, Maschinen, Elektrogüter, Fahrzeuge und Düngemittel (NfA, 16.1.76).
Diese ungünstige Situation verschlechterte die Terms of Trade (Verhältnis der Export- zu den Importpreisen) des Landes gewaltig.
Am Ende des Haushaltsjahres 1974/75 betrug die Austauschrelation 86,6 (1960/61 = 100) (NfA, 16.1.76).
Das große Defizit der Handelsbilanz schlug sich entsprechend in der Zahlungsbilanz nieder. Um nun den großen Fehlbetrag der Zahlungsbilanz ausgleichen zu können, mußte die pakistanische Regierung verstärkt auf Kredite (auch „Kapitalhilfe" genannt) aus finanzstarken Nationen zurückgreifen. Insgesamt belief sich die Summe der gewährten Kredite auf 1210 Mio. US Dollar, wovon 410 Mio $ aus den erdölproduzierenden islamischen Staaten kamen (NZZ, 11.3.76). Für das Jahr 1976 hat die BRD, nach Japan, den USA und Saudi-Arabien der viert-größte Handelspartner Pakistans, der dortigen Regierung einen Kredit von 90 Mio DM zugesagt. Diese Summe entspricht der letztjährigen, wird jedoch zu besseren finanziellen Bedingungen gegeben; 0,75 % Zinsen, Laufzeit 50 Jahre, 10 tilgungsfreie Jahre (NfA, 23.2.75; FR, 20.2.76).
In diesem Zusammenhang ist die Tatsache wichtig, daß die pakistanische Regierung sich den Luxus leistet, 50 % der Haushaltseinnahmen in die Rüstung zu stecken, während der allgemeine Lebensstandard der breiten Bevölkerung bei reduzierten Preissubventionen für Grundnahrungsmittel und einer Inflationsrate von 25 % ständig rapide absinkt. (NZZ, 11.3.76; vgl. auch Chronik, Heft 46). Somit werden die Gelder nicht für den Aufbau einer, den Interessen der ganzen Bevölkerung dienenden Volkswirtschaft verwendet, sondern in Bereiche investiert, die den Interessen der Herrschenden dienen, nicht aber denen der meisten Pakistanis. Ein solcher Bereich ist neben der Rüstung auch die Atomenergie. Nach offiziellen Angaben plant die pakistanische Regierung fünfzehn Kernkraftwerke in den nächsten 25 Jahren zu installieren (NZZ, 1511.75). Daß als „zufälliges Nebenprodukt", die Zündung einer Atombombe resultieren kann, hat der Nachbarstaat Indien schon bewiesen.
Die Aussichten für das Jahr 1975/76 werden sehr schlecht beurteilt. Nach den bisher vorliegenden Daten für das erste Vierteljahr (Juli bis September) ergibt sich eine 58%ige Zunahme des Handelsbilanzdefizits gegenüber dem Vorjahr (NfA, 16.1.76). Allgemein wird angenommen, daß das Jahres-Defizit zwischen 11 und 12 Mrd pR liegen wird. Dies vor allem auch deshalb, weil nach offiziellen Schätzungen die Baumwollproduktion des Landes trotz besserer Preissituation auf dem Weltmarkt um ca. 20 % zurückgehen wird (NfA, 3.2.76), und umgekehrt die Weltmarkt-Preise für Reis um ca. 50 % gegenüber dem Vorjahr gefallen sind bei gleichzeitiger Zunahme der einheimischen Reisproduktion (NfA, 16.1.76).

SRI LANKA

Pressezensur
8.2.76 (NZZ)
Die Presse in Sri Lanka wird ab sofort einer strengen Zensur unterstellt. In Zukunft wird es den Zeitungen nicht mehr möglich sein, über die wachsende Einschränkung der Grundrechte und andere innenpolitische Probleme kritisch Stellung zu nehmen.

Neue Wirtschaftspolitik

Die neue, „pragmatische" Wirtschaftspolitik des Finanzministers Felix Bandaranaike (vgl. die Nummer 50 und 51 der „blätter") schlägt sich jetzt konkret in der Politik der Regierung nieder. Ganz im Sinne seiner jüngsten Budgetrede, in der er die Ablehnung von ausländischen Privatinvestitionen schlechterdings als Unsinn bezeichnete, hat die ceylonesische Regierung ihre Botschaften angewiesen, für ausländische Privatinvestitionen in Sri Lanka zu werben und dabei auf die günstigen Bedingungen hinzuweisen (Blick d.d. Wirt., 28.1.76). Ebenso willigte die Regierung in einen Vertrag der staatlichen Ceylon Petroleum Corporation mit der amerikanischen Ceyoil Corp. (Tochter der Pexamin Pacific Inc.) über eine 20jährige Zusammenarbeit ein. Bislang war es ausländischen Firmen strikt verboten, Exploitationsrechte auf Teilhaberbasis zu erwerben (NZZ, 7.2.76).

Lateinamerika

CHILE

Auf der Suche nach ausländischem Kapital

Die Enthüllung aller Aktivitäten der westdeutschen Kapitale und der Regierung gegenüber Chile ist eine notwendige Aufgabe innerhalb der Chile-Solidarität.
Darunter fällt die Aufklärung über Positionen und Handlungsweisen in den interna-

tionalen Finanzorganisationen, in denen die BRD über einen bedeutenden Einfluß verfügt (vgl. „blätter des iz3w" Nr. 52).
Wir drucken im folgenden einen Forderungskatalog des Auslandskomitee des Dachverbandes der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT ab, der auf die umfassenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Junta und dem internationalen Kapital bezug nimmt.

a) „die bilateralen Umschuldungsverhandlungen mit der Junta auf der ganzen Welt verhindern, besonders in den 7 Ländern, die ihr diesen Dienst erwiesen haben:
USA, Kanada, BRD, Frankreich, Spanien, Schweiz.
b) die Gewährung von Sicherheiten, um die sich private Unternehmen, die Exportgeschäfte mit der Junta abwickeln, bemühen (bei staatlichen Organen, wie Cophase, Frankreich, wie I.C.G.D., England, Hermes-Kredite, BRD, und ähnlichen Institutionen in anderen Ländern), entlarven und deren Ablehnung fordern.
c) fordern, daß die Repräsentanten der verschiedenen Länder in den internationalen Finanzorganisationen, IWF und Weltbank, die Anträge der Junta zurückweisen gemäß der offiziellen Positionen ihrer Regierungen. Es ist besonders wichtig, in dieser Hinsicht auf den IWF einzuwirken. In seinem Exekutivkomitee sind England, Italien, Holland, Belgien, Schweden, Mexiko, und Indien vertreten und haben Regierungen beträchtlichen Einfluß, die in Opposition zur Junta stehen, wie Algerien, Lybien etc..
d) fordern, daß die Schuldenzahlungen beglichen werden, die die Junta 1976 zu leisten hat, besonders gegenüber den Ländern, die 1975 keine Umschuldungen gewährt haben. Dazu gehören England, Schweden, Italien, Dänemark, Holland, Belgien, Norwegen.
e) die Tilgung der 1975 von der Junta nicht bezahlten Schulden auf gerichtlichem Wege verlangen, wie es durch England geschehen ist, mittels eines Wechselprotestes und mittels Zurückhaltung und Beschlagnahme von Exporten von und nach Chile.
f) Aufklärung und Verhinderung, daß verschiedene Unternehmen in Chile investieren und die Junta unterstützen, wie es im Fall von den Unternehmen Stevin (Holland), Metallgesellschaft (BRD), Gazocean (Frankreich), Ataka (Japan), Rockett und Cellman (England), Geomin (Rumänien) und anderen Ländern geschehen ist.
Diese Forderungen können ohne weiteres von uns aufgegriffen und zum Gegenstand unserer nächsten Aktivitäten gemacht werden."

(Chile-Monitor, Hrsg. Koordinationsausschuß der Chile-Komitees, März-April 1976)

Laut „International Harold Tribune" vom 1.3.76 hat die chilenische Junta trotz ihrer ökonomischen Probleme 2 Mrd Dollar an Fremdkrediten erhalten. Die meisten dieser Kredite gewährten private Handelsbanken und internationale Finanzorganisationen. Obwohl die gegenwärtige chilenische Regierung bankrott ist, wird nach Weltbankeinschätzungen erwartet, daß sie von auswärtigen Kreditgebern pro Jahr bis nach 1980 zusätzlich 500 Mio Dollar erhalten wird.
Das nordamerikanische Bankkapital hält wieder Einzug in Chile. Die First-National-City-Bank hat im Dezember vorigen Jahres eine Zweigstelle für jede Art von Bankgeschäften in Santiago eröffnet. Die Bank von Amerika, die einzige andere US-Bank, die Zweigstellen in Chile vor der Enteignung multinationaler Banken vor vier Jahren unterhielt, ist gerade dabei, dort wieder ein Finanzierungsunternehmen zu eröffnen. Die First-National-Bank von Bosten plant die Einrichtung einer Finanzierungsgesellschaft in Santiago. Die Manufactures-Hannover-Trust Co., eine der ersten US-Banken, die Geld an Chiles gegenwärtige Regierung verliehen hat, kauft sich zusammen mit der Banco do Brasil und der Bank von Tokyo in die chilenische Banco Unido de Fomento ein.
Bis heute sind ausländische Investitionen von ca. 240 Mio Dollar genehmigt worden, 80 % davon im Bergbau.

Die US-Kupferkonzerne Kennecott Cop., Anaconda Co. und Cerro Co., die von der Allende-Regierung enteignet worden waren, entschädigte die Junta mit 349 Mio Dollar, obwohl die Gesellschafter ihr Eigentum für mehr als 2 Mrdn Dollar wert hielten. Die Militärregierung hat offenbar nicht die Absicht, die Minen an ihre früheren Eigentümer zurückzugeben, aber sie wünscht, daß internationale Gesellschaften Chiles unausgebeutete Kupferreserven erschließen. Die größte neuere Investition des US-Konzerns Food Minerals Co. beläuft sich auf 10 Mio Dollar zur Erschließung von Lithium in der Atacama Wüste. Andere größere Investitionen auf dem Rohstoff-Sektor sind in Vorbereitung. 23 multinationale Ölgesellschaften sind eingeladen worden, Angebote für die Rechte auf Öl- und Naturgasbohrungen in der Magellanstraße abzugeben.
Früher war die Erforschung von Ölvorkommen bei der staatlichen chilenischen Ölgesellschaft zusammengefaßt. Heute fehlt der Regierung das Kapital, um selbst Ölvorkommen oder andere Rohstoffquellen zu erschließen. (International Harold Tribune, 1.3.76).
Daß die chilenische Militärregierung auf der Suche nach Neuinvestitionen ist, zeigt auch der Artikel „Arbeitsbedingungen in Chile" aus der FAZ vom 20.3.1976. „Chiles Wirtschaft sucht nach einigen Jahren der Ungewißheit wieder einen Weg in die Zukunft", heißt es gleich zu Beginn des Artikels; „In dem Bemühen, neue Märkte für die Landesprodukte zu finden, gehört Chile zu den aktivsten Ländern Lateinamerikas. Dem gleichen Ziel dient das energische Bestreben, ausländische Investoren an einem Engagement in Chile zu interessieren. Die liebenswürdige Weltgewandheit der wirtschaftlichen Spitzenkräfte des Landes, die überwiegend in den Vereinigten Staaten oder in Europa studiert haben, kommt den staatlichen Bemühungen um eine Ausweitung der internationalen Handelsbeziehungen entgegen."
Es folgt eine Beschreibung des Klimas, das „für Europäer gut verträglich" sei.
Außerdem wird darauf hingewiesen, daß der schwarzwaldähnliche Süden im vorigen Jahrhundert überwiegend von deutschen Einwanderern kolonialisiert wurde. Der Leser wird über den chilenischen Steuersatz, die Sozialverpflichtungen sowie den Jahresurlaub aufgeklärt. Aber auch auf die Inflationsentwicklung wird aufmerksam gemacht: „Der Ausländer, der seinen Vertrag auf Dollar-Basis abschließt, ist wenigstens gegenüber den laufenden Abwertungen des Pesos gegenüber der amerikanischen Währung weitgehend abgesichert."

PERU

Erneute Repression gegen die Zeitschrift MARKA

Für Peru stehen derzeit Umschuldungsverhandlungen an. Um bei den Gläubigern positivere Konditionen zu erreichen, rücken die Militärs in zunehmendem Maß von ihren Reformplänen ab. Zusätzlich brachte der Putsch der rechten Militärs in Argentinien eine weitere Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der „harten" Militärs mit sich.
Um die kritischen Stimmen zu dieser weiteren Entwicklung nach rechts zum schweigen zu bringen, wird jetzt vehement gegen die nicht vom Staat kontrollierte, progressive Presse vorgegangen. Ein deutliches Beispiel ist das Vorgehen gegen die Zeitschrift MARKA: Bereits im vergangenen Jahr wurde die in Lima erscheinende Zeitschrift drei Monate nach dem Erscheinen ihrer ersten Nummer verboten, Das gesamte Redaktionskollegium verhaftet und ins Ausland deportiert. Breiter Protest aus allen Bevölkerungskreisen, der Sturz des Präsidenten Velasco Alvarado und der Beginn einer liberalen Phase im Pressewesen („peruanischer Frühling") bewirkten, daß MARKA wieder in Umlauf kam. Die konsequente Beibehaltung ihrer politischen Linie sowie deren Maßnahmen machte die Zeitschrift zu einem weitverbreiteten und anerkannten politischen Magazin. Von anfänglich 2.000 Exemplaren bei 14tägiger Erscheinung stieg die Auflage innerhalb eines knappen Jahres auf 22.000 Exemplare und wird zudem noch wöchentlich verbreitet.
(vgl.: „blätter des iz3w", Nr. 48, S. 25)

Nach der Machtübernahme durch Morales Bermudez am 29. August 1975 sahen es die Mitarbeiter der MARKA als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen, der eine Bündnisbildung unter den Parteien und Gruppen der peruanischen Linken zum Ziel hat. Die Zeitschrift bildete hierfür die Plattform. Ebenso diente sie den Gewerkschaften und oppositionellen Gruppen als Publikationsorgan für ihre Forderungen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen.

MARKA veröffentlichte ein ihr zugespieltes Geheimpapier des Generalstabs der peruanischen Marine, unterschrieben von 30 hohen Marineoffizieren. In diesem Geheimdokument hatten sich hohe Admiräle für die Ausstoßung vom nicht so reaktionären Ex-Marineminister Arce Larco aus dieser Institution ausgesprochen. In diesem Dokument wurde Arce u.a. beschuldigt, der Marine großen moralischen Schaden zugefügt zu haben.
Arce war Marineminister bis Ende 1974. Während dieser Zeit ging er gegen korrupte Marineangehörige vor; entdeckte den Verbindungsmann der CIA mit der peruanischen Marine, John Poulter und ließ ihn außer Landes weisen. Nach seinem Ausscheiden als Marineminister wurde er als peruanischer Botschafter in Washington eingesetzt, wo er seine Untersuchungen über die Verbindungen und Kontakte zwischen CIA und peruanischer Marine fortsetzte: Somit ist klar, warum die ultrarechten Marineoffiziere gegen ihn vorgehen.

Das Dokument der Marine ist also von der Zeitschrift MARKA Anfang März 1976 veröffentlicht worden und es wurde deshalb die Verhaftung der Direktoren seitens des Marinegeheimdienstes angeordnet. Die Redakteure , vertreten durch die Direktoren, werden folgender Vergehen beschuldigt: Diebstahl von Geheimdokumenten, Beleidigung der Streitkräfte und Vaterlandsverrat.
Weder der Ex-Minister Arce, noch die Mitarbeiter von MARKA können eine Unterstützung von Präs. Morales Bermudez, noch vom dem progressiven Flügel bisher zugerechneten Premierminister Fernandez Maldonado erwarten, da diese selbst vom rechten Flügel des Heeres unter Druck gesetzt worden sind (so putschten z.B. im Februar 1976 rechte Offiziere erfolglos gegen die Regierung unter Bermudez).

Eine finanzielle Unterstützung der MARKA-Redaktion ist durch Überweisung auf das folgende Postscheckkonto möglich:

H. Starken
Großgörschenstraße 40
1000 Berlin 62

Postscheckkonto
Hannover 394226-302
Vermerk: „MARKA"

Unter der angegebenen Adresse ist auch in Kürze eine Dokumentation zu den jüngsten Repressionsmaßnahmen der peruanischen Militärregierung anzufordern. Darin wird deutlich, daß die Angriffe der Militärs nicht nur gegen die MARKA sondern auch gegen eine Reihe von führenden Gewerkschaftlern und Rechtsanwälten gerichtet sind. Die Dokumentation wird den Spendern unaufgefordert zugesandt.

(AK Infos aus Südamerika; Grupo de Solidaridad con MARKA)

Leserbrief zu Ecuador

Betr.: ARTIKEL VOM FEBRUAR 76, Nr. 51 „ECUADOR – AUSWIRKUNGEN DES ERDÖLBOOMS"

In einem Leserbrief kritisiert K. Stanjek, daß der Artikel „Ecuador – Auswirkungen des Erdölbooms" (blätter des iz3w, Nr. 51, Febr. 76) die Rolle des CIA in Ecuador zu wenig herausstellt und daher der Septemberputsch als rein innenpolitische Angelegenheit erscheint. Als Ergänzung zum obengenannten Artikel gibt er dann folgende Information:

Beteiligung der CIA am Putschversuch vom 1.9. '75
Im gewöhnlich gut informierten politischen Wochenblatt „LATIN AMERICA" wird darauf hingewiesen, daß General Raul Gonzales Alvear, Anführer der Militärrebellion vom 1. September, in Phillip Aggree's Buch „Inside the Company" erwähnt wird: General Alvear hat danach in den 60er Jahren die CIA-Arbeit in Ecuador unterstützt, so auch beim Sturz des Präsidenten Arosemena durch den CIA (Juli 1963) mitgewirkt. Wenn man dazu weiß, daß Rodriguez Lara für 1975 noch weitere Nationalisierungsmaßnahmen plante, so ist eine Beteiligung ausländischer Agenturen am Putschversuch vom 11. Januar '76 als sicher anzunehmen. (Alvear flüchtete sich übrigens nach dem Scheitern seiner Septemberaktion in die chilenische Botschaft!)

Der Putsch vom 11. Januar '76
Gleichzeitig mit der von wawi erwähnten Neuerung des Landreformgesetzes kündigten die Busbesitzer zum 1. Januar '76 eine zehnprozentige Erhöhung der Beförderungstarife aller städtischen Verkehrsmittel an – eine Maßnahme, die besonders die ärmeren Teile der Bevölkerung sehr unmittelbar traf. Die Studenten – am 4. Januar aus den Weihnachtsferien zurückgekehrt – organisierten den Widerstand. Die US-abhängigen Transportarbeitergewerkschaften antworteten mit dem Streik aller öffentlichen Verkehrsmittel; während tagelang vor Laras Sturz die Landstraßen durch gefällte Bäume und Erdwälle unbefahrbar blieben, mobilisierte die Opposition in den Städten eine Art „Rote Punkt Aktion". Die Eskalation entwickelte sich nahezu „planmäßig": Straßenkämpfe zwischen Streikenden und Opposition und Miliz; in Cuenca kamen dabei ein Gewerkschaftler und ein Student ums Leben; dann Bombenexplosion in Guayaquil in der Nähe einer amerikanischen Bankfiliale.
In der Nacht zum Sonntag – der Transportmittelboykott war kurz zuvor beendet worden – wurde dann Rodriguez Lara auf der Hochzeit seiner Tochter offensichtlich zum Rücktritt gezwungen. Zumindest ist bekannt, daß wenige Stunden vor seiner Rücktrittserklärung in seiner Nähe eine Bombe hochging. Laras Widerstand war möglicherweise gering, die drei Generäle andererseits auf die Machtübernahme gut vorbereitet.
Unmittelbar nach dem Machtwechsel wurde sofort strenge Pressezensur eingeführt. Anschließend erschien ein Extrablatt der Zeitung „El MERCURIO" mit der Überschrift: „Rodriguez Lara zurückgetreten". Die treffendere Darstellung müßte heißen: Nach fehlgeschlagenem Putschversuch vom September '75 gelang es jetzt rechtsgerichteten Kräften, mit Unterstützung des ausländischen Kapitals die Regierung Rodriguez Lara zu stürzen.

Klaus Stanjek, München

Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin, daß unser Archiv nicht alle Informationen enthält. Wir finden es daher gut, wenn uns Leser Ergänzungen zu Artikeln der „blätter des iz3w" zuschicken. Wichtigere Zusatzinformationen werden wir dann in der Spalte Leserbriefe abdrucken oder beim Schreiben neuer Artikel berücksichtigen.

Red.

Südliches Afrika

Die 'neue' Anti-Apartheid Bewegung

Die Politiker scheinen verkehrte Welt zu spielen. Die EG-Staaten appellieren an Rhodesien, die weiße Minderheit solle der Selbstbestimmung des rhodesischen Volkes nicht länger im Wege stehen. London fordert die „schnelle" schrittweise Übertragung der Regierungsverantwortung auf die schwarze Mehrheit Rhodesiens, die NATO lehnt jedes militärische Eingreifen in die Entwicklung Afrikas ab, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, Mozambique wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, um das Land für die Verluste zu entschädigen, die es durch die volle Anwendung der UN-Sanktionen gegen Rhodesien erleidet, insbesondere durch die Sperrung der Eisenbahnlinie von Rhodesien zu dem Hafen Maputo (früher Lourenco Marques) für rhodesische Transporte. Da Rhodesien in hohem Maße auf den Zugang zum Meer angewiesen ist und seine Güter nur beschränkt alternativ durch Südafrika transportieren kann, wird so eine wirksame Blockademaßnahme gegen das Apartheid-Regime von dem Sicherheitsrat unterstützt. Selbst Außenminister Genscher, sonst vorsichtig in Äußerungen gegen die wichtigen Kooperationspartner im südlichen Afrika, bezeichnete die Haltung des rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith gegenüber den Forderungen der schwarzen Mehrheit seines Landes als „unverständlich, unverantwortlich und gefährlich." Newsweek weiß gar zu melden, Manager von 16 amerikanischen Großunternehmen mit Niederlassungen im südlichen Afrika hätten auf einer geheimen Sitzung zu Beginn des Jahres beschlossen, ihren Einfluß zur Verbesserung der Lage der schwarzen Bevölkerung Südafrikas zu nutzen.

Hätten also die Linken in aller Welt doch Unrecht, wenn sie behaupteten, die kapitalistischen Industriestaaten stützten die Apartheid-Regimes im südlichen Afrika?

Wenn die Linke jedoch Apartheidsystem und Kolonialismus kritisierte, analysierte sie diese als spezifische Formen politischer Herrschaft, die die Sonderinteressen der rassistischen und kolonialistischen Oligarchien effektiv vermitteln mit kapitalistischen Profit- und Systemerhaltungsinteressen. Im Verhältnis der westlichen Großmächte zu diesen Oligarchien ist daher ein Konfliktpotential angelegt, das den Rahmen kapitalistischer „Solidarität" nicht sprengt, aber eine gefährliche Dynamik gewinnen muß, wenn die schwarzafrikanische und internationale Opposition gegen die weiße Vorherrschaft globalere Systemerhaltungsinteressen gefährdet.

Die bisherige Strategie der kapitalistischen Großmächte hatte ihren Schwerpunkt in der Stärkung des Blocks der weißen Vorherrschaft im südlichen Afrika als der sichersten Methode, dieses Gebiet fest in den kapitalistischen Weltmarkt einzubinden. Zugleich wurden schwarzafrikanische Kompradorenregimes gestützt – insbesondere Zaire und Sambia – die einerseits Entspannungspolitik gegenüber Südafrika befürworteten und andererseits mit verschiedenen Mitteln den Guerillakampf gegen Kolonialismus und Apartheid lähmten.

Das Räderwerk dieser Strategie wurde mit Lippenbekenntnissen gegen Kolonialismus und Apartheid geölt. Dem widersprechen spektakuläre Maßnahmen wie die Verhängung der Sanktionen gegen Rhodesien (seit 1965) und Lohnerhöhungen für südafrikanische schwarze Arbeiter durch die multinationalen Konzerne (1973) nicht; die Sanktionen wurden teilweise durch die USA annuliert und generell vielfach unterlaufen; die Lohnerhöhung wurde durch die Inflation aufgefressen und zusätzlich durch parallele Lohnanhebungen für weiße Arbeiter das Einkommengefälle erhalten.

In den ehemaligen portugiesischen Kolonien ist die Vorherrschaft der weißen Eliten als Statthalter weltweiter kapitalistischer Interessen zerbrochen und „Partei-Bewegungen" mit sozialrevolutionärer Programmatik sind an die Macht gekommen. Dies hat das Kräfteverhältnis nicht nur im südlichen, sondern in ganz Afrika verändert. Südafrikas „Entspannungspolitik", die darauf zielte, Seite an Seite mit schwarzafrikanischen Nationalisten gegen die „kommunistische Subversion" zu kämpfen, hat in Angola eine empfindliche Niederlage erlitten: Die sozialrevolutionäre Tendenz – die MPLA – siegte; das Prestige der UdSSR und vor allem Kubas in Afrika ist gestiegen, die Fraktion der progressiven Staaten in der OAU wurde gestärkt. Zaires Mobuto konnte sich als Statthalter westlicher Interessen in Angola nicht durchsetzen. Er mußte die offene militärische Unterstützung der FNLA als zu riskant für seine eigene Herrschaft aufgeben. Auch die Situation für Sambia, das durch Unterstützung der UNITA in Angola westlichen Einfluß sichern wollte, hat sich durch den Sieg der MPLA grundlegend ge-

HANNOVER:

BERUFSVERBOT MIT POLIZEIGEWALT DURCHGESETZT

Gegen den Lehrer W. Binz von der Integrierten Gesamtschule Langenhagen ist ein Berufsverbot in Vorbereitung. Er wurde ab 1.4.76 vom Unterricht beurlaubt. Die Vorwürfe gegen ihn:
– Unterstützung des KBW durch „KVZ"-Verkauf im Lehrerzimmer;
– Unterstützung eines Schulstreiks;
– Die geplante Einladung eines Vertreters des „Komitees südliches Afrika" zum Unterricht über Zimbabwe (Rhodesien);
– öffentliche Information über seine geplante Diskriminierung.

Binz versucht trotz Hausverbot, weiter zu unterrichten, und wurde daraufhin von Polizisten gewaltsam aus der Schule geholt. Die Lehrer der Schule haben mehrheitlich das geplante Berufsverbot verurteilt.

Arbeiterkampf, 12.4.76

ändert. Regierungschef Kaunda muß jetzt notgedrungen wieder größere Militanz demonstrieren.
Besonderem Druck ist Rhodesien – formell noch immer britische Kolonie – ausgesetzt, weil in ihm nur eine kleine Minderheit von 250 000 Weißen einer schwarzen Bevölkerung von etwa 6 Millionen gegenüber steht.
Die schwarze Bevölkerung Rhodesiens fordert angesichts der jahrelangen erfolglosen diplomatischen Manöver um eine friedliche Lösung und angespornt durch die neuen Verhältnisse jenseits der östlichen Grenze das baldige Ende der weißen Vorherrschaft: junge Schwarze fliehen in Scharen nach Mozambique, um sich den rhodesischen Guerillastreitkräften anzuschließen. Die Apartheid-Politik des Smith-Regimes ist unter den gegebenen neuen Verhältnissen kaum mehr aufrechtzuerhalten. Dessen starre Verteidigung weißer Privilegien muß vielmehr noch zu einer Stärkung des militanten Flügels[1] innerhalb des gespaltenen Afrikanischen Nationalrates (ANC) führen. Je länger der militante Kampf um „Verfassungspositionen" mit dem Smith-Regime dauert, umso erbitterter er sich entfaltet, umso eher werden sich die Kräfte durchsetzen können, die nicht nur einen Austausch der herrschenden Eliten wünschen und sonst alles beim alten lassen wollen, sondern die neben der nationalen Befreiung auch auf die soziale Umwälzung drängen. Damit aber wäre westlicher Einfluß in Rhodesien in der Tat massiv gefährdet.

Das sind die entscheidenden Überlegungen, von denen die neue „Apartheid-Feindlichkeit" der kapitalistischen Industriestaaten ausgeht. Schließlich hat man gelernt, daß der Befreiungskampf nicht leicht niedergeschlagen werden kann, insbesondere wenn die Hände derart gebunden sind wie im „weißen" Afrika. Denn dort können die imperialistischen Staaten nicht militärisch intervenieren, ohne nicht ganz Schwarzafrika gegen sich zu mobilisieren. Auf dessen Rohstoffe sind jedoch das westliche Europa und zunehmend auch die anderen kapitalistischen Industriestaaten angewiesen. Jetzt gilt es deshalb für die westlichen Strategen, die Lehren aus den 30 Jahren Dekolonisationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen. Sie lauten: rechtzeitige Aufgabe von Positionen, die nicht mehr gehalten werden können, und Verlagerung des Schwerpunkts auf die Unterstützung von einheimischen Eliten, die die Position ihrer Länder im kapitalistischen Weltmarktsystem nicht entscheidend in Frage stellen und bereit sind, die sozialrevolutionären Kräfte (in ihrem Lande) zu bekämpfen. Hatte England seit dem Abfall Rhodesiens 1965 trotz verbaler Radikalität, „diplomatischer Aktivitäten" und trotz vielfach umgangener UN-Embargo-Beschlüsse die Weißen unter ihrem Ministerpräsidenten Smith in Rhodesien harte Apartheids-Politik in der Hoffnung treiben lassen, das weiße Dreieck des afrikanischen Südens könne konstituiert werden, ohne daß England sich die Finger schmutzig zu machen brauche, so werden nun die Weißen in Rhodesien, wenn auch nicht abgeschrieben, so doch massiv unter Druck gesetzt. Zwar werden sie nach wie vor als neokolonialistischer Kern des Landes und als Stütze einer zukünftigen Regierung afrikanischer Kompradoren benötigt, aber ihre Apartheids-Vorrangstellung muß dem höheren „neokolonialistischen Interesse" geopfert werden.

So enthüllt sich die eilige neue „Anti-Apartheid-Politik" als die Strategie zur Sicherung der zweitbesten Lösung, nachdem die beste durch den Sieg der MPLA und der FRELIMO im südlichen Afrika unmöglich geworden ist. Doch auch diese Lösung scheint fraglich zu werden. Nicht nur, weil die weißen Rhodesier nicht recht mitspielen wollen, sondern auch, weil mittlerweile in diesem Teil Afrikas so viel an revolutionärer Erfahrung mit den Strategien der alten und neuen Kolonialmächte gewonnen wurde, daß die Kräfte immer stärker werden, die auf die radikale Lösung der sozialen Umwälzung dringen, die allein den unterdrückten Völkern Südafrikas Entwicklungsmöglichkeiten bieten kann.
Daß es den westlichen Mächten nicht wirklich um eine Aufhebung von Apartheid geht, sondern nur um die Offenhaltung der Tür für ihre ökonomischen Interessen, zeigt sich auch darin, daß sich gegenwärtig ihre Schritte nur auf die rhodesische Apartheid konzentrieren. Südafrika wird allenfalls am Rande für seine Aggression in Angola verurteilt. Ihm werden allenfalls, wie durch die Vertreter der Multinationalen, vorbeugende Reformen oder eine Politik der Entspannung empfohlen, denen sich allerdings bereits die Rechten im Lande mit steigendem Einfluß starr widersetzen. Doch die deutliche Verschiebung des Schwergewichtes des Schwarzen Widerstandes in Rhodesien auf die nicht-kompromißbereiten Fraktionen des Afrikanischen Nationalrates (ANC) und der jüngste Aufruf des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC-Südafrika) zum gewaltsamen Sturz der weißen Minderheitsregierung in Pretoria zusammen mit größeren Demonstrationen von Schwarzen in Südafrika selbst deuten an, daß auch diese Strategie der imperialistischen Kräfte zu kurz gegriffen sein könnte.

Andreas Buro
Bettina Decke

1) Ein Versuch, die Fraktionierung innerhalb des ANC einzuschätzen, findet sich in: „Informationsdienst Südliches Afrika", Bonn, Nr. 1/76

LESERBRIEFE

Wie man in den Wald hineinruft . . .

... so schallt es heraus.

Die Resonanz **unserer** Bemühungen läßt allerdings zu wünschen übrig. Zu verwegen scheint uns die Annahme, daß die „blätter des iz3w" nichts mehr zu wünschen übrig lassen. Also rufen wir jetzt noch einmal alle Leser auf, uns zu den „blättern" allgemein und zu einzelnen Artikeln im Besonderen ihre Meinung zu sagen, damit wir eine Leserbriefspalte eröffnen können. (Kürzungen abgedruckter Leserbriefe müssen uns vorbehalten bleiben.)

Red.

AFRIKANISCHE ENTWICKLUNGS-MODELLE

Vergleich Madagaskar-Elfenbeinküste

Wolfgang Heckhausen
Matthias Lanzendörfer

EINLEITUNG

Der Abfassung dieses Artikels gingen zwei Fragen voraus. Einmal: Welche Bedeutung kommt gegenwärtig überhaupt einer Untersuchung einzelner, konkret praktizierter Entwicklungsmodelle bzw. -strategien in der Dritten Welt zu? Ferner: Was können die hier exemplarisch dargestellten Länder Elfenbeinküste und Madagaskar für eine solche Untersuchung leisten?
Die inzwischen auch von bürgerlichen Beobachtern und „Entwicklungsstrategen" kaum noch geleugnete relative und teilweise sogar absolute Verelendung der Menschen in vielen Ländern der internationalen Peripherie (1) hat
1. Hunderten Mio. von Menschen unendlich großes, physisch und psychisch tiefgreifendes Leid gebracht (2) (dieser Aspekt, das schlicht materielle Ausmaß von Elend, kann angesichts einer gegenwärtig vornehmlich im akademischen Forschungsbetrieb institutionalisierten Theoriebildung nicht genug hervorgehoben werden);
2. hat sich das Konfliktpotential zwischen Dritter und erster Welt und innerhalb beider Formationen in einer Weise erhöht, die ihren Ausdruck in Begriffen wie „Weltgesellschaft" und „Weltinnenpolitik" findet, theoretischen Reflexen eines sich ausbreitenden Bewußtseins vom engen Zusammenhang zwischen Entwicklung hier und (Unter-) Entwicklung dort;
3. wurde die Untauglichkeit der von der Entwicklung der Industrienationen abgezogenen „Modernisierungsstrategien für die Überwindung von Unterentwicklung in der Peripherie dokumentiert;
4. wurden entscheidende Impulse zur Auseinandersetzung mit den solchen Strategien zugrundeliegenden „Modernisierungstheorien" und zur Neuformulierung alternativer Ansätze vermittelt, die sich gegenwärtig unter dem Etikett „dependencia" versammeln. (3)

Der vorliegende Aufsatz versucht, diese vier – politischen wie historischen und theoretischen – Aspekte in die vergleichende Analyse zweier afrikanischen Entwicklungsstrategien, Madagaskars und der Elfenbeinküste, einzubringen, um so exemplarisch die gegenwärtigen Tendenzen der Unterentwicklung in Afrika zu beleuchten und Perspektiven ihrer Überwindung zu diskutieren. Obwohl die Zusammenarbeit der zuvor an jeweils einem dieser Länder schwerpunktmäßig arbeitenden Autoren ursprünglich eher ein Produkt des Zufalls bzw. einer von Dritten an uns herangetragenen Idee war, glauben wir, daß sowohl die Elfenbeinküste als auch Madagaskar zu diesem thematischen Zweck als Beispiele mit je spezifischem Modellcharakter herangezogen werden können. Modellcharakter insofern, als – wie noch ausgeführt werden wird – die Elfenbeinküste Ursachen, Strukturen und Folgen fortgeschrittener neokolonialer Abhängigkeit im Sinne einer vollständigen Unterordnung unter den Kapitalismus der Metropolen, Madagaskar seinerseits aktuelle Probleme und Perspektiven eines Emanzipationsversuchs von neokolonialer Beherrschung in typischer Weise repräsentieren und verdeutlichen lassen. Nicht von ungefähr werden beide Länder in der einschlägigen Literatur häufig für die jeweils vertretene entwicklungstheoretische Position in Beschlag genommen. (4)
Weitere Parallelen grundlegender Art ließen eine vergleichende Analyse interessant erscheinen:
1. Madagaskar wie auch die Elfenbeinküste sind Ableger des bis 1960 formell herrschenden französischen Kolonialismus, waren also über Jahrzehnte ein und derselben metropolitanen Strategie kolonialer Beherrschung und Ausbeutung unterworfen.
2. Unter entwicklungsstrategischem Aspekt weisen bzw. wiesen beide Länder seit 1960 eine relativ große Kontinuität zum Konzept kolonialer Inwertsetzung (Eingliederung in den Weltmarkt) auf (für Madagaskar gilt dies bis zum Ende des Tsiranana-Regimes 1972), so daß man ohne weiteres von einem „bruchlosen Übergang" zur neokolonialen Abhängigkeit und formalvölkerrechtlichen Unabhängigkeit sprechen kann.
3. Diese Kontinuität wird/wurde über mehr als ein Jahrzehnt hinweg von einer vergleichsweise starken inneren politischen Stabilität ermöglicht.
4. Beide Staaten haben sich durch eine „Politik des Dialogs" gegenüber den südafrikanischen Rassisten hervorgetan, die ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit internationaler und speziell schwarzafrikanischer Solidarität zur Befreiung der mit faschistischen Methoden unterdrückten Völker im südlichen Afrika betrieben wurde.

Zeigt die madegassische Erfahrung einmal mehr, daß jedes scheinbar noch so fest im Sattel sitzende Regime, als nationaler Brückenkopf, d.h. Handlanger ausländischer Interessen im eigenen Land profiliert, langfristig in handfeste Widersprüche zur von ihm beherrschten und ausgenutzten Bevölkerung geraten muß, so wäre u.a. zu fragen, welche Alternative die neuen Führer Madagaskars bieten, welcher Handlungsspielraum ihnen für eine eigenständige Entwicklungspolitik zur Verfügung steht und schließlich, ob den einheimischen Repräsentanten des Neokolonialismus in der Elfenbeinküste über kurz oder lang ebenfalls der Boden unter den Füßen entzogen wird.

Zum theoretischen Hintergrund

Wir möchten an dieser Stelle nicht, wie es sonst oft üblich ist, eine Theorie der Unterentwicklung entwickeln, da das den Rahmen unseres Aufsatzes sprengen würde.
Was uns allerdings notwendig erscheint, ist eine zumindest grobe Darstellung unseres theoretischen Vorverständnisses und der von uns gebrauchten Begriffe.
Wir gehen davon aus, daß sich seit der Zeit des Handelskapitalismus (17. und 18. Jh.) ein Weltmarkt herausgebildet hat, der den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt und durch den nach und nach alle Gebiete in ein internationales System integriert worden sind. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen dieses Systems sind aber nicht gleichberechtigt (symmetrisch), sondern spiegeln in ihrer Asymmetrie die historische Entwicklung der Unterentwicklung wider: Die europäischen Länder und später die USA und auch Japan (die „Zentren" des Systems, da von ihnen die Entwicklungsdynamik des Weltmarktes ausging und -geht) konnten zu ihren Gunsten eine internationale Arbeitsteilung durchsetzen, die die heutige sogenannte Dritte Welt zum Zulieferer entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen der Zentren degradierte (Edelmetalle, billige Nahrungsmittel, Sklaven, industrielle Rohstoffe, Märkte für renditeträchtigen Kapitalexport, Absatzmarkt für Industrieprodukte). Der Werttransfer aus diesen Ländern (der „Peripherie", entsprechend ihrer Stellung im internationalen System) im Zuge des vorkolonialen Handels und der direkten Kolonialisierung stellte einen Teil des Ansammelns von Reichtümern als Voraussetzung zur kapitalistischen Produktionsweise („ursprüngliche Akkumulation") in den Zentren dar. Die Folge für die Wirtschaftsstruktur der Länder der Peripherie war:

– eine Außenorientierung, d.h. Ausrichtung auf den Exportsektor (oft in Form von Monokulturen),
– eine fehlende Homogenisierung, d.h. ein Nebeneinander von Produktionsweisen mit stark unterschiedlichem Stand der Produktivität („strukturelle Heterogenität"),
– eine Zerstörung des inneren Marktes, d.h. insbesondere das Ausbleiben des Aufbaus eines Investitionsgütersektors als Voraussetzung einer in sich selbst ruhenden („autozentrierten") Entwicklung, wodurch die Länder der Peripherie ihr System nicht mehr aus sich selber heraus reproduzieren konnten, also in eine „strukturelle Abhängigkeit" von den Zentren gerieten.

Dieser heterogenen Wirtschaftsstruktur entspricht eine heterogene Klassenstruktur, wobei sich in den meisten Ländern eine Klasse herausgebildet hat, die die Funktion eines „Brückenkopfes der Metropolen" einnimmt. Sie hat eine wirtschaftliche und/oder politische Stellung erlangt, die es ihr ermöglicht, sich einen Teil des gesellschaftlichen Mehrproduktes anzueignen, und zusammen mit der metropolitanen Bourgeoisie ein Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo entwickelt , sich jedoch von der letzteren trotz Bestrebungen, eine eigenständige nationale Bourgeoisie zu werden, nicht emanzipiert.

Wir grenzen uns also ab einerseits von der Modernisierungstheorie, die Unterentwicklung versteht als „zurückgebliebene" Gesellschaftsformationen, die einem frühen Stadium heutiger Industriegesellschaften ähnlich sind, und andererseits von einer dualistischen Erklärung der inneren Struktur der Länder der Peripherie (dieser Ansatz unterscheidet in seiner modernisierungstheoretischen Variante zwischen einem modernen und einem traditionellen Sektor, während ein Teil der marxistischen Theoretiker verkürzend einen Gegensatz von feudalistischem und kapitalistischem Sektor behauptet). Unseren Bezugsrahmen stellt vielmehr die „dependencia-Theorie", und darunter insbesondere das Werk von Samir Amin, in der Form dar, die wir eben kurz angedeutet haben.(5)

ELFENBEINKÜSTE
WACHSTUM OHNE ÜBERWINDUNG DER UNTERENTWICKLUNG

Daß die Elfenbeinküste eines der ganz wenigen Länder in Afrika und der Dritten Welt überhaupt ist, die seit mehr als einem Jahrzehnt mehr oder weniger konstant reale gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten von 6 bis 7 % und sogar darüber aufweisen können (6) und sich damit aus dem trüben Bild allgemeiner ökonomischer Stagnation abheben, ist unbestreitbar. Eher zweifelhaft sind hingegen die Schlußfolgerungen, die eine interessierte westliche Publizistik aus derart hoch aggregierten Daten zu ziehen sich befleißigt: „Die Elfenbeinküste fährt mit der Marktwirtschaft gut", meint die FAZ (18.8.1975); „Le miracle ivoirien", konstatiert Jeune Afrique in einer eigens der Elfenbeinküste gewidmeten Sonderbeilage (Nr. 771 vom 17.10.1975, S. 33) Neue Züricher (27. 5.1975) wie Süddeutsche Zeitung (17.1.1976) reihen sich ein in den Lobgesang vom Wirtschaftswunder in der Elfenbeinküste. Sehr richtig bemerkt zwar der FAZ-Autor in dem bereits zitierten Artikel: „Wesentliches Element dieses Erfolges ist die marktwirtschaftlich orientierte und liberale Wirtschaftspolitik der Regierung in Abidjan, die unter Führung von Präsident Houphouet-Boigny der Privatinitiative noch einen breiten Spielraum läßt." Aber die ‚wesentliche' Frage nach den inneren und äußeren Bedingungen und Konsequenzen einer Entwicklungsstrategie, die Wachstumsimpulse fast ausschließlich aus landwirtschaftlicher Exportproduktion und vom Auslandskapital betriebener Industrialisierung zu beziehen sucht, wird gar nicht erst gestellt – oder aber wieder

anhand globaler, für sich genommen recht aussageschwacher Erfolgsdaten abgehandelt.
Denn die Qualität des ivorischen (elfenbeinischen) „Wirtschaftswunders" bemißt sich eben nicht allein nach dem statistischen Pro-Kopf-Einkommen und dem Wachstum des produzierten wirtschaftlichen Güteroutputs, noch nach auf den ersten Blick eindrucksvollen Industrie- und landwirtschaftlichen Moderinisierungsprojekten (wie sie z.B. Jeune Afrique in oben zitierter Beilage in extenso vorstellt). Sie bemißt sich vielmehr danach, ob für die breite Masse der Bevölkerung mit der Umsetzung des Modells eine spürbare Besserung ihrer materiellen, politischen und kulturellen Unterprivilegiertheit verbunden ist; ob die Strukturen der Unterentwicklung zumindest tendenziell in Auflösung begriffen sind und ob die der Elfenbeinküste durch den französischen Kolonialismus von außen aufgezwungene Abhängigkeit im internationalen System nach 1960 von der einheimischen Regierung wenigstens in Ansätzen gelockert wurde.
Genau mit diesen Untersuchungsaspekten aber ist – wie sich zeigen wird – der schwache Punkt des ivorischen Entwicklungsmodells getroffen. Bevor dessen Problematik im einzelnen anhand exemplarischer und repräsentativer Komplexe aufgezeigt wird, soll zunächst der ökonomische und politische Hintergrund seines Entstehens historisch umrissen werden. Dabei geht es darum zu zeigen, daß die herrschende einheimische Klasse in der Elfenbeinküste ein direktes Produkt der mehr als ein halbes Jahrhundert währenden französischen Kolonialpolitik in Westafrika darstellt, einer Politik, die sich mit der Etablierung ‚struktureller Abhängigkeit' in der Peripherie auch einen soziopolitischen Brückenkopf zur lokalen Durchsetzung und Wahrung metropolitaner Interessen geschaffen hat.

Zur historischen Entstehung von Abhängigkeit und Unterentwicklung

Um die koloniale Unterwerfung und Ausbeutung des Territoriums der heutigen Elfenbeinküste auch kurzfristig möglichst effektiv zu gestalten, ging Frankreich um die Jahrhundertwende in diesem Gebiet mit Methoden vor, die in ihrer Brutalität an den Raubkolonialismus spanischer Prägung in Lateinamerika zur Zeit der ‚Conquista' erinnern (7). Frankreichs Strategie in den ihm formell auf der Berliner Kongo-Konferenz 1884/85 zuerkannten afrikanischen Besitzungen zeichnete sich im wesentlichen durch drei Prinzipien aus:
Erstens kam es auf die Durchsetzung des Anbaus landwirtschaftlicher Exportkulturen an, für die in der Metropole ein Verwertungsbedürfnis bestand (Kaffee, Kakao, Palmöl, Wildkautschuk). Französisches Handelskapital wurde zu Investitionen in den Kolonien aufgerufen („Enrichissez-vous!").
Zweitens sollten sich die Kolonien bzw. deren Verwaltung finanziell selbst tragen („Débrouillez-vous!"), was konkret für die einheimische Bevölkerung die obligatorische Abgabe von Kopfsteuern in Geld, von Nahrungsmittelkontingenten sowie Zwangsarbeit beim Straßen- und Eisenbahnbau bedeutete.
Drittens galt es den einheimischen Widerstand gegen die fremde Okkupation und ihre Zwangsmaßnahmen zu brechen, zum einen durch militärische Strafexpeditionen, zum anderen durch zwangsweise Umwandlung der traditionellen Häuptlinge in Kolonialbeamte untersten Ranges (8).
Nach diesen Prinzipien suchte Frankreich in der Elfenbeinküste wie auch gleichzeitig in Madagaskar Fuß zu fassen. Waren hier wie da aufgrund der nur marginalen Berührung mit dem transatlantischen Sklavenhandel die traditionellen sozioökonomischen Strukturen noch weitgehend intakt geblieben, so hatten in der Elfenbeinküste die Kolonisatoren im Vergleich zu Madagaskar schon deshalb leichteres Spiel, als die dort ansässigen Gesellschaften vorwiegend tribal organisiert und auch sprachlich stark zersplittert waren, also auch nicht annähernd eine Art nationaler Einigung erreicht hatten, wie sie um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert durch den Merina-König in Madagaskar herbeigeführt wurde. 1915 waren sämtliche lokale Aufstände gegen die Kolonialmacht auf brutalste Weise niedergeschlagen (9), das Territorium befand sich von nun an unter vollständiger Kontrolle der Kolonialisten und der Zersetzungsprozeß der traditio-

ELFENBEINKÜSTE
– RÉPUBLIQUE DE CÔTE-D'IVOIRE

Fläche: 322 463 km^2, **Einwohner**: 4 770 000 (1973), **Bev.-Dichte**: 14,8 pro km^2, jährliche Wachstumsrate: 2,4 %.

Landschaft und Klima: Im Süden 200 – 300 km breiter tropischer Regenwaldgürtel, ständig heiß und sehr feucht, 2 Regenzeiten (Mai-Juli, September-November). Im Norden Savannen und Trockensavannen (Sudanklima), 1 Regenzeit (Juli-August), größere Temperaturunterschiede.

Bevölkerung: Sudangruppen (Akanstämme, bes. Agni (0); Kru (SW); Mande (NW)), Fulbe, 20 000 Europäer, meist Franzosen, 10 000 Vorderasiaten (Syrer, Libanesen).
Sprachen: Französisch (Amts- und Handelssprache), sudan. Sprachen.

Religion: Islamische (25 %) und christliche (15 %, davon ca. 70 % katholisch) Gruppen, Naturreligionen.

Staats- und Regierungsform: Unabhängig seit 7.8.1960, Präsidiale Republik, Nationalversammlung (1-Kammer-Parlament), Wahlrecht für alle Erwachsenen ab 21 J., Einparteiensystem, Parti démocratique de la Côte-d' Ivoire (PDCI) allein im Parlament vertreten.
Präsident: Félix Houphouët-Boigny.

Städte: Abidjan (Hptst.) 380 000 Ew., Bouaké 105 000, Man 52 000, Daloa 32 000, Grand-Bassam 23 000, Korhogo 23 000.

Wirtschaft: **BSP** (1972) 1540 Mio Dollar, pro Kopf 340 Dollar, Jährliche Zunahme pro Kopf 1965 – 72 4,1 %.

Wichtigste Ausfuhrgüter: Kaffee und Holz (je 30-40 %), Kakao, Erze, Bananen, Ananas.

Wichtigste Handelspartner: **Frankreich**, BRD, übr. EG, USA, Marokko, Algerien, Japan. **Einfuhr** (1974): 969 Mio Dollar, **Ausfuhr**: 1214 Mio Dollar. **Währung**: CFA-Franc (FCFA) = 100 Centimes. 100 FCFA = 0,495 Dollar = 1,17 DM.

Mitgliedschaft: UNO, UEA, Conseil de l'Entente, CFA, ECA, FAO, GAMO (OCAM), GATT, IAFA, IBRD, ICAO, IFC, ILO, IMCO, ITU, UDEAO, UNESCO, UPU, WHO, WMO, CEAO, CCD; assoziiert an EG, ECOWAS (CEDEAO).

zusammengestellt nach: G. Fochler-Hauke, Der Fischer Weltalmanach. Frankfurt/M. (1975) und Statist. Bundesamt Wiesbaden (Hg.): Länderkurzberichte Elfenbeinküste 1973, Stuttgart 1974.

nellen sozioökonomischen Strukturen machte rapide Fortschritte:
1. die Bauern waren gezwungen, den Exportkulturen zwecks Erbringung der geforderten Kopfsteuer in Geld und der Pflichtkontingente den Vorrang gegenüber den traditionelle Subsistenzkulturen einzuräumen (10),
2. das bis 1946 offiziell beibehaltene Zwangsarbeitssystem fügte der Entwicklung der einheimischen Produktivkräfte einen kaum abzuschätzenden Verlust zu (11),
3. der soziopolitische Überbau der autochthonen Gesellschaften wurde mittels der Transformation des traditionellen Häuptlingswesens (der ‚chefferie traditionnelle') bzw. der Einsetzung neuer chefs ausgehöhlt und auf die Erfordernisse der kolonialen Penetration zugerichtet: An die Stelle feudaler Abhängigkeit bzw. gegenseitiger Abhängigkeit im Großfamilienverband der dezentral organisierten Gesellschaften (12) trat nun ein von den Opportunitätskriterien der Administration bestimmtes Herrschaftsverhältnis.

Herausbildung eines ‚Brückenkopfes'

Über das System der „direkten Herrschaft" schufen die Kolonialisten nicht nur ein wirksames Kontrollsystem auch auf der untersten lokalen Ebene, sie erreichten damit langfristig auch die Anbindung einer einheimischen Schicht an die Interessen der Metropole: Die Korrespondenzgruppe, als welche die ehemals traditionellen, jetzt zu bezahlten Kolonialbeamten umfunktionierten Häuptlinge bzw. die administrativ neu ernannten chefs fungierten, begann unter stillschweigender Duldung der französischen Verwaltung damit, sich neues Land anzueignen und darüber hinaus auf eigene Faust und zum eigenen Nutzen die Männ er ihres Aufsichtsbereiches (cantons) zur Zwangsarbeit anzutreiben (13). Um ihre neuen Pfründe zu wahren, entwickelten sie sich zu lokalen Despoten, die den Druck der Verwaltung nach unten weitergaben, woraus wiederum zahlreiche innertribale Konflikte resultierten, die die traditionelle Solidarität auf Dorf- und Stammesebene unterminierten (14).
Es war genau diese gängige kolonialistische Methode des ‚divide et impera', die einerseits einen organisierten kollektiven Widerstand gegen das fremde Regime verhinderte (was bis 1945 im wesentlichen gelang), andererseits es einer politisch-administrativen Korrespondenzschicht von unteren einheimischen Beamten ermöglichte, aus der ihr zunächst aufgedrängten Funktion und relativen Privilegierung deutliche, wenn auch im Vergleich zu den europäischen Siedlern bescheidene Akkumulationsimpulse zu beziehen. Auf diese Weise hatte sich bis zum Ende der 40er Jahre in der Elfenbeinküste eine kleine, wie Amin sagt: ‚embryonale' ländliche Pflanzerbourgeoisie herausgebildet, die einige hundert Familien umfaßte, (15) relativ große Ländereien ihr eigen nannte und diese zu einem erheblichen Teil von entlohnten, aus dem Norden stammenden Landarbeitern bebauen ließ.

Nur eine kurze Zeitspanne – zwischen 1945 und 1950/51 – schien es so, als habe das Kolonialsystem mit dieser rudimentären lokalen Bourgeoisie sein eigenes Totenbett gegraben. War die Metropole seit den 20er Jahren bestrebt gewesen, ihren sozialen Brückenkopf in der Elfenbeinküste (als der die zu Großpflanzern aufsteigenden, im landwirtschaftlichen Exportsektor verwurzelten und akkumulierenden chefs anzusehen sind) über die assimilationsideologisch verbrämte Rekrutierung modern ausgebildeter afrikanischer Verwaltungskader (Lehrer, Hilfsärzte, untere Angestellte der Justiz) (16) zu verbreitern, so bildeten gerade diese Kader – selbst Verkörperung des mit der Kolonialherrschaft verbundenen individuellen sozialen Aufstiegs und intensiv mit der ‚civilisation française' vertraut gemacht (17) – den Kern der gegen die repressive Praxis des Kolonialregimes gerichteten Protestbewegung der 4oer Jahre in der Elfenbeinküste. Diese erste Generation westlich gebildeter Intellektueller, die als in aller Regel aus der alten chefferie hervorgegangene Kader jetzt selbst dazu übergegangen war, einen erheblichen Teil ihres Einkommens in Kaffee- und Kakaopflanzungen anzulegen, machte sich in dem Augenblick zum politischen Sprachrohr der entstehenden ivorischen Agrarkapitalistenklasse, als Frankreich durch die verstärkte Förderung und Bevorzugung französischer Siedler und Firmen in der Exportlandwirtschaft ab 1930 ihre eigenen Expansionsmöglichkeiten in zunehmendem Maße zu beschneiden begann (18).
Zwischen diesen Intellektuellen, die in den 40er Jahren die organisierte Artikulation afrikanischen Protests gegen das Kolonialregime aufbauten, und der heute in der Elfenbeinküste die nationale Entwicklungsstrategie und -politik tragenden politisch-administrativen Brückenkopfelite besteht ein deutlicher ökonomischer, soziostruktureller politischer und sogar personeller Zusammenhang, der sich in dieser Kontinuität in Afrika nur sehr selten beobachten läßt. Ein kurzer Abriß des sozialen und politischen Charakters der damaligen einheimischen Protestbewegung ist auf diesem Hintergrund schon deshalb von Interesse, als er die historisch-soziale Bedingtheit des heute in der Elfenbeinküste vertretenen neokolonialen Entwicklungsmodells freilegt und zur Auflösung des ‚sachrationalen' Scheins, mit dem es sich umgibt, beitragen kann.

Die einheimische Protestbewegung 1944 – 50/51

Die Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI), die inzwischen bereits seit gut 20 Jahren die inneren politischen Entscheidungsinstanzen und -prozesse in der Elfenbeinküste monopolisiert, ging 1946 als politische Massenorganisation aus dem 1944 von Felix Houphouet-Boigny (seit 1960 ununterbrochen Präsident der Republik) und einigen anderen Großpflanzern und Beamten gegründeten Syndicat Agricole Africain (SAA) hervor. Dieses Pflanzersyndikat war ein genuin wirtschaftlicher, gegen die erdrückende Konkurrenz durch die Colons und die damit verbundene

Houphouët-Boigny

Diskriminierung der Einheimischen in der Exportlandwirtschaft gerichteter Interessenverband (19). Das beweist nicht nur die Zusammensetzung des Gründungskongresses, sondern auch seine Programmatik. (20) Die breite Basis, auf die die Partei sich bis zur zweiten ‚Befriedung' der Elfenbeinküste 1950/51 tatsächlich in der Bevölkerung stützen konnte, ist primär auf zwei Umstände zurückzuführen:
1. konnte mit der Forderung nach Abschaffung jeglicher Zwangsarbeit, die Houphouet und die PDCI massenwirksam in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zur Territorialvertretung und Nationalversammlung stellten, ein zunächst rein ständisch-korporativ motiviertes Postulat an das Kolonialregime zu einem Massenkonsens umgemünzt werden; denn das unter Kriegswirtschaft und Vichy-Frankreich verschärft praktizierte Zwangsarbeitssystem beschnitt zum einen die Verfügbarkeit des Landarbeiterreservoirs für die Pflanzerbourgeoisie, zum anderen hatte auch die Masse der Kleinbauern, die regelmäßig von ihren eigenen Feldern wegverpflichtet wurden, unter diesem System stark zu leiden.
2. führte die äußerst repressive Reaktion der Kolonialverwaltung auf die Basisaktivitäten der PDCI und ihre vorübergehende Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Frankreichs dazu, daß sich die PDCI und ihre Führung um Houphouet-Boigny – selbst in zunehmendem Maße der Verfolgung durch die Administration und die Kolonialtruppen ausgesetzt – gegenüber der Bevölkerung als Märtyrer und selbstloser Wahrer ivorischer Interessen profilieren konnte.
3. sicherte sich die Partei langfristigen politischen Kredit im Lande aufgrund der Tatsache, daß Houphouet 1946 als Abgeordneter in der Pariser Nationalversammlung die gesetzliche Abschaffung der Zwangsarbeit auf sein Konto verbuchen konnte, womit er allerdings in Anbetracht der Nachkriegsstrategie Frankreichs in seinen Kolonien (die auf eine systematischere und weniger brutale Inwertsetzung abzielte) im Parlament mehr oder minder offene Türen einrannte: der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. (21)

Zum sozialen und politischen Charakter der PDCI

Die PDCI verfolgte zu keiner Zeit eine antikoloniale Politik. Für sie war die verschärfte Konkurrenz und Repression durch die Europäer ein den Interessen der einheimischen Großpflanzer zuwiderlaufender *Mangel* der französischen Kolonial*praxis*. Dem System kolonialer Abhängigkeit selbst jedoch hatten die Großpflanzer und Intellektuellen ja überhaupt erst ihre Existenz, ihre relative Privilegierung in der Elfenbeinküste zu verdanken. Folgerichtig konnte es für sie auch nur darum gehen, einzelne sie betreffende Mißstände *innerhalb* des Regimes zu beseitigen, d.h. gleiche ökonomische Wettbewerbsbedingungen für die afrikanische Exportlandwirtschaft und zu deren Absicherung die Beteiligung an (kolonial-)politischen Entscheidungsprozessen zu erreichen. Nicht von ungefähr trat sie lediglich für den Bürgerstatus der ‚évolués', der einheimischen Gebildeten, ein. (22)

Kooperation mit der Metropole

Diesen beiden zentralen Forderungen kam die nach dem Zweiten Weltkrieg vom geschwächten französischen Kapitalismus zwecks effektiverer Inwertsetzung der Kolonien eingeleitete Kolonialreform im Rahmen der ‚Union Française' entgegen, und zwar mehr aufgrund des kolonialstrategischen Kalküls der Metropole als auf dem Hintergrund territorialer Protestbewegungen. Denn in der Elfenbeinküste wie ja auch 1947/48 in Madagaskar zeigte sich überdeutlich, wie die Kolonialmacht im äußersten Fall ihre militärische Überlegenheit gegen innere Opposition ausspielen konnte. Die Anwendung totaler Repression war es auch, die 1950/51 zu den Massenaufständen in der Elfenbeinküste führte (23), dabei aber auch den Organisations- und Kaderapparat der PDCI an den Rand des vollständigen Zusammenbruchs brachte. In dieser Situation stellte Frankreich Houphouet vor die Alternative: entweder eine zukünftige ‚fruchtbare' Kooperation mit der Metropole unter der Bedingung absoluten Wohlverhaltens, oder völlige Ausschaltung der PDCI. (24)
Houphouet lenkte ein, war doch die PDCI und ihr sozialer Kern, die Großpflanzer und ebenfalls im Exportsektor akkumulierenden Kolonialintellektuellen, von Anfang an zu einer ‚fruchtbaren' Gestaltung der Beziehungen zur Metropole interessiert und angesichts der inneren Zersetzung der Partei kein Handlungsspielraum für Maximalforderungen mehr gegeben. Die rein taktisch motivierte Zusammenarbeit mit den französischen Kommunisten – diese waren in den Nachkriegsjahren vorübergehend in der Pariser Regierung vertreten – wurde von heute auf morgen aufgekündigt.
Man hatte einen neuen Partner gefunden. Dieser zwischen der PDCI-Führung und Frankreich ausgehandelte Richtungswechsel stellte sich als umso leichter zu realisieren dar, als ihm in der Elfenbeinküste keine größere Mobilisierung der Bevölkerung ‚von unten' entgegenstand.
Von nun an gewannen die zentralen Themen, die die Politik der ivorischen Brückenkopfelite bis heute bestimmen, auch explizit an Konturen: Kooperation mit Frankreich in allen Bereichen; Evolution statt Revolution und Ablehnung jeglicher ‚Klassenkampfideologie' („In der Elfenbeinküste gibt es keine Klassen"); uneingeschränkte Öffnung für die ausländische und – wo möglich – einheimische unternehmerische Privatinitiative; Vorrang der ivorischen Interessen vor jedem Versuch, überregionale afrikanische ökonomische und politische Einheiten (wieder-) herzustellen. (25)

Die nationale Entwicklungsstrategie im Zeichen formaler Souveränität

Wie ‚fruchtbar' sich speziell die Beziehungen zwischen der Elfenbeinküste und Frankreich in der Dekade 1950-60 im Rahmen der Union Française und (ab 1958) der Communauté Française entwickelten, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Elfenbeinküste
– in diesem Zeitraum die höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten (jährlich 7 bis 8 %), (26)
– das größte lokale Steueraufkommen und
– ab 1955 auch das größte Budgetvolumen in der Verwaltungsföderation Französisch-Westafrika zu verzeichnen hat,
– 1957/58 mit ihren Export-Import-Quoten weit über dem Durchschnitt Französisch-Westafrikas liegt (27) und am Gesamtexport der Föderation mit 46 % beteiligt ist (28).
So erlangte die Elfenbeinküste 1960 zwar als das ökonomisch bedeutendste Land der Communauté, aber auch als mit den typischen Strukturen eines abhängigen, unterentwickelten sozioökonomischen Systems der Peripherie (vor-)belastetes Land die formale völkerrechtliche Souveränität. (29)

Die Côte d'Ivoire – in den 50er Jahren als Küstenland mit für den Kaffeeanbau geeignetem Klima und großem Edelholzbestand zum bevorzugten Operationsfeld des zweiten kolonialen ‚Modernisierungs- und Ausrüstungsplans' geworden (30) – knüpfte nun unter der Führung einer im

Innern weitgehend konsolidierten nationalen Regierung mit Houphouet-Boigny an der Spitze quasi bruchlos an die koloniale Tradition extrovertierten, d.h. außengerichteten (und -geleiteten) Wirtschaftswachstums an. Ungeachtet der gravierenden internen strukturellen Deformationen, die der Zustrom metropolitanen Kapitals im Rahmen der Inwertsetzungsstrategie Frankreichs seit 1950 verursacht hatte und die von Samir Amin in einer empirischen Studie detailliert nachgewiesen wurden,setzten die nationalen Entwicklungsstrategen der Elfenbeinküste die Integration des Landes in das asymmetrische System der internationalen Arbeitsteilung fort, ja sie forcierten sie, freilich nun auch unter Einbezug anderer ausländischer Akteure (insbes. der EWG-Länder und der USA).

Unter dem Vorzeichen formell-souveräner Entwicklungsstrategie und -politik sei es – so behauptet die ivorische Regierung seit 1960 – prinzipiell möglich, per Entwicklungsplanung den durchaus erkannten Negativeffekten eines auf Außenhandel und ausländischem Kapitalzufluß basierenden Entwicklungsmodells entgegenzusteuern: der Abhängigkeit von der Konjunktur der Außenmärkte für Primärgüter durch eine Strategie landwirtschaftlicher Modernisierung und Produktdiversifizierung sowie durch den Aufbau eines lokalen industriellen Sektors; dem Risiko der Blockierung des Wachstums im Falle eines langsameren Zustroms ausländischer Investitionen primär durch „beispielhafte politische Stabilität" und Sicherung ungehinderten Kapitaltransfers des Auslandskapitals (31). Als weiterer Schwerpunkt derart kompensatorisch verstandener Entwicklungspolitik/-planung wird vor allem ein Regionalentwicklungsprogramm angesehen, das die mit der Konzentration des Auslandskapitals in bestimmten Sektoren und Regionen einhergehenden regionalen Ungleichheiten aufheben soll. (32)

Der Argumentationskreis schließt sich wie folgt: Indem die staatliche Entwicklungsplanung die – wie unterstellt wird – *jedem* wirtschaftlichen Wachstumsprozeß unvermeidlich zueigenen Ungleichgewichte systematisch aufhebt, „die notwendigen Korrekturmaßnahmen" (33) projektiert, verhelfe sie dem ganzen eigentlichen Entwicklungspotential des zugrundegelegten Wachstumsmodells erst zu seiner vollen Entfaltung: zur Einleitung eines langfristigen Prozesses fortschreitenden, rapiden wirtschaftlichen Wachstums und perspektivisch zum Übergang von einer Wachstumswirtschaft zu einer Gesellschaft, in der die Entfaltung und Bedürfnisbefriedigung der Menschen im Mittelpunkt steht. (34) Die im folgenden zu untersuchende Frage ist die nach dem Realitätsgehalt dieses Etappenmodells, das übrigens wohl nicht rein zufällig stark an die Stadientheorie des US-amerikanischen Modernisierungstheoretikers W.W. Rostow erinnert, d.h. nach seiner Aussagekraft für die Überwindung von Unterentwicklung in der Elfenbeinküste.

Landwirtschaftliche Modernisierung – für wen?

Als Konsequenz des projektierten fortschreitenden Wachstums der Exportlandwirtschaft, die bis heute als Grundpfeiler der ivorischen ‚Entwicklung', als Hauptdevisenquelle des Landes, angesehen wird, (35) wurde mit dem Perspektivplan 1960-75 neben einer Politik der landwirtschaftlichen Produktdiversifizierung die der Modernisierung und Intensivierung des Anbaus der großen Exportkulturen Kaffee und Kakao in Angriff genommen. Die Entwicklung dieses Sektors ist von besonderem Interesse,zum einen deshalb, weil er etwa die Hälfte der ländlichen Gesamtbevölkerung in den monetären Wirtschaftsprozeß einbezieht, zum anderen, weil er noch immer die zentrale Akkumulationsbasis der Elfenbeinküste darstellt, denn die Industrie wie auch große Teile des Tertiärsektors befinden sich in ausländischer Hand.

Am Beispiel dieses Sektors (36) zeigt sich schlagend die Unvereinbarkeit von extrovertiertem Wachstum und Modernisierungsplanung. Die Elfenbeinküste, deren Kaffee-Export 1970 einen wertmäßigen Anteil am Gesamtexport von 33 % (gegenüber 48 % 1960) einnahm, sah sich in den letzten 16 Jahren permanent Schwierigkeiten im Absatz dieses Primärprodukts gegenüber: Nach der Kampagne von 1967/68 mußten nicht weniger als 102.000 t vernichtet werden. Während die Kaffee-Erzeugung sich 1972 auf 268.000 t belief, wurde gleichzeitig die Exportquote der Elfenbeinküste im internationalen Kaffeeabkommen infolge allgemeiner Weltüberproduktion auf 153.000 t gesenkt. Hinzu kommt, daß die den assoziierten Ländern von der EWG ursprünglich eingeräumte Präferenz für Kaffee inzwischen drastisch reduziert worden ist. Zwei Fünftel des ivorischen Kaffee-Exports haben zudem Absatzchancen nur zu Konditionen unter dem ohnehin nie-

Exportlandwirtschaft: Palmölpflanzung

drigen Weltmarktpreisniveau (wegen der bitteren Geschmacksrichtung der ivorischen Robusta-Sorte). Schließlich bleibt die Elfenbeinküste mit ihrem Kaffee-Export zu etwa zwei Dritteln auf zwei Abnehmerländer angewiesen: auf Frankreich und die USA.
Auf dem Hintergrund dieser Absatz- und Erlössituation für den ivorischen Kaffee kann die außerordentlich hohe Produktionszuwachsrate in den 60er Jahren kaum als Erfolg der landwirtschaftlichen Modernisierungspolitik interpretiert werden. Denn: Erstens stand diesem Outputvolumen keine annähernd entsprechende Aufnahmekapazität auf den Exportmärkten gegenüber, so daß mehr als die Hälfte der Ernte (120.000 t) eingelagert, die Wiederpflanzung gestoppt und die Neuanlage von Kaffeepflanzungen von der Regierung per Erlaß verboten werden mußten. Zweitens beruhte das spektakuläre Wachstum der Exportkulturen zum ganz überwiegenden Teil auf rein extensiver, weiterhin mit traditionellen Methoden und billigen Arbeitskräften aus Obervolta und Mali betriebener Bodennutzung. Drittens wurde der Produktionszuwachs in hohem Maße vom Kaffeepreisverfall absorbiert: Unter Berücksichtigung der Geldentwertung kann geschätzt werden, daß der Kiloerlös des ivorischen Kaffeebauern zwischen 1960 und 1971/72 wertmäßig um 20 bis 30 % zurückgegangen ist. Dabei muß man sich die Tatsache vor Augen halten, daß diese Kultur für 1,8 Mio Menschen in der Elfenbeinküste (ca. 40 % der Gesamtbevölkerung) die alleinige oder hauptsächliche Quelle monetären Einkommens bildet. Die große Mehrzahl dieser Produzenten sind Kleinbauern, die eine mittlere Bo-

Exportprodukt: Kakao

-denfläche von lediglich 2,6 bis 3,3 ha kultivieren, daraus ein jährliches Familien-Durchschnittseinkommen von lediglich 70 000 bis 100 000 Francs CFA
fung moderner landwirtschaftlicher Ausrüstungsgeräte nicht finanzieren können. So bleiben für sie Hacke und Machete die einzig verfügbaren Produktionswerkzeuge.
Demgegenüber hat sich infolge der landwirtschaftlichen Modernisierungspolitik im Kakaosektor das effektive Einkommen der Pflanzer zwischen 1960 und 1970 im Jahresdurchschnitt um rund 3,2 % erhöht. Dies ist jedoch auch nur statistisch der Fall. Die Expansion des Kakaosektors (22 % Gesamtexportanteil 1960, 25 % 1970) als Reflex einer im Vergleich zum Kaffee günstigeren Absatz- und Erlösstruktur wird im wesentlichen von nur wenigen Großpflanzern im Zentrum und Osten getragen, die schon zu den Zeiten des kolonialen Kaffeeprotektionismus akkumulieren konnten. Nur hier hat eine Modernisierung stattgefunden, die in dem gestiegenen Einsatz von Düngemitteln, Insektiziden und Zerstäubern sowie in der Verjüngung des Baumbestandes zum Ausdruck kommt. Tatsächlich ist eine Anhebung der Produktivität, wie sie beim ivorischen Kakao festzustellen ist, nur durch im Vergleich zum Kaffee hohen Kapitalaufwand zu erreichen, der von den Kleinbauern nicht erbracht werden kann. Folglich nimmt die ländliche Pflanzerbourgeoisie von den Krediten der staatlichen Modernisierungsgesellschaft für die Landwirtschaft (SATMACI), die an gewisse Eigenleistungen gebunden sind, den Löwenanteil in Anspruch. Im übrigen dominiert im Kakaosektor eine ähnlich stark parzellierte und traditionelle Anbauweise wie im Bereich der Kaffee-Erzeugung. Eine schnelle Veränderung der Produktionsstruktur ist schon deshalb kaum zu erwarten, weil beide Kulturen häufig von ein und demselben Pflanzer zugleich angebaut werden.
Es ist also zu erkennen, daß die landwirtschaftliche Modernisierungspolitik einseitig die ivorischen Mittelbauern bevorteilt und weit davon entfernt ist, eine umfassende Modernisierung des Exportprimärsektors zu leisten. Sie muß sich im Kontext extrovertierten Wachstums auf das jeweils von der Weltmarktdynamik am meisten begünstigte Produkt konzentrieren. Die ivorische Modernisierungspolitik im Agrarsektor hängt grundsätzlich am Gängelband der Außenkonjunktur, mit welchem Autonomiedünkel sie sich auch umgibt. Von daher kann diese Politik nicht – wie unterstellt – als ein Instrument zur Reduzierung der Abhängigkeit von der Außenkonjunktur angesehen werden. Sie ist vielmehr nur in der Lage, auf die von außen gesetzten Bedingungen zu reagieren und ist insofern selbst ein Strukturelement der Abhängigkeit eines Peripherielandes. Auf verschiedene wichtige Aspekte der Agrarpolitik in der Elfenbeinküste kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingegangen werden. Jedoch sei darauf hingewiesen, daß der breite Zustrom von Saison-Landarbeitern aus den Nachbarländern Mali und Obervolta sowohl eine Bedingung als auch eine Folge der ausbleibenden umfassenden Mechanisierung des Exportsektors in der Elfenbeinküste ist. Im Falle von Absatzschwierigkeiten kann sich der Kaffee- bzw. Kakaobauer von einem kurzfristig engagierten Landarbeiter schneller trennen als von teurem landwirtschaftlichen Gerät.

Diversifizierungsprogramme

Die von der Regierung der Elfenbeinküste verfolgte Politik der Produktdiversifizierung trägt in ähnlicher Weise zur weiteren ökonomischen Privilegierung der Landbourgeoisie bei. Hier seien nur die beiden wichtigsten Diversifizierungskulturen: Palmöl und Ananas angesprochen. Sie werden zum weitaus größten Teil auf Großplantagen angebaut und in nahegelegenen Industrien verarbeitet, die maßgeblich durch ausländische Investitionen (Kredite der Weltbank, Frankreichs, der BRD, des Europäischen Entwicklungsfonds, Privatinvestitionen) getragen werden. Bezeichnenderweise stellt auch hier die ‚reiche' Südostregion mit der im Lande höchsten Konzentration von Großpflanzern den größten Anteil an der einheimischen Erzeugung, was kaum verwundert, erfordern doch diese Kulturen noch einen ungleich höheren Kapitalaufwand als z.B. der Kakao. Die sich bereits verschlechternden Absatzmöglichkeiten für Palmöl und die außerordentlich starke internationale Konkurrenz der Ananasproduzenten veranlassen freilich zu einer eher

skeptischen Beurteilung der Weltmarktperspektiven dieser Produkte. Vor allem aber hat sich die Elfenbeinküste mit ihrem Diversifizierungsprogramm in neue Abhängigkeiten technologisch-finanzieller Art begeben. Denn die Kreditfinanzierung zieht wachsende externe Verschuldung nach sich. Die mit modernster Technik arbeitenden Ölmühlen und Konservenfabriken sind angewiesen auf Ausrüstungsgüterimporte, die aus den Devisen des Primärgüterexports bestritten werden müssen, also auf diese Weise wieder die Abhängigkeit vom Weltmarkt verstärken.

Abhängige Industrialisierung

Zieht schon die Diversifizierungspolitik Abhängigkeiten auf neuer Ebene nach sich, so gilt dies umso mehr für die Industrialisierung in der Elfenbeinküste, die seit 1960 geradezu spektakuläre Formen angenommen hat (37). Die Industrieproduktion hatte in der Dekade 1960-70 bei weitem die höchsten Zuwachsraten aller Wirtschaftssektoren zu verzeichnen (durchschnittlich 18,3 % pro Jahr) und dieses eindrucksvolle Wachstum ist begleitet von einem zunehmenden Anteil von Industrieprodukten am Gesamtexport (20 % 1968, 27 % 1971, 30 % 1973), so daß sich die Erwartungen der ivorischen Entwicklungsplaner an die Exportindustrialisierung zu bestätigen scheinen. Allerdings relativieren folgende Aspekte die von offizieller Seite gerne zitierten Erfolgsmeldungen:
Erstens verringert sich die o.a. Exportquote z.B. für 1970 auf 6,6 % (!), wenn man die verarbeiteten inländischen Nahrungsmittelerzeugnisse (Ananaskonserven, Kakaobutter, Pulverkaffee) nicht berücksichtigt.
Zweitens spricht angesichts der Aufnahmekapazität der Außenmärkte und der starken Konkurrenz anderer Produzentenländer bei diesen Warengruppen, deren Absatz also ständig bedroht ist, nichts dafür, daß die aufsteigende Tendenz stabil bleibt. Erste Anzeichen ihres Abflachens sind bereits erkennbar. Drittens geht der schroffe Anstieg des Industriegüter-Exports zu einem erheblichen Teil auf die Ausfuhr in afrikanische Nachbarländer zurück, die (so z.B. Niger und Obervolta) inzwischen beginnen, selbst Substitutionsindustrien für genau die Waren aufzubauen, die sie zur Zeit noch in großem Umfang von der Elfenbeinküste beziehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache interessant, daß die erst kürzlich gegründete erweiterte westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (erstmals zusammen mit anglophonen Staaten) ECOWAS wesentlich auf die Initiative der Elfenbeinküste zurückgeht. Anlaß war nicht zuletzt der Umstand, daß sich auf dem Inlandsmarkt deutliche Sättigungstendenzen bemerkbar machen und einige nach 1960 installierte Industriebetriebe schon unterhalb ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten.
An der Elfenbeinküste läßt sich auch exemplarisch die ganze Problematik der Leichtindustrialisierung im Kontext eines peripher-kapitalistischen Systems aufzeigen. Wird schon an den Besitzverhältnissen im Industriesektor klar, daß der von der Regierung propagierte „Staats-" und „Volkskapitalismus" nichts als eine Phrase ist, der die Realität von Anfang an Hohn gesprochen hat, so hat die exklusive Orientierung dieses Sektors auf Leichtindustrie (Streichhölzer, Getränke, Textilien, PKW-Montage) unter der Dominanz des Auslandskapitals einen neuen ökonomischen Mechanismus initiiert, der die statistisch geringfügig reduzierte Abhängigkeit von Primärgüterexporten ins rechte Licht rückt: Als Folge der abhängigen Industrialisierung sind die Importe an Rohstoffen, Halbfertigwaren und vor allem Ausrüstungsgütern aus den Metropolen seit 1960 um das Fünf- bis Siebenfache hochgeschnellt und stehen damit entgegen den im Perspektivplan vorgesehenen Quoten ganz in der Tradition der früheren direkten kolonialen Inwertsetzung: Die Importe wachsen schneller als das Bruttoinlandsprodukt.

Wachstumsblockierung: eine Frage der Zeit

Abgesehen von den bekannten regionalen Ungleichgewichten und sozialen Marginalisierungserscheinungen, die die außengeleitete, kapitalintensive Industrialisierung auch in der Elfenbeinküste mit sich gebracht hat, trägt sie strukturell bereits die Blockierung des industriellen Wachstums in sich: Erstens: Die Verlangsamung des Exportwachstums ist schon manifest geworden und die ivorische Planung hat dem Rechnung tragen müssen. (38)
Zweitens: „Durch die ungeheure Distribution von Einkommen, die sie verursachen und die sich unter den Bedingungen der Unterentwicklung hauptsächlich auf importierte Fertiggüter richten, ist der Negativeffekt dieser Industrien (der importsubstituierenden Verbrauchsgüterindustrien auf die Handelsbilanz, d.V.) umso bedeutender, als die Nachfrageelastizität nach diesen (importierten, d.V.) Produkttypen hoch und wachsend ist." (39).
Drittens wird das Wachstum nur so lange anhalten, wie die Auslandsfinanzierung schneller wächst als das Bruttoinlandsprodukt. (40) Aber aufgrund der doppelten Limitierung, des Exportwachstums wie des Importsubstitutionswachstums, ist bereits abzusehen, wann das Investitionsinteresse des Auslands nachlassen wird. Schon 1972 bemerkten die ‚Nachrichten für den Außenhandel': „Das Investitions- und Absatzklima in der Elfenbeinküste wird von dort ansässigen Geschäftsleuten derzeitig mit gedämpftem Optimismus betrachtet. Es wird auf die Tatsache hingewiesen, daß der Markt des Landes relativ begrenzt ist. (...) Die spekulative Errichtung von Exportkapazitäten wird als gefährlich bezeichnet." (41)
Viertens wird das Interesse des Auslandskapitals auch in dem Maße abnehmen, wie die Elfenbeinküste in Finanzierungsschwierigkeiten gerät, also immer weniger in der Lage sein wird, die Infrastruktur-Vorinvestitionen, die zahlreichen Investitionsvergünstigungen und die hohen Importe zu tragen. Zur Verschlechterung der ivorischen Zahlungsbilanz, die (noch!) eindeutig positiv ist, steuern neben der Verlangsamung des Exportwachstums gegenwärtig hauptsächlich der im Rhythmus der Industrialisierung rapide anwachsende Profittransfer des ausländischen Kapitals und die ebenso beschleunigte Auslandsverschuldung bei: Der Retransfer der Gewinne hat schneller zugenommen als der Perspektivplan vorsah, nämlich dreimal so stark wie das Bruttoinlandsprodukt, erreichte von diesem 1965 16 % und übertraf 1970 die Auslandsinvestitionen um 11,4 Mrd. Francs CFA (gegenüber 6,4 Mrd. 1963) (42). Diese Entwicklung geht einher mit einer deutlichen Abnahme des Anteils inländischer Ersparnisse am gesamten öffentlichen und privaten Investitionsvolumen und einer jährlichen Zunahme der Auslandsverschuldung um rund 30 %. Der Internationale Währungsfond schätzt, daß der Auslandsschuldendienst der Elfenbeinküste in Relation zu den öffentlichen Ersparnissen von 45 % 1971 auf 96 % 1980 steigen wird. (43)

Soziale Aspekte der abhängigen Industrialisierung

Die abhängige Industrialisierung der Elfenbeinküste hat das regionale Gefälle im Lande, das sich schon mit der kolonialen Monokulturpolitik in der südlichen Regenwaldzone abzeichnete, weiter akzentuiert. Die Südregion mit dem berühmten ‚Wasserkopf' Abidjan vereinigt auf sich inzwischen 92,3 % aller Industriebetriebe, während alle übrigen Regionen (Zentrum und Norden) sich den Rest teilen. Die ausländischen Konzerne haben sich von jeher

Luxushotel in Abidjan

bevorzugt dort angesiedelt, wo die Standortvorteile infolge der infrastrukturellen Erschließung am größten sind. Die mit dieser einseitigen Konzentration notwendig provozierte Arbeitskräfteimigration aus Mali, Obervolta und dem nördlichen Savannenland der Elfenbeinküste in Richtung Abidjan hat die Randbezirke dieser Stadt quasi in ein Heerlager von Arbeitslosen verwandelt, das sich täglich vergrößert, weil der industrielle Sektor äußerst beschränkt absorptionsfähig ist. Eine soziologische Studie kommt zu dem Ergebnis, daß nunmehr bereits etwa ein Drittel der Abidjaner Bevölkerung in den ‚bidonvilles' haust, mit einem statistischen individuellen Lebensraum von vier Quadratmetern pro Person. (44) Dieses Bild spricht in der Tat dem von seiten der Regierung verkündeten ‚Volkskapitalismus' Hohn.

Regionalentwicklung

Die Regionalentwicklungspolitik der ivorischen Regierung gibt vor, mittels der Neuschaffung von Entwicklungspolen den bisher in erster Linie auf die Hauptstadt gerichteten Konzentrations- und Migrationsprozeß zu dezentralisieren. Tatsächlich aber stehen die Paradeprojekte von San Pedro (Tiefseehafen) und Kossou (Staudamm zur Energieerzeugung) in dierektem Zusammenhang mit der projektierten Eisenerzgewinnung in Bangolo im äußersten Westen der Elfenbeinküste, bei der ein US-Konzern federführend sein wird (45). Ihre Konzeption läßt die ‚Régionalisation' eher als Erfüllungsgehilfen des extrovertierten Wachstumsmodells erscheinen, das zu seiner Perpetuierung der Erschließung neuer Ressourcen bedarf, denn als Bestandteil eines eigenständigen und zielgerichteten Abbaus regionaler Disparitäten. Die Frage bleibt außerdem, was aus diesen ‚Entwicklungspolen' wird, wenn sich die Eisenerzextraktion einmal erschöpft hat.

Politisches Krisenmanagement im Innern

Angesichts der hier dargestellten und untersuchten Ergebnisse nationaler Entwicklungsstrategie und -politik in der Elfenbeinküste stellt sich schließlich die Frage, wie die berühmte ivorische politische Stabilität bisher aufrechterhalten werden konnte, warum es also zu keiner nennenswerten Hinterfragung des nun schon 16 Jahre herrschenden Regimes kam und welches die inneren politischen Perspektiven der Elfenbeinküste sind.

Die von der neokolonialen Abhängigkeit der Elfenbeinküste bisher neben dem Auslandskapital hauptsächlich profitierende einheimische Brückenkopfelite, deren zentrale ökonomische Akkumulationsbasis weiterhin der landwirtschaftliche Exportsektor (46), aber mehr und mehr auch der städtische Tertiärsektor darstellt, und die sich zudem durch verschiedene außerökonomische Manipulationen (Monopolisierung des Staatsapparates, extrem hohe Gehälter) bereichert, hat es bisher verstanden, den durchweg lokal beschränkten Widerstand gegen ihre Politik entweder durch Einsatz physischer Gewalt (z.B. in Gagnoa 1970) (47) oder durch ein engmaschiges Kontroll- und Spitzelsystem zu brechen, das im wesentlichen von der Verwaltung und der PDCI mit ihren Basisorganisationen getragen wird. Aufkommender Unzufriedenheit wird – soweit möglich – über massive Rundfunk- und Zeitungspropaganda sowie durch den Aufbau äußerer Feindbilder („der Kommunismus", Sékou Touré als Störenfried im ‚harmonischen' System der internationalen Beziehungen) entgegengewirkt. Wenn unvermeidbar, wird zur Aufbesserung der politischen Atmosphäre hier und da ein lokal begrenztes Entwicklungsprogramm (Bau neuer Dörfer mit Steinhäusern, Anschluß an Straßen- und Elektrizitätsnetz) bewilligt. (48)
Kritische Intellektuelle werden nach Möglichkeit in den Verwaltungsapparat integriert, m.a.W. gekauft. Auch das einheimische Proletariat in den Städten ist Ziel einer Privilegierungs- und Integrationspolitik, und zwar durch hohe Löhne, die ganz offensichtlich den Industriearbeitern einen Lebensstandard weit über dem der Masse der Kleinbauern und Landarbeiter, erst recht aber des Lumpenproletariats der ‚bidonvilles' ermöglichen und sie damit als Konfliktfaktor ausschalten sollen.
Jedoch erfaßt die Privilegierungs- und Integrationspolitik der ivorischen Bourgeoisie bei weitem nicht alle mit der abhängigen (Unter-) Entwicklung des Landes verbundenen sozialen Konfliktfaktoren. Welcher von ihnen das derzeit größte politische Veränderungspotential darstellt, wird sich vielleicht schon bald herausstellen, wenn die Blockierung des Wachstums für die Bevölkerung spürbar und offensichtlich wird, und wenn sich die politisch-administrative Bourgeoisie in den schon jetzt absehbaren Machtkampf um die Nachfolge Houphouet-Boignys begibt.

MADAGASKAR: EINE SOZIALISTISCHE PERSPEKTIVE ?

Bis 1972 das Militär in Madagaskar an die Macht kam, befand sich das Land auf einem Entwicklungsweg, der dem ivorischen Modell ähnlich, aber aus noch näher zu beschreibenden Gründen noch weniger erfolgreich war. Im folgenden soll versucht werden herauszuarbeiten, wie es auf Grund der kolonialen Durchdringung zur Herausbildung einer ungleichartigen Wirtschafts- und Sozialstruktur kam, und wie diese nach der Unabhängigkeit Madagaskars 1960 zu einer Entwicklungsstrategie führte, die den Kern der Abhängigkeit nicht antastete. Anschließend soll untersucht werden, ob sich daran seit 1972 etwas geändert hat, oder ob die Bekenntnisse der Militärregierungen zum Sozialismus, wie so oft in Afrika, einen legitimatorischen und verschleiernden Charakter haben.

1. Die Entwicklung Madagaskars bis zur Unabhängigkeit

1.1. Die vorkoloniale Epoche

Die Herkunft der Bevölkerung Madagaskars ist anthropologisch noch nicht einwandfrei geklärt. Vier Grundelemente, die in Einwanderungswellen zwischen dem 5. und 15. Jahrhundert auf die Insel kamen, kann man zumindest unterscheiden: indonesische, melanesische, arabische und schwarzafrikanische. (49) Die Madegassen setzen sich aus 20 Volksgruppen (Ethnien) zusammen. Sie haben immer noch eine große Bedeutung, vor allem auf dem Gebiet eigenständiger Kulte, endogamer Heiratsvorschriften (die Heiraten mit Fremden verbieten), interner Kastenorganisation bzw. deren Abwesenheit, eigener Anbaumethoden und anderem mehr. (50) Wichtiger als diese Unterschiede ist jedoch die Tatsache, daß sich alle Madegassen als ein Volk verstehen aufgrund einer dreifachen Einheit: einer geographischen, einer sprachlichen (mit Dialektabweichungen sprechen alle Madegassen Malagasy) und einer kulturellen (hier stellt die über die ganze Insel verbreitete Institution des Ahnenkultes das verbindende Band dar). Von daher ist es auch nur gerechtfertigt, von Volksgruppen und nicht etwa von Rassen oder Stämmen zu sprechen.
Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts bestand Madagaskar aus unzählig vielen kleinen „Königreichen", die sich oft nur aus wenigen Dörfern zusammensetzten und feudalartige Züge aufwiesen. Mit Andrianampoinimerina, von 1785 – 1810 König der Merina, der größten Volksgruppe Madagaskars, begann die nationale Einigung Madagaskars, indem er große Teile des Hochplateaus und der nördlichen Küstenregionen eroberte, um den schon beträchtlichen Außenhandel (hauptsächlich mit Sklaven, die größtenteils vom afrikanischen Kontinent kamen) unter seine Kontrolle zu bringen (51). Er errichtete einen stark zentralistischen Staat, brach die politische Macht der Feudalherren, ohne indes deren ökonomische Stellung auf ihren Lehen entscheidend beschneiden zu können, er ließ den Staat die landwirtschaftliche Produktion organisieren, indem durch Fronarbeit eine Wasserinfrastruktur errichtet wurde, und er baute eine Bürokratie auf: insgesamt eine feudale Gesellschaftsformation mit der politischen Form der absoluten Monarchie, verbunden mit Elementen der asiatischen Produktionsweise (52).
Die Nachfolger Andrianampoinimerinas dehnten ihr Herrschaftsgebiet auf die ganze Insel mit Ausnahme von Teilen im Westen und im Süden aus. Sie bauten seit 1820 ein gutausgebildetes Berufsheer auf, das anfänglich aus 14.000 (!) Mann bestand, allesamt sehr wohlhabend, die Anteil an den Gewinnen durch die Eroberungen hatten, und deren Güter teilweise durch allgemeine Fronarbeiten bewirtschaftet wurden (53)

Das 19. Jahrhundert war gekennzeichnet von dem Bestreben, die durch die Zunahme von ausländischen Handelsniederlassungen und Missionen gefährdete nationale Unabhängigkeit beizubehalten: davon zeugen wechselnde Allianzen in Form von Friedens-, Freundschafts- und Handelsverträgen mit Frankreich, England, den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland in dem Bemühen der Diversifikation der Handelsbeziehungen und des Ausspielens der großen Mächte gegeneinander. Die madegassischen Händler drängten dabei auf eine beschränkte Öffnung des Landes nach außen, standen dabei aber im Widerspruch zu den europäischen Handelsgesellschaften, die stärker in den internen Handel eingreifen wollten, während die madegassischen Händler zwar auf die Europäer angewiesen waren, sie aber auf ihre Handelsstützpunkte an der Küste beschränken wollten. 1862 wurde den Handelsgesellschaften vom König aber zugestanden, sich auch im Landesinnern festzusetzen und außerdem Arbeitskräfte rekrutieren zu können. So hatten sich in den 80er Jahren schon die ersten Gesellschaften in Madagaskar etabliert (hauptsächlich noch im Bereich der Ostküste), die die landwirtschaftliche Produktion selber organisierten. (54)
Nach der Besetzung der Stadt Majunga 1883 durch die Franzosen kam es 1884 zum ersten französisch-madegassischen Krieg, in dessen Verlauf Madagaskar zwar dem Verlangen Frankreichs, das Protektorat über die Insel übertragen zu bekommen, widerstehen konnte; die Souveränität des Königreiches ging aber trotzdem im Friedensvertrag von 1885 größtenteils verloren: Frankreich vertrat zukünftig Madagaskar in allen auswärtigen Beziehungen und erhielt strategisch wichtige Küstenstriche zugesprochen. Auf der Berliner Konferenz, die kurz vorher stattgefunden hatte, auf der mit der Aufteilung Afrikas zwischen den europäischen Mächten die Ära der direkten Kolonisation dieses Kontinents begonnen hatte, war Madagaskar den Franzosen zugesprochen worden (55).
Nach Differenzen über die Auslegung des Friedensvertrages kam es 1894 zum zweiten französisch-madegassischen Krieg, in dessen Verlauf die Königin diesmal das französische Protektorat akzeptieren mußte. Kurz darauf erfolgte die Inbesitznahme der Insel durch Frankreich. Da die anderen großen Mächte ihre Verträge mit Madagaskar durch die Inbesitznahme nicht außer Kraft gesetzt sahen, verabschiedete das französische Parlament am 6.8.1896 auf Druck der Geschäftslobby hin das Annexionsgesetz, durch das Madagaskar zur Kolonie wurde, die von einem Generalgouverneur verwaltet wurde (56).
Bis dahin war die Gesellschaftsstruktur sehr viel stärker durch die innere Dynamik als durch den Einfluß von außen geprägt worden, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern Afrikas, die mehr unter den desintegrierenden Wirkungen des merkantilen Kapitalismus zu leiden hatten (insbesondere unter den Folgen des Sklavenhandels). Wie Unruhen im Lande zu Ende des Königreiches in Form von Revolten gegen die großen Grundbesitzer zeigten, bestand sogar die Möglichkeit einer eigenständigen Überwindung der alten Klassenstruktur (57). Mit der Unterwerfung Madagaskars wurde eine solche Entwicklung jedoch abgeschnitten.

1.2. Die Kolonialzeit

1.2.1. Die Kolonialisierung

Der Kolonialisierungsprozeß verlief aber nicht reibungslos: bis 1905 flammten immer wieder regionale Aufstände gegen die Besetzung auf. Die „Befriedung" kostete ungefähr

90.000 Madegassen das Leben. Auch 1916 und 1929 kam es nochmals zu einer nationalen Widerstandsbewegung (58).
Die Kolonialregierung versuchte nicht ohne Erfolg, durch zwei Strategien ein madegassisches Nationalgefühl (als Grundlage eines nationalen Widerstandes) zu zerstören:
1.) Die nationale Einheit Madagaskars war zum Zeitpunkt der französischen Besetzung noch nicht völlig gefestigt. Nicht zu Unrecht betrachtete man die Beamten des Königreichs in Gebieten wie Tamatave noch als Repräsentanten einer fremden Macht. Die Kolonialinstanzen, wie auch später die Regierung Tsirananas, haben diese Erinnerungen wach gehalten, um eine Allianz der „Côtiers", d.h. der Küstenbewohner, und der Franzosen gegen die Merinas zu bilden (59). Die gleichzeitig betriebene „politique des races" beinhaltete, daß jede Volksgruppe gesondert, ihren Charakteristika entsprechend, verwaltet wurde, was auch zur Zersplitterung der nationalen Kräfte führte (60).
2.) Die Kolonialverwaltung kannte das ländliche Milieu Madagaskars sehr gut und wußte es zu seinen Zwecken einzusetzen. Durch die Abschaffung der Sklaverei (am 27.9.1896) und der feudalen Privilegien und der Lehnsgüter (am 17.4.1897) wurde in der zahlenmäßig wichtigsten Klasse der Bevölkerung die Hoffnung auf völlige Befreiung geweckt, was Frankreich von dieser Seite her zuerst eine breite Unterstützung sicherte (61). Außer der kurzen Freude blieb den befreiten Sklaven aber kaum ein Vorteil: da der Boden im Besitz ihrer alten Herren blieb, tauschten sie meistens ihr Sklavendasein nur gegen das eines „métayer", d.h. eines Halbpächters, der dem Verpächter bis zur Hälfte seines Gutsertrages abliefern mußte. Auch durch die rechtliche Abschaffung des Feudalsystems, d.h. durch die Überführung der Lehen in die Königsdomäne, änderte sich nicht viel, da die alten Feudalherren ihre Ländereien und damit ihre ökonomische Macht behalten durften. Das alte Klassensystem konnte sich also den neuen Bedingungen anpassen, wobei gleichzeitig die nationale Komponente gebrochen wurde (62). Diese Politik des „divide et impera" führte der erste französische Generalgouverneur Gallieni äußerst geschickt durch.

1.2.2. Die Inwertsetzung der Kolonie durch Frankreich

Während der ganzen Kolonialzeit verwaltete Frankreich Madagaskar entsprechend zwei Prinzipien:
1.) „Débrouillez-vous!" (Kommt selbst zurecht!). Das beinhaltete, daß die Kolonialverwaltung finanziell sich selber tragen mußte (63). Dazu wurde soweit wie möglich die indirekte Verwaltung benutzt, d.h. die Dorfgemeinschaften mußten selber für die öffentliche Ordnung sorgen, und die Einwohner wurden in großem Umfang zu unbezahlten „öffentlichen Aufgaben" herangezogen, eine beschönigende Umschreibung für Zwangsarbeiten (64). Diese waren noch härter als die der Sklaven in der vorkolonialen Zeit, da die Sklaven eine zu erhaltende Investition dargestellt hatten, während die gezwungenen Arbeiter austauschbar waren. Sie wurden indbesondere zu infrastrukturellen Maßnahmen herangezogen: der billigste Gütertransport stellte das System der Träger dar, zu dem die Madegassen unentgeltlich verpflichtet wurden. Später wurden sie auch zum Bau der Eisenbahnverbindung zwischen Tananarive und Tamatave herangezogen (65). Durch die Flucht der Madegassen vor den kolonialen Rekruteuren verwaist und durch die Vernachlässigung der Wasserinfrastruktur durch die Kolonialbehörden aufgegeben, wurden viele der Reisfelder zu Beginn der Kolonialzeit wieder zu Mooren.
2.) „Enrichissez-vous!" (Bereichert Euch!) Dieses war die Aufforderung an das französische Kapital, Investitionen in Madagaskar vorzunehmen, um die dort vorhandenen Ressourcen zu verwerten. Voraussetzung für eine Implantation privater Agrargesellschaften war eine Änderung der Bodenbesitzverhältnisse. Mit dem Annexionsgesetz übernahm der französische Staat den gesamten königlichen Grundbesitz, der aufgrund der Eroberungen der Merina nicht unbeträchtlich war. Die Kolonialverwaltung versuchte dann, ihre Domäne dadurch auszudehnen, daß sie den individuellen Privatbesitz am Boden durch das Gesetz vom 9.3.1896 einführte, wodurch die bisher üblichen kollektiven Eigentumsrechte nicht mehr anerkannt wurden. Außerdem waren die Katastereintragungen langwierig, teuer und die Prozedur für die Einheimischen oft unverständlich, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, bisherige Eigentumsrechte nachweisen zu können (66). Die durch diese juristischen Mittel angeeigneten Gebiete waren enorm: ca. 3 Mio ha bestes Ackerland und durch ein Zusatzdekret vom 29.9.1926 weitere 6,9 Mio. ha Wald und andere nicht in die Grundbücher eingetragene Gebiete (67). Das Privateigentum, insbesondere an Grund und Boden, wurde also fortan in der madegassischen Gesellschaft dominant, selbst wenn es sich noch nicht so durchgesetzt hatte, daß es völlig sonst vorherrschende kollektive Produktionsformen der Bauern hätte sprengen können.

Die Gebiete wurden französischen Gesellschaften und Privatleuten übergeben, selten gegen ein Entgelt, meistens gratis. Die Bedingung war, daß die neuen Eigentümer sie in relativ kurzer Zeit, innerhalb von drei Jahren, landwirtschaftlich nutzen sollten. Jedoch zeigte sich die Verwaltung bei der Nicht-Einhaltung dieser Frist erst immer sehr verständnisvoll. Die Domänen der Gesellschaften der ersten Stunde waren riesig: mehrere umfaßten mehr als 100.000 ha, die größte davon war die der „Les Grands Domaines de Madagascar" mit 760.000 ha! Die Gesellschaften versuchten vor allem, einerseits Boden in der Nähe von besiedelten Gebieten zu erhalten, um so Saisonarbeiter zur Verfügung zu haben, und andererseits Siedlungen auf ihrem Gebiet liegen zu haben, wodurch die Bewohner ihre Pächter wurden. Der erhoffte Kapitaleinsatz in Madagaskar blieb aber zumindest bis zum ersten Weltkrieg aus, die Schürfrechte in anderen Gebieten waren vorerst noch anziehender als die landwirtschaftliche Nutzung. So überlebte nur eine der ursprünglichen Gesellschaften („La Grande Ile"), während die ande-

DEMOKRATISCHE REPUBLIK MADAGASKAR – RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE DE MADAGASCAR

Fläche: 584.041 km^2 **Einwohner:** 7.985.000 (1973) **Bev.-Dichte:** 13,7 Ew je km^2 **jährliche Wachstumsrate:** 3,1 %

Landschaft und Klima: An der Ostküste tropisches Regenklima, im zentralen Hochland (Höhe 800 bis 1600 m) tropisches Hochlandklima mit niedrigeren Temperaturen, im westlichen Tiefland trockener und regenärmer, im Südwesten teilweise Steppenklima

Bevölkerung: Madegassen, 44.000 Komorianer, 31.000 Franzosen, 32.000 Asiaten (Inder, Chinesen)

Sprachen: Madegassisch (Malagasy), Französisch (Handels- und tlw. noch Amtssprache)

Religionen: „Naturreligionen" mit Ahnenkult, Christen (30 %, je zur Hälfte kath. und protest.), Muslime (5 %)

Staats- und Regierungsform: Unabhängig seit 26.6.1960, „Charta der sozialistischen Revolution" in Volksabstimmung am 21.12.1975 angenommen, verfassungsmäßige Institutionen danach: Präsident: Didier Ratsiraka (durch die Volksabstimmung auf 7 Jahre gewählt), Oberster Revolutionsrat, Regierung (Ministerpräsident vom Präsidenten am 11.1.76 ernannt: Joel Rakotomalala), Nationalversammlung (Wahlen bis Mitte 1977 angekündigt). Parteien seit Juni 1975 suspendiert, aber noch einflußreich, Bildung einer Einheitspartei erwartet.

Städte: Tananarive (Hptst.) 367.000 Einw., Majunga 67.000, Tamatave 60.000, Fianarantsoa 59.000, Diego-Suarez 45.000, Tulear 39.000 (1972)

Wirtschaft: Bruttosozialprodukt (1972) : 1030 Mio Dollar, pro Kopf: 140 Dollar, Jährliche Zunahme pro Kopf 1965-72: 1,4 %

Wichtigste Ausfuhrgüter: Kaffee (25-30 %), Gewürznelken, Vanille, Fleisch und Fleischkonserven, Luxusreis, Zucker, Fisch, Pfeffer, Sisal, Chromerze

Wichtigste Handelspartner: Frankreich (über die Hälfte der Einfuhr und über ein Drittel der Ausfuhr), Vereinigte Staaten von Amerika, Bundesrepublik Deutschland, Reunion, Japan, Italien

Einfuhr und Ausfuhr: 1973 je 203 Mio Dollar

Währung: 1 Franc Malgache (FMG) = 1 CFA-Franc (Franken der afrikanischen Währungsgemeinschaft = 0,02 französische Franken) = 0,0117 DM (Mitte 1975). Seit Januar 1976 Konvertibilitätsschwierigkeiten durch Boykott französischer Banken

Mitgliedschaft: UNO, Organisation für Afrikanische Einheit, assoziiert an EG und Mitglied des Lomé-Abkommens, GATT, UNO-Sonderorganisationen: Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Internationale Atom-Energie-Organisation, Weltbank und IDA, Internationale Zivilluftfahrt-Organisation,Internationale Arbeitsorg., Internationale Fernmeldeunion, UNESCO, Weltpostverein, Weltgesundheitsorganisation, UNO-Wirtschaftsorg. für Afrika

Zusammengestellt nach: G. Fochler-Hauke, Der Fischer Weltalmanach '76, Frankfurt/M. 1975; Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), Länderkurzberichte Madagaskar 1974, Stuttgart 1975; Philippe Leymarie, „Madagascar: La légimation du régime", in: Revue française d'études politiques africaines, Dez. 1975, Nr. 120, S. 14-16; Christine Meyer, „Madagascar: la voie socialiste", in: Politique Hebdo, Nr. 209 v. 12.-18.2. 1976, S. 29-30; „Madagascar. Complémentarité de deux tempéraments", in: Jeune Afrique, Nr. 786, v. 30.1.1976, S. 24

ren von finanzkräftigeren übernommen wurden, Konkurs machten oder ihre Besitzungen verkauften (68).
Als ein weiteres Element in der kolonialen Struktur sind die vielen kleinen agrarischen Unternehmen von Franzosen zu nennen, die sich zu allen Zeiten der Kolonialherrschaft in ganz Madagaskar festsetzten, wobei allerdings zu vermerken ist, daß Madagaskar keine typische Siedlungskolonie wurde – die größte Anzahl der Franzosen war Ende der fünfziger Jahre mit nur etwas über 50.000 erreicht (69).

Alle erwähnten Gruppen von Agrarbetrieben konzentrierten sich hauptsächlich auf die Produktion landwirtschaftlicher Exportgüter: Kaffee, Vanille, Nelken, Zuckerrohr, Tabak, Pfeffer, Sisal und Obst (70). Teilweise engagierten sie sich auch in einer ersten Verarbeitung dieser Produkte (Zukkerraffinerien, Reismühlen, Stärkemehlfabriken). Mit der Anpflanzung von Baumwolle wurde nach dem 2. Weltkrieg begonnen, um Frankreich Devisen für die Einfuhr aus dritten Ländern zu ersparen, ein weiteres Beispiel, wie sehr sich die madegassische Produktion als Ergänzung zu Frankreichs eigener Volkswirtschaft entwickelt hat (71).

Madagaskars Bodenschätze befinden sich oft in zu kleinen Lagern, um rentabel gewonnen werden zu können. Nur in wenigen Fällen lohnte es sich, daß dorthin französisches Kapital floß: bei einigen Graphit-, Glimmer-, Gold- und Uranlagern.

Für die koloniale Nutzung Madagaskars waren jedoch die großen Handelsgesellschaften wesentlich wichtiger als die Agrargesellschaften. Als wichtigste sind zu nennen: „Compagnie Marseillaise de Madagascar" (gegründet 1898), „Compagnie Lyonnaise de Madagascar" (1897), „Société industrielle et commerciale de l'Emyrne" (1911) (72). Sie waren auf Im- und Export spezialisiert, erweiterten ihre Aktivitäten aber auf sämtliche ökonomische Bereiche (so führte die „Marseillaise" zur Zeit der Unabhängigkeit Madagaskars in eigener Regie 35.000 ha und die Lyonnaise 140.000 ha (73). Durch ihre weitgestreuten Interessen und ihre große Finanzkraft wurden sie zum beherrschenden Faktor in der madegassischen Wirtschaft. Da sie alle ihren Sitz in Frankreich hatten, flossen die Gewinne auch selbstverständlich dorthin ab.
Zur Unterstützung ihrer Handelsgesellschaften errichteten die Kolonialbehörden protektionistische Barrieren, so daß schon 1905 93 % des madegassischen Außenhandels mit Frankreich getätigt wurde (74).
Durch ein Bündel administrativer Maßnahmen unterband die Kolonialmacht ebenfalls eine Industrialisierung durch Einheimische. Die madegassische „Elite", teilweise nach der Sklavenbefreiung ohne Reproduktionsmöglichkeit, wurde im administrativen, sozialen (Pfleger, Ärzte) und

kulturellen Bereich (Lehrer, Missionen) absorbiert (75).
Die Banken, die in den Metropolen Ende des 19. Jahrhunderts gegegenüber den Industriellen eine dominierende Stellung gewonnen hatten, durchdrangen Madagaskar auf doppelte Weise: einerseits eröffneten sie Niederlassungen auf der Insel („Comptoir National d'Escompte des Paris", „Banque de Paris et des Pays-Bas", „Banque de l'Indochine" (76)), andererseits bildeten sie Tochtergesellschaften, die als Beteiligungsgesellschaften vor allem seit dem ersten Weltkrieg das bisher ausgebliebene Kapital in den agrarkapitalistischen Sektor fließen ließen (77).
Auf diese vielfältigen Weisen kamen französische Gesellschaften also teilweise recht erhebliche Gewinne zu, und zwar ohne daß dem französischen Staat nennenswerte Unkosten für Infrastrukturmaßnahmen oder Verwaltungsarbeiten entstanden.

1.2.3.Die Folgen für die Wirtschaftsstruktur Madagaskars

Unter der Kolonialherrschaft blieb Madagaskar ein Land, dessen Produktion fast völlig auf der Landwirtschaft beruhte.
Die kapitalistische Produktionsweise erfaßte in großem Maße die madegassische Landwirtschaft, ohne es aber zu schaffen, sie ganz zu durchdringen. Ihren deutlichsten Ausdruck fand sie in den großen Plantagenbetrieben, in denen systematisch (französisches) Kapital produktiv angelegt wurde. Durch die unterschiedlichen Klimaräume auf der Insel blieb es Madagaskar jedoch im Gegensatz zu vielen anderen schwarz-afrikanischen Staaten (darunter, wie beschrieben, auch die Elfenbeinküste) erspart, daß sich eine Monokulturstruktur entwickelte. Die Plantagen setzten sich vor allem in den fruchtbaren Küstengebieten im Nordwesten der Insel fest, wo hauptsächlich Zuckerrohr, die Kultur, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges am stärksten expandierte, sowie Parfüm- und Gewürzpflanzen angebaut wurden. Im trockenen Süden wurden Sisalplantagen errichtet (78).
Auf den Plantagen wurden neben einem fest ansässigen Proletariat hauptsächlich Wanderarbeiter beschäftigt. Voraussetzung war die Einführung der Kopfsteuer durch die Kolonialverwaltung. Neben den finanziellen Einkünften aus der Steuer waren vor allem deren soziale Folgen erwünscht: Die Bauern wurden so zum Gelderwerb verpflichtet und mußten entweder Produkte anbauen, die vermarktet werden konnten, wozu sie sich ohne den Steuerdruck nicht bereitgefunden hätten, oder mußten zumindest für kurze Zeit ihre Arbeitskraft gegen ein (äußerst geringes) Entgelt zur Verfügung stellen, wenn ein vermarktbares Mehrprodukt ertraglich oder verkehrstechnisch nicht möglich war. Im Familienverband versorgte oft einer alle mit Bargeld, indem er auf die Plantagen zog, die auf diese Weise zu ihren Arbeitskräften kam. Dieser Mechanismus zur Ausbeutung der Bevölkerung verlief völlig analog zu dem in der Elfenbeinküste, wobei in beiden Ländern noch die Zwangsarbeiten zur Errichtung einer für die Exportkulturen notwendigen Infrastruktur hinzukamen.
Parallel zur Entstehung der Plantagen bildete sich eine Klasse von französischen und auch einheimischen Farmern heraus, die in Familienbetrieben in der Form der einfachen Warenproduktion oder als kapitalistischer Betrieb mit wandernden Saisonarbeitern neben der mehr oder weniger ausgeprägten Produktion von Reis zur Selbstversorgung tropische Exportprodukte anbaute: Kaffee, Vanille, Pfeffer, Gewürznelken und Bananen sowie in den klimatisch gemäßigten Gebieten Baumwolle, Tabak, Erdnüsse und Kaperbsen (79). Die einheimischen Farmer erlangten aber nie ein solches ökonomisches Gewicht, daß sie mit denen der Elfenbeinküste gleichgesetzt werden könnten.
Unter diesen Bedingungen der Nutzbarmachung Madagaskars zu Gunsten französischer Interessen wurde die große Mehrheit der madegassischen Bevölkerung in ein marginales (am Rand stehendes) Dasein gedrängt. Sie konnte nur Parzellen mit minderer Bodenqualität behalten, wobei 1961/62 die mittlere Größe einer Parzelle bei nur 1,0 ha lag, und so mit am kleinsten in ganz Afrika war (80). Bei einer hohen Geburtenüberschußrate führte dies zu einer starken Wanderungsbewegung in die weniger besiedelten westlichen Regionen ein, die den sich dort etablierenden Plantagen zugute kam.
Die Produktion in diesem sogenannten Subsistenzsektor erfolgte trotz anderer juristischer Besitzform immer noch in starkem Maße im Familien- und Dorfzusammenhang. Dabei spielte das Pachtsystem (mētayage) als Relikt der feudalen Produktionsweise noch eine wichtige Rolle, wobei der Verpächter teilweise eigenes Land auch noch bestellte, teilweise aber auch, ähnlich wie im lateinamerikanischen haicienda-System, in der Stadt lebte und dort die Abgaben erhielt. Die Pächter waren dabei durch die Wucherpreise und -zinsen der (meist chinesischen und indischen) Händler noch einer weiteren Abhängigkeit und Ausbeutung ausgeliefert (81).
Die Arbeitsorganisation unterlag in diesem Bereich noch strengen Glaubensriten, die die Produktivkraftentfaltung stark beeinträchtigten. Althabe konnte (auf Grund einer Untersuchung der Entwicklung dieser Praktiken in jüngster Zeit) aber zeigen, daß diese oft keine Ursache sondern eine Folge der Blockierung der ländlichen Entwicklung darstellten. Sie sind vielmehr als eine oft erst neuere Form des Widerstandes gegen die sie unterdrückenden Strukturen anzusehen (82).
Die Industrialisierung Madagaskars war minimal. Insbesondere war das gänzliche Fehlen einer Schwerindustrie kennzeichnend, zu erklären durch die koloniale Politik der Industrialisierungsverhinderung. In Ansätzen bestand eine Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die größtenteils direkt auf den großen Plantagen erfolgte. Diese industriellen Anlagen waren stark kapitalintensiv und arbeiteten hauptsächlich für den Export (Zucker-, Fleischkonserven-, Öle- und Stärkefabriken) und nur zweitrangig für den Binnenmarkt (Tabakfabriken, sowie teilweise im textilen Bereich mit der Baumwoll- und Sisalbearbeitung).
Unabhängig von den landwirtschaftlichen Großbetrieben erfolgte die Produktion in den Kaffeebrennereien, in den Reismühlen und in den Häuteverarbeitungsanlagen, die teilweise auch in madegassischem Besitz waren (83). Insgesamt haben jedoch die im Besitz von Einheimischen, hauptsächlich indischer Herkunft, befindlichen Betriebe meist kleinindustriellen oder handwerklichen Charakter. Von der gewissen Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte abgesehen, waren Landwirtschaft und Industrie desintegriert, es fehlte vor allem die Produktion von landwirtschaftlichen Investitionsgütern, um die Produktivität zu steigern. So blieben der Grabspaten und das Buschmesser für die Madegassen die wichtigsten (und die einzig erschwinglichen) landwirtschaftlichen Geräte (84), Traktoren wurden fast nur von den Zuckerrohrplantagen und von einigen europäischen Reis-, Maniok-, Sisal- und Tabakpflanzern benutzt. Kunstdünger wurde nur sehr wenig verwendet und davon noch über die Hälfte auf den Zuckerrohrplantagen (85).

1.2.4. Die „Entkolonisierung" Madagaskars

Der zweite Weltkrieg mit seinen Versorgungsschwierig-

keiten in den französischen Kolonien und der daraus folgenden Unzufriedenheit der Bevölkerung förderte das nationale Unabhängigkeitsstreben. Die französischen Regierungen wollten aber auf die einträglichen Kolonien nicht verzichten und schlugen deshalb den Weg der Integration ein: Auf der Konferenz in Brazzaville 1944 wurde den Kolonien in der französischen Nationalversammlung Sitze zugesprochen, wobei allerdings nur die dort lebenden Franzosen sowie eine kleine einheimische Oberschicht das Wahlrecht erhielten. Durch die neue französische Verfassung wurde 1946 Madagaskars Kolonialstatus formal aufgehoben, die Insel wurde ein „Überseeterritorium", und die Madegassen wurden französische Bürger. Enttäuscht durch diese zu kleinen Zugeständnisse brach auf der Insel Anfang 1947 ein nationaler Aufstand aus, der hauptsächlich von den kleinen selbständigen Bauern und der lokalen Kleinbourgeoisie getragen wurde. Ohne zentrale Leitung, schlecht organisiert und ausgerüstet konnten die Aufständischen den französischen Truppen nicht standhalten. Als Folge der blutigen Repression waren mindestens 80.000 Tote zu konstatieren (86).
Nach der Zerschlagung aller politischer Gruppierungen hielt die politische Repression in Madagaskar bis zur Regierung des Sozialisten Mendès-France an, der wieder eine Politik der Integration vertrat: Ein Rahmengesetz für die Überseegebiete von 1956 sah eine gewisse Selbstverwaltung vor.
„Gemäßigte" politische Gruppierungen, die diese Konzeption akzeptierten, wurden daraufhin von den Franzosen unterstützt und konnten sich in der Verwaltung festsetzen. Dieses stellte sowohl für diese Gruppen machtmäßig eine gute Ausgangsposition für die kommende Unabhängigkeit dar, als es auch den französischen Interessen entsprach, die auf einen nahtlosen Übergang im ökonomischen und politischen Bereich spekulierten. Im Gegensatz zur Elfenbeinküste hatte sich in Madagaskar keine Pflanzerbourgeoisie herausgebildet, die diese Funktion des Brückenkopfes hätte übernehmen können. So konnte sich ein Teil der Kleinbourgeoisie unter dem Volksschullehrer Philibert Tsiranana vereinigt in der Sozialdemokratischen Partei (PSD) durchsetzen.
Tsiranana führte 1958 in Madagaskar die Kampagne für die neue Verfassung der 5. Republik, die eine „Autonomie innerhalb der Communauté" für das Land vorsah (87). Er unterzeichnete auch vor der Unabhängigkeit die sogenannten „Kooperationsabkommen", die die Abhängigkeit Madagaskars von Frankreich festschrieben, und die als „Frankreichs Kunst zu gehen,um besser zu bleiben" beschrieben werden können (88). Unter dem Anschein einer strikten Gegenseitigkeit erlaubten diese 14 Abkommen:

– die Stationierung einer französischen Spezialtruppe, die frei in Madagaskar zirkulieren konnte, den Marinestützpunkt Diégo-Suarez hielt und die madegassische Armee ausrüstete und ausbildete,
– über die Gleichstellung der madegassischen und französischen Nationalität den ungehinderten Verkehr insbesondere der französischen Kaufleute nach und in Madagaskar,
– durch die Beibehaltung der Eingliederung in die Franc-Zone einen freien Kapitaltransfer (vor allem den Rücktransfer der Gewinne) und eine Verbesserung der Zahlungsbilanz des französischen Franken,
– durch die Beibehaltung des französischen Erziehungswesens in Madagaskar eine „gegenseitige" Anerkennung der Schul- und Hochschulabschlüsse. Als „Gegenleistung" gewährte Frankreich technische Hilfe (hauptsächlich im Erziehungswesen, aber auch mit direkten administrativen Aufgaben in Ministerien) und Entwicklungshilfe (an Aufträge innerhalb der Franc-Zone gebunden) (89).

Diese Kooperationsabkommen fixierten also juristisch eine neo-koloniale Struktur, die es Frankreich ermöglichte, Madagaskar am 26.6.1960 die Unabhängigkeit zu gewähren.

2. Madagaskar unter Tsiranana 1960 – 1972

2.1. Das weitere Verhältnis zu Frankreich

Während der Präsidentschaft Tsirananas versuchte Madagaskar nicht, irgend etwas an den sehr einseitigen Beziehungen zu Frankreich zu ändern. Die französische Bourgeoisie beherrschte auch weiterhin die größten Industrien, die bedeutendsten Plantagen, das Kreditwesen, den Innenhandel sowie den Im- und Export. Der Außenhandel machte diese starke Bezogenheit auf Frankreich deutlich: 1971 gingen 34,2 % der madegassischen Exporte dorthin und kamen 56,4 % der Importe von daher (90).
Das „Centre d'Etudes Socialiste sur les problèmes du Tiers-Monde" (CEDETIM) hat 1971 einige Zahlen über den Kapitalabfluß aus Madagaskar veröffentlicht: danach schöpften die ausländischen Firmen pro Jahr einen Wert von 25 Mrd. FMG (1 Madagassischer Franc = ca. 0,011 DM). Davon blieben 16,7 Mrd. FMG im madegassischen Kreislauf (12 Mrd. Steuern, 4 Mrd. Lohn an Einheimische mit einem Konsum nationaler Produkte, 0,7 Mrd. als der Anteil der lokal hergestellten Waren am Verbrauch der Europäer), während pro Jahr 8,3 Mrd. FMG Madagaskar verließen, und zwar in Form von zurücktransferierten Gewinnen (3 Mrd.), von zurücktransferierten Ersparnissen der Europäer, die in Madagaskar lebten (3 Mrd.) und von importierten Konsumgütern für diese europäische Schicht, die immerhin nur ca. 35.000 Personen umfaßte (2,3 Mrd.) (91). Hier zeigt sich deutlich der extrovertierte Charakter der madegassischen Wirtschaft, durch den dem Land jährlich riesige Summen entzogen wurden. Und es zeigt sich deutlich die für die Länder des peripheren Kapitalismus typische Verbindung von Exportwirtschaft und Luxuskonsum, denn die im Fahrwasser der ausländischen Bourgeoisie lebende europäische Schicht, die ungefähr nur 0,5 % der Bevölkerung ausmachte,

AUTOREN GESUCHT

Mittelfristig planen wir zwei Nummern, in denen schwerpunktmäßig Themen behandelt werden sollen, die für die weltweite Zurückdrängung des Imperialismus in der gegenwärtigen Phase besonders wichtig sind. Die eine soll sich mit der Entwicklung im *Nahen Osten* unter besonderer Berücksichtigung des Libanon befassen, die andere mit dem ökonomischen und kulturellen Aufbau in *Ländern, wo vor kurzem die Volkskräfte gesiegt haben* (Mozambique, Guinea-Bissau, Angola, Vietnam, Kambodscha). Allerdings fehlen uns für diese Vorhaben bisher noch kompetente Autoren (daher auch die entsprechenden Lücken unserer Berichterstattung in den vorangegangenen Heften). Wir bitten deshalb alle, die zu diesen Ländern bzw. Regionen Beiträge leisten können, sich möglichst bald an uns zu wenden. Die Themenblöcke sind für Sommer bzw. Herbst '76 vorgesehen.
Auch mit der Vermittlung von Kontaktadressen wäre uns schon weitergeholfen.

Red.

verbrauchte 30 % der über den Markt laufenden Konsumgüter! (92).
Tsiranana sah in diesen Gegebenheiten jedoch keine Außenabhängigkeit, da er die Franzosen als „19. Stamm Madagaskars" zu bezeichnen pflegte, und er begriff die strukturelle Verzerrung der madegassischen Wirtschaft nicht als ein konstitutives Moment dieser Außenbeziehungen.
Auch in den weiteren außenpolitischen Beziehungen hatte die französische Regierung in Tsiranana einen getreuen Anhänger, der einen strengen westfreundlichen und anti-kommunistischen Kurs steuerte. Neben Frankreich waren die bevorzugten Partner Formosa, Israel, die BRD (sie verteilte großzügig Wirtschaftshilfe und Stipendien, die Friedrich-Ebert-Stiftung half beim Aufbau eines Genossenschafswesens, die SPD ließ der PSD beachtliche Geldsummen zukommen (93)), die USA (94) und seit 1968 in zunehmendem Maße Südafrika, das an der Ausbeutung madegassischer Bodenschätze interessiert war und als Gegenleistung anfing, auf der madegassischen Insel Nossi-Bé ein Luxus-Tourismuszentrum zu errichten (95).

2.2. Die innenpolitische Entwicklung Madagaskars

Innenpolitisch war Madagaskar bis 1972 eine präsidiale Republik mit einem zweikammerigen Parlament und einem pluralistischen Parteiensystem. Dieser Pluralismus bestand in der Anfangszeit auch de facto, aber seit ungefähr 1964 wurde die Vorrangstellung der PSD so erdrückend, daß der Unterschied zwischen Regierung und PSD nicht mehr festzustellen war und daß sich fast ein Einparteiensystem etabliert hatte. In der letzten Nationalversammlung hielt die PSD 104 von 107 Sitzen. (96) Die Parti Social-Démocrate wurde 1956 gegründet und mit Hilfe der französischen sozialistischen Partei (S.F.I.O.) aufgebaut. Anfänglich die Spannungen zwischen „Côtiers" und Merina ausnutzend, überwand sie später dieses Schema größtenteils (um es allerdings nach dem Mai 1972 wieder ans Tageslicht zu holen). Die PSD war eine Sammelpartei, die Mitgliedschaft in ihr wurde für alle öffentlichen Angestellten zur Pflicht, und sie konnte schließlich in 2.800 Ortsvereinen mehr als eine Million Mitglieder zählen! (97)
Der von der PSD vertretene Sozialismus ähnelte vielen anderen „afrikanischen Sozialismen": er war „pragmatisch", „typisch", „national" und vieles mehr, aber nicht sozialistisch.
Die offizielle Opposition stellte die AKFM dar (Kongreßpartei für die Unabhängigkeit Madagaskars). Sie bildete sich 1958 als Organisation gegen das Rahmengesetz, stand dann der PSD sehr ablehnend gegenüber, erklärte sich aber seit 1967 zu „80 % einverstanden" mit dem Programm der PSD und mit dem Flügel um Innenminister Resampa (98). Außenpolitisch forderte sie eine reale Unabhängigkeit von Frankreich und verlangte diplomatische Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts. Innenpolitisch ging sie davon aus, daß der Weg zum Sozialismus über eine Phase des Staatskapitalismus führen müsse (99).
Als dritte größere Kraft bestand die MONIMA („Mouvement National pour l'Indépendance de Madagascar", oder aus dem Madegassischen übersetzt „Madagaskar den Madegassen"), die vor allem im Süden verankert war, und zwar sowohl unter den Notablen als auch unter den armen Bauern. Die MONIMA organisierte im April 1971 eine Bauernrevolte, die als Apell an alle Bauern des Landes gedacht war, um allen zu zeigen, daß ein Kampf möglich sei. In der Folge der breiten und willkürlichen Repression (mehr als 1.000 Tote) wurde die Partei verboten und der Parteiapparat zerschlagen (100). Dieser Aufstand war das erste Zeichen dafür, daß sich die Bevölkerung nicht mehr eine Politik gefallen lassen wollte, die die parasitären Privilegien der ausländischen Kapitalisten, der (allerdings wenigen) madegassischen Großgrundbesitzer, der Kollekteure der landwirtschaftlichen Produkte, der Geldverleiher und der bürokratischen Schichten (zusammen mit allen, die ein Wahlamt bekleideten) festigte und ausbaute (101).

2.3. Die madegassische Entwicklungsstrategie bis 1972

Ähnlich wie in der Elfenbeinküste wurde in Madagaskar versucht, eine Entwicklung des Landes über ausländische Investitionen im Lande zu erreichen: „Wir sind liberale Sozialisten, die Privatleute frei arbeiten lassen, und ohne daß sie Nationalisierungen zu befürchten hätten" (102).
Der Staat sollte möglichst auf jeglichen direkten Eingriff in die Produktion verzichten. Seine Aufgabe war es vielmehr, für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen (vor allem im Transportwesen) und für das nötige „politische Klima" zu sorgen, um private Investitionen rentabel werden zu lassen.
Die madegassischen Entwicklungspläne sind ein anschauliches Beispiel dafür, daß eine Wirtschaft der Peripherie nicht planbar ist, solange sie fest in den Weltmarkt integriert ist und in Abhängigkeit vom ausländischen Kapital steht.

Bodenerosion im madegassischen Hochland

Der erste Fünfjahresplan 1964 – 68 ging von Gesamtinvestitionen in Höhe von 165 Mrd. FMG für diesen Zeitraum aus. Zur Hälfte sollten sie Infrastrukturmaßnahmen dienen, zu einem Viertel in die Landwirtschaft und zu einem Sechstel in den industriellen Sektor fließen. Herkommen sollten die Investitionen hauptsächlich aus ausländischen Quellen: Gerechnet wurde mit 43 Mrd. FMG öffentlicher Investitionen aus dem Ausland und mit 59 Mrd. FMG privaten Investitionen, die größtenteils aus dem Ausland stammen sollten. Der Planungsansatz wurde global mit rund 90 Mrd. FMG Gesamtinvestitionen nur zu 55 % erfüllt. Im primären Sektor wurde die Vollzugsrate auf nur 34 % geschätzt, im sekundären auf über 90 % und im tertiären auf 63 %. Besonders defizitär in der Erstellung der Investitionen war der private Sektor mit nur 46 % des Planungsansatzes. Wegen der sehr schlechten

Ergebnisse wurde der fällige neue Fünfjahresplan immer wieder verschoben, und es gab mehrere Einjahrespläne (Programme der „Grandes Opération" genannt). Wichtigste Merkmale waren eine Prioritätsverschiebung von der Infrastruktur zur Landwirtschaft hin (hauptsächlich Förderung der Viehhaltung, Bau von Schlachthäusern und Aufforstungsmaßnahmen) und eine Einschränkung des Anteils erwarteter ausländischer Investitionen, der allerdings immer noch sehr hoch blieb. Der als Interimsplan gedachte zweite Entwicklungsplan für 1972 – 74 legte nun einen eindeutigen Schwerpunkt auf die Nahrungsmittelproduktion und die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Wegen des Regierungswechsels war er allerdings nur wenige Monate in Kraft (103).
Im industriellen Sektor wurde von der Regierung Tsiranana eine Politik der Importsubstituierung betrieben. So entstand neben der schon angeführten Nahrungsmittelindustrie eine konsumnahe Leichtindustrie: produziert wurden für den Binnenmarkt Streichhölzer, Seife, Kerzen, Zigaretten, Textilien, in zwei Montagewerken französische PKWs, sowie Getränke (vor allem Bier), Produkte also, die an den Bedürfnissen der ganzen Bevölkerung gemessen eher Luxuscharakter haben (104).
Die Industrialisierung blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück: So gab es 1970 im verarbeitenden Gewerbe nur 340 Betriebe (viele davon hatten jedoch noch eher handwerklichen Charakter) mit zusammen 35.000 Beschäftigten und einem Bruttoproduktionswert von 42 Mrd. FMG (ca. 500 Mio. DM). Dazu kamen im Energie- und Bergbausektor noch 32 Betriebe mit 6.000 Beschäftigten und einem Bruttoproduktionswert von 8 Mrd. FMG (knapp 100 Mio. DM) (105).
Die sich hier im Vergleich zur Elfenbeinküste zeigenden geringen ausländischen Investitionen in den Industriesektor hingen sicher auch mit der geographischen Lage Madagaskars zusammen (hohe Transportkosten von und nach Europa, fehlendes Hinterland), die schon zur Kolonialzeit dazu geführt hatte, daß günstiger liegende Länder stärker Investitionen auf sich zogen, was später die Voraussetzung für rentablere Folgeinvestitionen darstellte.
Durch die Industrialisierungspolitik änderte sich auch an der Außenhandelsstruktur nichts: während bei den Ausfuhren die 24 wichtigsten Export-Güter mit Ausnahme der wenigen in der Erdölraffinierie in Tamatave hergestellten Erdölprodukte nur landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe mit gar keinem oder einem geringen Verarbeitungsgrad waren, setzten sich die wichtigsten Importgüter aus Fertigwaren zusammen. Außerdem wuchs das Außenhandelsdefizit: Es betrug 1971 18,5 Mrd. FMG (ca. 220 Mio.DM), wobei die Exporte die Importe nur zu 68,9 % deckten (106).

Ein weiterer negativer Aspekt der madegassischen Industrialisierungspolitik war die Verstärkung des regionalen Ungleichgewichts: die kapitalistische Standortwahl unter dem Primat der Betriebsrentabilität führte zu einer starken Konzentration der Produktionsstätten in der infrastrukturell am günstigsten ausgerüsteten Hauptstadt Tananarive (107).

Das Hauptziel der landwirtschaftlichen Entwicklungspolitik der Regierungen unter Tsiranana war die Durchdringung des bäuerlichen Milieus, um darin Handelsbeziehungen aufzubauen und die Durchsetzung einer Marktwirtschaft auf der Grundlage individueller kleinbäuerlicher Betriebe vorzubereiten (108).
Auf dem Gebiet des Bodenrechts gingen dazu die Maßnahmen nahtlos aus denen der Kolonialbehörden hervor: das Prinzip des Privatbesitzes am Boden wurde auf Kosten des kollektiven Besitzes weiter vorangetrieben, wobei das ergänzende Prinzip, die Notwendigkeit der Nutzung des Bodens, damit er nicht an den Staat zurückfällt, von den Behörden bei den Großgrundbesitzern oft nachsichtig übergangen wurde (109).
Dazu gehörte auch die Beibehaltung der kolonialen Kopf- und Rindersteuer, die die Bauern zum Gelderwerb verpflichteten.
Sämtliche landwirtschaftlichen Modernisierungsprogramme (seit 1962: Aufbau eines Genossenschaftswesens mit hauptsächlich Vermarktungsaufgaben; 1962 „Ras du sol", arbeitsintensive Infrastrukturmaßnahmen; 1963: „Animation Rurale", ein Beratungsdienst; 1964: „Syndicats Préfectoraux de Communes", Traktorverleihposten; bis 1970 ungefähr zehn hochtechnisierte Staatsfarmen) scheiterten daran, daß sie unter den bestehenden Klassenverhältnissen auf dem Land der Mehrheit der Bevölkerung keinen Vorteil boten, was sich in der fehlenden Beteiligung an diesen Programmen ausdrückte:eine infrastrukturelle Erschließung z.B. hat für Pächter und Verpächter eine unterschiedliche Bedeutung (der Pächter muß u.a. wegen der größeren Vermarktungschance der Produkte nun höhere Abgaben fürchten), von den Investitionssubventionen und Maschinenparkangeboten konnten sowieso nur diejenigen profitieren, die schon genügend große Grundstücke besaßen. Dazu kam, daß die Programme institutionell über die ländlichen „Notablen" liefen, die diese zu ihren Gunsten auszunutzen wußten (110).
Bei den halbstaatlichen Gesellschaften zur Erschließung bisher ungenutzter Regionen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese primär den großen privaten Gesellschaften dienten, die so Kapital des madegassischen Staates und des französischen Entwicklungsfonds anziehen und der Konfiszierung der ungenützten Böden entgehen konnten (111).
Die eingeschlagene Entwicklungsstrategie war kein Zufall. Sie beruhte auf einer Interessenidentität der französischen und der madegassischen Bourgeoisien. Die madegassische nahm dabei in der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, in ihrem Lebensstil und in ihrer Abhängigkeit von den Ausländern die Funktion eines Brückenkopfes der Metropolen ein. Sie bildete nur eine sehr schwache selbständige Einheit. In der Industrie hatte sie sich kaum, und wenn, dann nur mit ausländischer Unterstützung festsetzen können. Eine größere Fraktion hatte sich an den Staat gebunden, als mit den Staatsfarmen und staatlichen Handelsgesellschaften die ersten staatskapitalistischen Tendenzen auftraten, und so die Zahl der hohen Funktionäre im Staatsdienst wachsen konnte.
Diese Entwicklungsstrategie festigte die Strukturen der Unterentwicklung statt sie zu überwinden. Die politischen Folgen zeigten sich 1972.

2.4. Der Zusammenbruch der Ersten Republik

Auf Grund einer Interessenkonstellation, die zu einem Bündnis führte, das an den Pariser Mai 68 erinnern läßt, mußte die Regierung Tsirananas im Mai 1972 zurücktreten. Die staatlichen Institutionen wurden anschließend nacheinander aufgelöst, so daß von einem Ende der „Ersten Republik" gesprochen werden kann.
Bei den blutigen Unruhen in Tananarive und in den größeren Provinzstädten waren drei Gruppierungen zu unterscheiden (112):
– Schüler, die das Schulwesen in Frage stellten, da es sie mit äußerst schlechten Berufsaussichten entließ. Ihr Protest hatte ursprünglich einen kleinbürgerlichen Charakter, das Ziel der Forderungen war, die Aufstiegsmöglichkeit in die Bourgeoisie zu erhalten. Durch die Solidarisierung der Studenten und Lehrer richtete sich der Protest mehr gegen

den französischen Kulturimperialismus und mündete schließlich in der Forderung nach Aufkündigung der Kooperationsabkommen mit Frankreich.

– Die Jugendlichen Tananarives zwischen 16 und 20 Jahren, die unter der bisherigen Regierung keine Arbeit fanden, und die als Kinder von Bauern, die in die Stadt gekommen waren, ohne Schulausbildung kümmerlich in den Vororten dahinvegetierten und sich zu Banden zusammenschlossen, fanden in der Streikbewegung eine Möglichkeit, sich selber auszudrücken, ihre Forderungen zu formulieren. Ihr illegaler Zusammenschluß ZOAM, nach Stadtteilen organisiert, wurde zur kampfstärksten Gruppe der Bewegung und trieb sie auch ideologisch voran. Über sie beteiligten sich auch die in der Stadt lebenden Sympathisanten der MONIMA an der Auseinandersetzung.

– Unter dem kleinen Industrieproletariat und unter den Angestellten herrschte wegen der jüngsten Preisexplosion,

Demonstration 1972

die ihren Lebensstandard beträchtlich gesenkt hatte, und die die Unterschiede zu den einkommensstärkeren Gruppen verstärkt hatte, starke Unzufriedenheit, so daß sich diese Gruppen mit Lohnforderungen an die Bewegung anschlossen. Ihre Opposition gegen das herrschende Regime kann schließlich als das ausschlaggebende Gewicht gewertet werden.

Die Streikbewegung brachte eine sehr effiziente Organisation hervor: Die KIM („Comité Commun de Lutte"), die sich räteähnlich aus Vertretern der Ausbildenden, der Schüler und Studenten, der Arbeiter, und der ZOAM in den Stadtteilen bildeten.

Die Kräfte, die eine „antikapitalistische und antiimperialistische Volksmacht" forderten (MONIMA, ZOAM) konnten sich aber nicht gegen die Forderung des städtischen Kleinbürgertums nach Übernahme der Regierung durch das Militär (als einzige Institution der nationalen Einheit) durchsetzen, so daß der Oberkommandierende der Armee, General Ramanatsoa, sämtliche Vollmachten von Tsiranana übertragen bekam. Dieser blieb Staatspräsident mit rein repräsentativen Aufgaben, bis er auch in dieser Funktion im Oktober 1972 zurücktreten mußte.

Unter diesen Bedingungen bildete im Dezember 1972 ein Teil der städtischen MONIMA eine neue Partei, die MFM („Partei der Kämpfer für eine proletarische Macht" oder „Partei für die Kleinen an der Macht"). Sie rekrutierte sich aus Intellektuellen, aus dem städtischen und ländlichen Proletariat und dem Subproletariat (ZOAM). Zur MONIMA mit ihrer Basis im Süden des Landes bestand aber keine Konkurrenz. Die MFM richtete sich sehr stark gegen die madegassische Bourgeoisie als direkten Gegner, später vorwiegend gegen den ausländischen Kapitalismus, der zum Hauptgegner wurde. Der Regierung Ramanatsoa warf sie vor, die Interessen der bürokratischen Bourgeoisie zu vertreten.

3. Staatskapitalistische Tendenzen unter Ramanatsoa

Anhand der Darstellung der weiteren Entwicklung Madagaskars seit 1972 soll gezeigt werden, daß es zu den bisher beschriebenen madegassischen und ivorischen Beispielen alternative Entwicklungsstrategien gibt, und daß auch diese jeweils einem bestimmten Klasseninteresse entspringen.

3.1. Außenpolitik „tous azimuts" (in alle Richtungen)

Die Außenpolitik nahm zumindest bis Mitte 1973 einen vorrangigen Platz in der madegassischen Politik ein. Auf diesem Feld versuchte die Militärregierung, Erfolge zu erzielen, die ihre Tätigkeit legitimieren würde. Sie traf unter Außenminister Rasiraka mehrere Maßnahmen, um die Abhängigkeit von Frankreich abzubauen:

– Madagaskar trat im Mai 1973 aus der Franc-Zone aus und schuf sich eine eigene Zentralbank,

– Im Dezember 1972 wurden die alten Kooperationsabkommen mit Frankreich gekündigt, und nach langwierigen Verhandlungen wurden im Juni 1973 neue unterzeichnet. Sie beinhalten vor allem, daß die französischen Truppen Madagaskar verlassen mußten, daß die Franzosen als Ausländer betrachtet wurden, und daß die Franzosen wie alle Ausländer den neuen, strikten Devisenkontrollen unterworfen wurden.

In der Afrikapolitik rechnete sich Madagaskar fortan innerhalb der Organisation für die Einheit Afrikas dem progressistischen Lager zu, unterstützte die afrikanischen Befreiungsbewegungen, trat aus der OCAMM (Organisation Commune Africaine, Malgache et Mauricienne) aus, kündigte das Wirtschaftsabkommen mit Südafrika, entwickelte insbesondere mit Tansania enge Beziehungen und brach wie fast alle afrikanischen Staaten im Oktober 1973 nach Ausbruch des Oktoberkrieges die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen mit den sozialistischen und blockfreien Staaten der Welt (insbesondere mit der UdSSR und der VR China), ohne daß dieses jedoch größere wirtschaftliche Folgen gehabt hätte (113).

Insgesamt ist die Haltung der Regierung zu verstehen als der Versuch, den französischen Neo-Kolonialismus gegen den internationalen Imperialismus auszuspielen: Die Frage der Dissoziation vom Weltmarkt wurde nicht anproblematisiert, sondern es wurde versucht, die Abhängigkeit zu diversifizieren, Frankreich zu umgehen, indem z.B. Kreditwünsche und Investitionsaufforderungen an die USA, die Weltbank und Japan gingen.

3.2. Die Innenpolitik: Malgachisierung

Der gegenüber Frankreich deklarierte Nationalismus hatte in der Innenpolitik weniger fortschrittliche Funktionen: indem er Klassenantagonismen zwischen den Madegassen negierte, sich als „apolitisch" und über den Parteien stehend ausgab, band er das Kleinbürgertum, dessen Allianz mit revolutionären Kräften die Tsiranana-Regierung gestürzt hatte, an das Regime. Von daher konnte die Regierung der sich anfangs weiter ausbreitenden Massenbewegung mittels einer Volksabstimmung über die volle Gewaltenübertragung an die Regierung für fünf Jahre (96,4 % Ja-Stimmen) und mittels Einschüchterung und zeitweiligen Verhaftung von MFM-Mitgliedern (114) die Spitze nehmen.

Die Wirtschaftspolitik war gekennzeichnet durch das Bestreben, dem Staat eine größere Einflußnahme auf den Wirtschaftsablauf zu gewähren, ohne jedoch das Prinzip des Privateigentums anzugreifen.
Diese Politik mußte also den Balanceakt vollführen, den privaten Sektor zu reglementieren, ohne ihn zu verärgern, damit er weiterhin investieren würde. So sollten im Rahmen der „Malgachisierung" der Wirtschaft die Geschäftssitze ausländischer Betriebe nach Madagaskar verlegt werden und Beteiligungen durch madegassisches Kapital zugelassen werden. (115) Diesen Forderungen wurden jedoch in vielen Fällen nicht Folge geleistet. Eine weitere Maßnahme bestand in der Reservierung von wirtschaftlichen Schlüsselsektoren (Banken, Versicherungen, Außenhandel, Transport, Energie und Minen) für den Staat. Hier übernahm der Staat entweder eine Mehrheitsbeteiligung, oder er gründete sogenannte „Gesellschaften von nationalem Interesse" (SIN), die in ihren Bereichen eine Monopolstellung erhalten sollten (dies in der Praxis aber nie erlangten) (116).
Da diese Gesellschaften gleichzeitig finanziell vom Staat unabhängig operieren sollten, um eine Bürokratisierung zu verhindern, und um eine Rentabilität zu gewährleisten (117), wurden die kapitalistischen Markmechanismen nicht gebrochen. Der neugeschaffene Sektor stellt also einen Staatskapitalismus dar, im Rahmen dessen die Bildung und Stärkung einer einheimischen Bourgeoisie zugelassen, und teilweise sogar gefördert wurde (sie erhielt z.B. ein Vorkaufsrecht gegenüber Ausländern bei Aufgabe eines ausländischen Unternehmens). Ein großer Teil der nationalen Bourgeoisie fand sich mit diesem Projekt der staatlichen Eingriffe als dem geringeren Übel ab, zumal es ihr erstmals eine gewisse Entfaltungsmöglichkeit bot. Dieses traf insbesondere auf die Bourgeoisie des Hochplateaus zu, die schon über ein kleines Potential an Kapital verfügte, während die der „Côtiers" hauptsächlich im administrativen Apparat des neo-kolonialen Staates ihre Hauptstütze hatte. Aus diesem Gegensatz heraus werden auch die sogenannten Rassenunruhen in mehreren Küstenstädten zur Jahreswende 1972/73 erklärbar: Der Protest gegen die Malgachisierung in der Schulpolitik, hinter der eine Merinaisierung befürchtet wurde, war nur dessen vordergründiger Ausdruck (118).

3.3. Die Landwirtschaft als Grundlage der Entwicklung

„Die Landwirtschaft und die Viehzucht werden also die Hauptstützen sein, auf denen das ganze System der Entwicklung unserer ökonomischen Bereiche ruhen wird. ... Aber wenn die Landwirtschaft die Grundlage unserer Ökonomie bildet, der Motor ihrer Entwicklung ist die Industrie.
Wir werden also Industrien mit der Aufgabe schaffen, unsere landwirtschaftlichen Produkte zu transformieren, und Ausrüstungs- und Konsumgüter herstellen" (119). Gleichzeitig sollte der außenabhängige Konsum durch Erhöhung der Importzölle eingeschränkt werden und bei den Importen den industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln Vorrang eingeräumt werden (120).
In einem ersten Bemühen, die landwirtschaftliche Produktion langfristig anzuregen, indem den Bauern gezeigt werden sollte, daß sie in Zukunft von ihrer Produktion selber profitieren sollten, wurden am 26.6.1972 mit Wirkung ab 1973 die Kopf- und Rindersteuer abgeschafft (121). Die Auswirkungen waren jedoch kurzfristig ökonomisch gesehen negativ, da die Bauern nun weniger Reis und Fleisch vermarkteten, und in den Städten Versorgungsschwierigkeiten auftraten (122).
Im Entwicklungsplan 1974-1977 sollten die bis dahin aufgestellten Prinzipien ihren langfristigen Ausdruck finden. Von den für diesen Zeitraum vorgesehenen Investitionen in Höhe von 169,23 Mrd. FMG (etwas über 2 Mrd. DM) sollen 70 % durch einheimische Fonds aufgebracht werden, im Gegensatz zu nur 46 % im Plan 1964-68 (123). Der Plan räumt, was auch im Gegensatz zum alten Plan steht, den Investitionen in der Landwirtschaft den ersten Platz ein. Dabei ist das vorrangige Ziel die Befriedigung einheimischer Bedürfnisse mit Grundnahrungsmitteln. Die zweitgrößte Bedeutung wird dem industriellen Sektor gegeben, der fünf Ziele zu verfolgen hat: Die Produktion landwirtschaftlicher Produktionsmittel (Dünger, Insektizide, kleine Ausrüstungsgüter), die Mobilisierung aller agrarischen und mineralischen Ressourcen des Landes (insbesondere deren Transformation), die primäre Bedürfnisbefriedigung der Masse der Bevölkerung (dieses bedeutet vor allem eine Modifizierung der bisher stark geförderten Importsubstitution, also eine Veränderung der Produktionsstruktur), die Berücksichtigung zurückgebliebener Regionen (ein für eine unterentwickelte Region sinnvolles Projekt soll sogar dann dort angesiedelt werden, wenn es in einer anderen Region eine bessere Rendite erwirtschaften würde), und ein positiver Deviseneffekt (z.B. durch Veredelung von bisher unbearbeiteten Exportgütern und durch eine Diversifizierung der Exportgüterstruktur, solange dadurch nicht größere Investitionsmittel aus dem vorrangigen Binnenmarkt-Produktionsbereich abgezogen werden) (124).
Die Tendenz dieses Entwicklungsplanes ist für eine Überwindung der Unterentwicklung vielversprechend: Abkehr von der Produktion für den Export und für den Luxuskonsum und Zuwendung zu einer Produktion für den Massenkonsum, Versuch einer Integration von Landwirtschaft und industriellem Sektor mit Entwicklungsanreizen für beide und dadurch eine Stärkung des Binnenmarktes. Zu befürchten ist aber, daß diese wirtschaftliche Ausrichtung bei den ausländischen Firmen, deren übermächtige Stellung in Madagaskar nicht entscheidend beschnitten wurde, auf Widerstand stößt, und daß so der vorgesehene Anteil der privaten Investitionen an den Gesamtinvestitionen in Höhe von 22,2 % nicht realisiert wird, und es ist ferner zu befürchten, daß das Wachsen der nationalen Bourgeoisie dafür sorgen wird, daß der Luxuskonsum nicht im für die Entwicklung des Landes notwendigen Maße abnimmt.

3.4. Die Fokonolona, die landwirtschaftliche Basisorganisation

Wichtigstes Instrument zur Durchsetzung der Entwicklungsstrategie im ländlichen Milieu sollte die Fokonolona werden, eine den tansanischen Ujamaa-Dörfern ähnliche Dorfgemeinschaft. Getragen wurde die Fokonolona-Strategie von Innenminister Ratsimandrava; die anderen Kabinettsmitglieder schienen die volle Tragweite dieser Reform nicht erkannt zu haben oder standen ihr ablehnend gegenüber.
Der Ursprung der Fokonolona liegt in der Zeit vor dem Imerina-Königreich. Eines der wichtigsten Charakteristika der Fokonolona war (und ist) die gegenseitige Hilfe auf sozialem und ökonomischen Gebiet. Es war üblich, die landwirtschaftlichen Arbeiten gemeinsam zu erledigen, wobei es für denjenigen, dem bei seiner Arbeit von den anderen geholfen wurde, eine Verpflichtung darstellte, den anderen ebenfalls zu helfen, bzw. es war in neuerer Zeit auch möglich, eine Arbeitskraft zu bezahlen, die seine zu leistende Hilfstätigkeiten übernahm. Diese strikte Gegenseitigkeit und der unmittelbare Nutzen aus dem Nehmen und Geben waren oberstes Prinzip, das nur bei Notfällen (Krankheiten, Brand) nicht angewendet wurde, denn in dem Fall war der Empfänger nicht verpflichtet, entsprechende Gegenleistungen zu erstellen. Über diese gegenseitige Hilfe wurden auch

gemeinsame kleinere Infrastrukturmaßnahmen (vor allem im Zusammenhang mit der Wasserregulierung) unternommen, insofern der direkte Bezug der Einzelnen und der Gemeinschaft zu diesen Arbeiten noch bestand (125).
Diese Parzellierung in kleine, relativ selbständige Gemeinschaften war überlagert von Klassenbeziehungen: Die Sklaven (andevo) waren entweder persönliches Eigentum der Freihen (hova) oder Adeligen (andriana), und sie mußten Arbeiten im Haus und auf dem Feld erledigen, unterlagen aber nicht der Fronarbeit, oder sie waren Eigentum des Königs und bildeten auf dessen Domäne eigene Fokonolona. Alle Freien hingegen waren dem Feudalherren und dem König fronpflichtig in Form von Zurverfügungstellung der Arbeitskraft (126). Die Klassendifferenzen verliefen also sowohl innerhalb als auch außerhalb der Fokonolona, und die von Vertretern des ‚afrikanischen Sozialismus' aufgestellte These der ‚urkommunistischen Zustände in vorkolonialen Zeiten' trifft auf Madagaskar zumindest nicht zu. Durch die Aufhebung der Sklaverei 1896 setzte sich das antagonistische Verhältnis innerhalb der Fokonolona in der Form Pächter – Verpächter fort.
Sowohl die madegassischen Könige als auch die Kolonialverwaltung und die Regierungen der ersten madegassischen Republik haben versucht, diese Gemeinschaft als Ansatzpunkt zur Penetration und Beherrschung der ruralen Bevölkerung zu benutzen, so daß die Fokonolona unter der Beschwörung ihres Geistes dazu verurteilt wurde, für Ordnung zu sorgen und Arbeiten auszuführen, die die Administration nicht selber erledigen konnte (127).
Die neuen organisatorischen Möglichkeiten und Aufgaben der Fokonolona wurden 1973 in zwei Regierungsdekreten ausgeführt (128). Danach ist die Fokonolona definiert

Ratsimandrava

als eine oder mehrere Personengemeinschaften, die auf einem Gebiet, dem Fokontany, zusammenleben, und die sich eine Verfassung, Dina, geben. Mit Ausnahme der städtischen Gebiete ist heute das ganze Land in insgesamt 10.498 Fokonolona eingeteilt.
Die Fokonolona ist konzipiert nach den Prinzipien der Selbstverwaltung und der anti-autoritären self-reliance, und sie soll explizit einen Rückgriff auf die madegassische Tradition und Kultur darstellen. Sie trifft Entscheidungen auf Vollversammlungen und wählt ein Fokontany-Komitee, das die Einhaltung der Dina überwacht und die Meinung der Fokonolona nach außen vertritt. Innerhalb der Fokonolona sollen die Mitglieder große Entscheidungsbefugnisse erhalten: die Bewirtschaftung des Bodens wird ihnen gemeinschaftlich übertragen, wobei insbesondere die Selbstversorgung gewährleistet werden soll; eigenständige innere Verwaltung besonders in Bezug auf öffentliche Ordnung, Hygiene und unterster Gerichtsbarkeit (wobei das Berufungsgericht staatlich ist); gegenseitige Hilfe als Sozialversicherung. Große Bedeutung wird auch dem Wirtschaftskomitee, vatoeka, zugemessen, das jede Fokonolona wählen soll. Neben der Organisierung des wirtschaftlichen Ablaufs in der Fokonolona fällt ihm vor allem die Sammlung und Vermarktung von Grundnahrungsmitteln zu, vorläufig erst nur in Bezug auf Reis. Ihm wird von der staatlichen Ankaufgesellschaft eine Provision zugestanden, wodurch es über eigene Geldmittel verfügt, die zur Deckung der laufenden Unkosten und zu gemeinschaftlichen Investitionen dienen sollen.
Bei den Wahlen zu den Fokontany-Komitees zeigte sich, daß ohne einen Angriff auf die ökonomische Basis auf dem Lande sich die alten Strukturen zwangsläufig reproduzieren mußten: die größeren Grundbesitzer, die Händler, Geldverleiher usw. wurden in die Organe der Fokonolona gewählt. Die von ihnen ökonomisch abhängigen Bauern kamen gar nicht umhin, sie zu wählen (129).
Der bisherige Erfolg der Fokonolona war widersprüchlich: einerseits gab es durchaus Ansätze des Aufbrechens der überkommenen sozialen Struktur (unterstützt von Ratsimandrava bei seinen ständigen Propagierungsfahrten durch das Land), andererseits konnte oft eine Stabilisierung der Positionen der Notablen festgestellt werden.
Der wichtigste Vorwurf an das Konzept der wiederbelebten Fokonolona ist die nationalistische Ideologie, die der Reorganisation zugrunde lag. Danach erfolge die koloniale Beherrschung nur von außen, der einzig relevante Widerspruch liege im Verhältnis Madagaskar – Ausland, bzw. Madegassen – Ausländer. Der innere Reflex sei nur ein importierter Apparat, der einfach zu zerschlagen sei. Denn, und dies macht den ideologischen Charakter dieses Nationalismus aus, in Madagaskar existieren keine sozialen Klassen (anderslautende Erklärungen der Minister haben zumindest keine Auswirkungen gehabt), als Madegassen mit gemeinsamen traditionellen Werten, insbesondere dem der gegenseitigen Hilfe, seien alle gleich und bildeten eine Gemeinschaft. Daß diese Auffassung die Sozialstruktur des ländlichen Madagaskars nicht richtig erfassen kann, haben wir schon aufgezeigt.
Die Gefahr der Umsetzung einer solchen Theorie ist, daß sie die ländlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse unangetastet läßt und sogar bestehende soziale Auseinandersetzungen dadurch dämpfen kann, daß sie die innerhalb der ‚Gemeinschaft' bestehenden Beziehungen festschreibt, wie es die Fokontany-Wahl mit der Bestätigung der Notablen gezeigt hat. Bleiben Einrichtungen wie das Wirtschaftskomitee vatoeka in den Händen dieser Oberschicht, die sie zu ihren Zwecken und in ihrem Interesse leiten wird, verlieren sie auch ihren Sinn als Entwicklungsanreiz. Genauso können Kredite, die der Fokonolona als Ganzem zur Verfügung gestellt werden, den kleinen Bauern, die weiterhin individuell in Abhängigkeit von den Verpächtern, Großgrundbesitzern, Händlern und Geldverleihern leben, gerade wegen dieser Abhängigkeit kaum zugute kommen, sondern hauptsächlich nur den Notablen.
Wichtig ist also eine Agrarreform, die vor allem die métayage, das Prachtsystem, abschafft. Eine Agrarreform mit sehr geringen Auswirkungen fand 1974 statt (130): Das private Land, das nicht bebaut wurde, wurde nationalisiert und sollte an landlose Bauern weitergegeben werden. Diese zeigten aber kein großes Interesse, da die Böden im allgemeinen nicht die besten waren, und da sie andererseits das Land forderten, das sie seit Generationen bebauten (anzumerken ist hierbei, daß der Ahnenkult auf den traditionellen Böden in Madagaskar eine große Rolle spielt).

Der zweite wichtige Vorwurf gegenüber dem Regierungskonzept der Fokonolona gilt der Gefahr der bürokratischen Umklammerung dieser Institutionen, trotz gegenteiliger Versicherung von Regierungsseite. Auf lokaler Ebene behielten fast alle Administratoren aus der Tsiranana Zeit Posten und Macht. Sie haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie sich eine Entwicklung nur in Begriffen von Direktiven und Ausführen vorstellen können, eigenständigen Emanzipationsversuchen also ablehnend gegenüberstehen.

Aus der Kritik am bürokratischen Mißbrauch der neuen Institution heraus versuchte die MONIMA im Süden des Landes die staatlicherseits eingerichteten Fokonolona zu umgehen. Sie baute eine Kooperative, avotse genannt, auf, die den Einfluß von Handel und Verwaltung zurückdrängen soll. Die avotse hat die Aufgabe des Aufkaufens, der Vermarktung, der Verteilung von Konsumgütern und auch des großflächigen Anbaus auf kollektiven Feldern. Sie dient gleichzeitig als politisches Agitationsmittel und hilft den Bauern durch die Selbstverwaltung, eigene Interessen zu erkennen und zu vertreten. Das Verhältnis Bevölkerung – Kooperative – Partei soll die Gefahren der Bürokratisierung und der Unterwerfung unter kapitalistische Mechanismen der Kooperative verhindern; eine endgültige Einschätzung des seit Mitte 1974 laufenden Versuches einer Selbstorganisierung ist aber noch nicht möglich (131).

3.5. Wachsende Schwierigkeiten und Widersprüche

Ein sehr großes Problem der Regierung stellte die Reisversorgung dar. Hervorgerufen durch die geringere Vermarktungsbereitschaft der Bauern nach der Streichung der Kopfsteuer, durch zahlreiche Überschwemmungen 1973 und durch die neu eingerichtete staatliche Reisvermarktung, die große Anlaufschwierigkeiten hatte, sank 1973 die vermarktete Reisproduktion bei gleichbleibend starkem Bevölkerungswachstum. Um den Reismangel in den städtischen Gebieten auszugleichen, mußte der Staat 200.000 t Reis importieren und verlor dadurch mit 16 Mrd. FMG fast die gesamten Devisenreserven zur Subventionierung des für madegassische Verhältnisse zu teuren Weltmarktreis (132).
Es mangelte aber nicht nur am Reis. Hervorgerufen durch die Politik der Malgachisierung haben dem madegassischen Wirtschafts- und Finanzminister zufolge viele ausländische Gesellschaften aus politischen Reaktionen sowie aus Gründen sinkender Profite und schwindender Möglichkeiten des Gewinntransfers ihre Produktion gesenkt. Außerdem war eine Abwanderung ausländischer Fachkräfte festzustellen, die nicht sofort und hinreichend durch einheimische Kräfte ersetzt werden konnten, wodurch es auch zu Produktionseinbußen sowie zu steigender Arbeitslosigkeit kam. Besonders gravierend war der Produktionsrückgang mit 70 % im Baugewerbe und mit 30 % im textilen Bereich. Insgesamt war in den Jahren 1972-74 auch ein starker Investitionsrückgang zu verzeichnen, was negative Effekte auf die nächsten Jahre haben wird. Der zunehmenden Arbeitslosigkeit konnte die Regierung mit Straßenbauprojekten nur geringfügig entgegenwirken. Des weiteren nahm die Inflation bis dahin unbekannnte Formen an, machte die Erhöhung der Mindestlöhne fast wieder wett und ließ die Kaufkraft eines durchschnittlichen urbanen Haushalts sinken (133).
Das Dilemma war also, daß die Regierung die ausländischen Gesellschaften nicht mit einem Schlag entmachten konnte (was viele Kabinettsmitglieder so radikal auch gar nicht gewünscht hätten, um ihre Allianz mit der nationalen Bourgeoisie, die sich selber noch in starker Abhängigkeit vom ausländischen Kapital befand, nicht zu gefährden), und daß diese ausländischen Gesellschaften so in der Lage waren, den von der Regierung vorgesehenen Weg ihrer langfristigen Ersetzung empfindlich zu stören. Daß die Schwierigkeiten, die aus diesem Widerspruch entstanden, in der Agitation der PSM (134) gegen die Militärregierung stark ausgenutzt wurden, ist leicht vorstellbar.
Ein weiteres Problem war, daß die Armee, die nach der offiziellen Propaganda der Garant der politischen Neutralität der Regierung und der nationalen Einheit war, in mehrere Fraktionen aufgesplittert war. In der Regierung waren mindestens drei verschiedene politische Richtungen vertreten (die auch mehr oder weniger unabhängig voneinander ihre Politik in ihren Ressorts durchführten, da Ramanatsoa sich nicht stark genug durchsetzte): der populistische Flügel um Ratsimandrava und Ratsiraka, eine gemäßigte Gruppe von überwiegend „Côtiers", denen die Malgachisierung zu schnell und für die Küstenregionen zu unvorteilhaft verlief, und denen eine gewisse Francophilität nachgesagt werden konnte, und schließlich die Fraktion um den „Klub der Achtundvierzig", der die Teile der Bourgeoisie des Hochplateaus umfaßte die für eine ‚Liberalisierung' der Wirtschaft und für eine größere Öffnung für das Auslandskapital eintraten (135).

Am 31.12.1974 meuterte ein Teil der Armee, hauptsächlich Offiziere und Unteroffiziere der Militärpolizei. Der Putschversuch konnte jedoch von den loyalen Militäreinheiten unblutig niedergeschlagen werden, die meisten Meuterer zogen sich jedoch bewaffnet in eine Kaserne vor Tananarive zurück und weigerten sich, sich zu ergeben. Die genauen Hintergründe dieses Putschversuches sind offiziell nie bekanntgeworden. Vermutet wird jedoch Unzufriedenheit mit der Malgachisierung aus ethnischen Gründen (die ‚Forces Républicaines de Sécurité' und die nach 1972 daraus entstandene Militärpolizei setzte sich auf Grund Tsirananas Politik hauptsächlich aus ‚Côtiers' zusammen), verbunden mit politischen Gründen (der Einfluß der PSM und des „Klub der Achtundvierzig" ist im späteren Prozeß deutlich geworden). Die Regierung wollte nicht hart durchgreifen, sondern versuchte, durch beruhigende Aktionen und durch Ignorieren die Lage zu entspannen. Als dadurch die Probleme nicht gelöst wurden, löste Ramanantsoa am 25.1.1975 die Regierung auf und trat am 5.2. zugunsten Ratsimandravas zurück (136).

4. Madagaskar auf dem Weg zum Sozialismus?

4.1. Die kurze Präsidentschaft Ratsimandravas

Ratsimandrava erschien als der Garant für eine kompromißlose Durchführung der Politik, die er als Innenminister mit dem Fokonolona-Programm erkennbar gemacht hatte. Sein Aufstieg deutete an, daß durch die Unterstützung der Bauern die Fokonolona-Bewegung inzwischen eine solche Bedeutung erlangt hatte, daß sie einen Machtfaktor bei der Bestimmung der Regierungspolitik und damit bei der personellen Besetzung darstellte. Ratsimandravas Name war mit der Entwicklung der Fokonolona unzertrennbar verbunden. Durch seine vielen Fahrten durch das Land und seine Gespräche mit den Bauern, die zusätzlich fast täglich im Radio verbreitet wurden, hatte er sich eine starke Popularität erworben. Dieses wurde insbesondere durch seine Herkunft (er stammte von Sklaven ab) ermöglicht, was ihm andererseits Mißtrauen und Verachtung der aristokratischen Bourgeoisie Tananarives eintrug.

Ratsimandrava stellte noch am Tag seiner Ernennung sein neues Kabinett vor. In seiner ersten programmatischen Re-

de unterstrich er das Projekt der nationalen Entwicklung auf der Grundlage der Fokonolona und das Prinzip der Malgachisierung. Ferner kündigte er Sofortmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit an. Er leitete erste Schritte gegen hohe Regierungsbeamte, über die er während seiner Zeit als Innenminister Material über gesetzwidrige Machenschaften gesammelt haben soll, und gegen Manager aus dem privaten Sektor ein, denen er Wirtschaftssabotage vorwarf (137).
Am 11.2.1975, nur sechs Tage nach seiner Amtsübernahme, wurde Ratsimandrava von bis heute nicht einwandfrei bestimmbaren Tätern ermordet. Am Tatort wurden zwar einige Militärpolizisten, die sich in der Kaserne von Antanimora verbarrikadiert hatten, festgenommen, aber sie bestritten, ihn erschossen zu haben, sie haben ihn nur entführen wollen. Todfeinde hatte Ratsimandrava zumindest genug gehabt: die Bourgeoisien der Merina wie der Côtiers als auch der Franzosen, ob sie ihre ökonomische Macht in der Landwirtschaft, der Industrie oder im Handel hatten, stellten sich seinem Plan der Volksherrschaft („maîtrise populaire") auf der Grundlage der Fokonolona entgegen (138).

4.2. Die Phase der Konsolidierung: der Militärausschuß

Die Armee reagierte prompt und entschlossen: sie bildete einen Militärausschuß, dem 19 Offiziere aus allen sechs Provinzen des Landes angehörten, dessen Präsident der Älteste unter ihnen, General Andriamahazo, wurde, und sie verkündete das Kriegsrecht. Nach einer letzten Aufforderung, sich zu ergeben, wurde das Lager der meuternden Militärpolizisten bombardiert und gestürmt. Nachdem die letzten flüchtenden Militärpolizisten im Gebäude der PSM Zuflucht gefunden hatten, wurden die meisten der führenden Persönlichkeiten dieser Partei verhaftet. Alle Parteien wurden verboten, was sich später hauptsächlich als Maßnahme gegen die PSM herausstellte, da die anderen Parteien mehr oder weniger ungestört ihre Arbeit fortsetzen konnten. An die Spitze der sechs Provinzen wurden Militärgouverneure gestellt. Die Presse wurde einer Zensur unterworfen. Die Verbindung zur Außenwelt wurde erst lange unterbrochen, unterlag dann schärfsten Kontrollen (139).
Während der Regierungszeit des Militärausschusses stand der Prozeß im Zusammenhang mit der Ermordung Ratsimandravas im Mittelpunkt. Die Ministerien wurden von den von Ratsimandrava ernannten Persönlichkeiten zwar noch weiter verwaltet, aber es erfolgte keine neue Politik mehr während dieser Zeit. Der Militärausschuß gab an, die seit 1972 vertretene Politik weiter zu verfolgen. Ein vager Zehn-Punkte Plan vom 12.4.1975 sollte besondere Aufmerksamkeit den Bauern widmen. Die Agrarreform wurde studiert, d.h. auf Eis gelegt. Es wurde klar, daß der Militärausschuß nur eine Übergangslösung für die Zeit sein konnte, während der Fall Ratsimandrava abgeschlossen und die innere Stabilität in der Armee zurückgewonnen wurde (140).
Der Prozeß wegen der Ermordung Ratsimandravas, in Madagaskar allgemein „Prozeß des Jahrhunderts" genannt, begann am 21.3. gegen 297 Angeklagte, unter ihnen solche Prominenz wie Tsiranana, Resampa, Rajaonarison, der Anführer der meuternden Militärpolizisten, und Rabetafika, unter Ramanantsoa eine Art Premierminister und Vertreter des „Klubs der Achtundvierzig". Auf sieben der acht Hauptanklagepunkte gegen alle Angeklagten stand die Todesstrafe. Es scheint so, als ob der Militärausschuß anfangs in diesem Prozeß, der allein schon auf Grund der Anklagepunkte und der Angeklagten einen politischen Charakter hatte, hart durchgreifen wollte, und er stellte auch die ganze Zeit über die Öffentlichkeit her, um die Härte zu demonstrieren. Als jedoch einerseits auf Grund der teilweise widersprüchlichen Zeugenaussagen (die offensichtlich oft frei erfunden waren) der Prozeß nicht die erwartete Eindeutigkeit aufwies, und als andererseits immer deutlicher wurde, daß eine gründliche Untersuchung noch sehr viel größere Kreise an Verantwortlichen auch in den obersten Staatsbehörden eingeschlossen hätte, steckte der Militärausschuß zurück. So wurden im Urteil vom 12.6.75 bis auf drei Militärpolizisten alle anderen Angeklagten freigesprochen, nachdem im Mai schon ein großer Teil von ihnen amnestiert worden war (141). Die Hierarchie, die von dem ‚naiven' Ratsimandrava bedroht schien, wurde nicht angetastet.
Nur drei Tage nach Prozeßende wählte der Militärausschuß den Fregattenkapitän Didier Ratsiraka zum neuen Staats- und Regierungschef und löste sich anschließend auf.

Ratsiraka

4.3. Das sozialistische Programm Ratsirakas

In seiner ersten Pressekonferenz einen Tag nach seiner Ernennung erklärte Ratsiraka, daß „der einzige Weg einer schnellen Entwicklung für Madagaskar der Weg des Sozialismus ist" (142). In seiner Regierungserklärung, der „Charta der madegassischen sozialistischen Revolution" führte er dazu näher aus: „Die sozialistische Demokratie (die einzig wahre Demokratie) muß sich darstellen und konkretisieren durch: – die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; die Unterdrückung der Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, Ursache für die gesellschaftlichen Teilungen; das bedingt eine Reorganisation der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, d.h.: – die Schaffung einer revolutionären Macht, die die Interessen der Arbeitenden verteidigt, die von ihren dynamischsten Elementen organisiert und geführt werden; – die Existenz einer effizienten und einheitlichen Verwaltung, die vom Volk kontrolliert wird (sozialistische Fokonolona); die Inbesitznahme der wichtigsten Produktionsmittel durch den revolutionären Staat und das arbeitende Volk, das er verteidigt; die Existenz richtiger Organismen zur Führung der Ökonomie; eine wirkungsvolle Dezentralisierung der Macht, des Besitzes, des Wissens" (143).
Was ist von Ratsiraka zu erwarten? – Er kommt aus einer hohen adeligen Familie der Betsimisaraka (ist von daher also gefeit gegen Vorwürfe, das alte Merina-Imperium wieder aufbauen zu wollen) und ist in seinem Auftreten, seinem Lebensstil „eher ein intellektueller und technokratischer Bourgeois als ein Volkstribun" (144). Er ist sich seiner Klassenherkunft aber bewußt und versucht, stellvertretend für die Bauern und Arbeiter Entscheidungen

zu treffen, die ihnen zugute kommen. So sagte er z.B. in einem Interview im August 1973 im Zusammenhang mit dem Austritt aus der Franc-Zone, daß diese Maßnahme den Bauern nütze, „uns" aber, und mit „uns" meinte er die madegassische Oberschicht, mit „unserem europäischen Lebensstil" Opfer abverlange, die für eine ökonomische Entwicklung notwendig seien (145). Des weiteren verweist er darauf, daß auch Tschou En-lai Sohn eines Mandarin gewesen wäre (146). Auf Grund seiner Politik als Außenminister unter Ramanantsoa galt er bald als unbedinger Nationalist. Dieses kam auch in dem erwähnten Interview zum Ausdruck: „... ob es sich um die extreme Rechte, extreme Linke oder um das Zentrum handelt, ich will nicht unter diese Einteilung fallen. Ich sage, daß es nur ein nationales Ziel gibt, das alles bestimmt: die ökonomische Entwicklung" (147). Von daher warf er linken Analysen auch vor, daß sie teilweise zu sehr das Trennende und nicht das Gemeinsame hervorhöben (148). Diese mehr klassenversöhnlerische Tendenz ist bei Ratsiraka aber nicht eindeutig. Er sieht z.B., wenn er sich für die nationale Einheit Madagaskars ausspricht, die ethnischen Unruhen als ein „Klassenproblem in der Form eines Rassenproblems" (149). So zeigt seine Analyse der Entstehung der Unterentwicklung, der daraus folgenden ökonomischen Strukturen und der interne Reflex dessen auf der Ebene der Klassenbildung große Ähnlichkeit mit der dependencia-Theorie (150).

Es zeichnen sich folgende Tendenzen in der jüngsten madegassischen Entwicklung ab, wobei wir aus Mangel an Informationen darauf angewiesen waren, stärker auf die programmatischen Äußerungen und weniger auf die tatsächlichen Maßnahmen und deren Effekte zurückzugreifen:

1.) Die neue Regierung greift wesentlich härter als die bisherigen die Interessen des ausländischen Kapitals an: Schon am 17.6.1975 wurden alle Banken und Versicherungen vollständig nationalisiert, am 30.8. das Symbol des Kolonialismus und Neo-Kolonialismus: die „Compagnie Marseillaise de Madagascar", deren Umsatz die Höhe von einem Drittel des Staatsbudgets erreichte; der prinzipiellen Verstaatlichung der Bodenschätze vom 3.8. folgte am 13.12.1975 die Nationalisierung der größten Gesellschaft, der „Compagnie Minière d'Andriamena". Des weiteren wurden Übernahmen im Bereich der Energie und des Handels angekündigt (151).

2.) Die Außenpolitik beruht auf den Prinzipien der Blockfreiheit und des positiven Neutralismus. „Diese Blockfreiheit bedeutet keinesfalls Desengagement, denn wir sind in einem anti-imperialistischen, antihegemonistischen und anti-rassistischen Kampf engagiert. Das rechtfertigt: unsere Anerkennung der neuen unabhängigen Staaten Afrikas, unsere Unterstützung für die Befreiungsbewegungen in Namibia, Zimbabwe und Südafrika, ... unsere bedingungslose Unterstützung der Kandidatur Nordkoreas für die Mitgliedschaft bei den blockfreien Staaten ..." (152).
Diesen Positionen entsprach, daß Madagaskar als einer der ersten Staaten die Volksrepublik Angola anerkannte und sich auf der außerordentlichen OAU-Vollversammlung im Januar 1976 für die Anerkennung durch die OAU einsetzte, daß es sofort nach der Unabhängigkeitserklärung die Komoren völkerrechtlich anerkannte, und daß es als erster Staat die Arabische Demokratische Republik Sahara anerkannte (153).
Besonders enge Beziehungen wurden zur VR China geknüpft, die Madagaskar in einem umfassenden Wirtschaftsabkommen 12,5 Mrd. FMG Kredit gewährte (154). Neben den stark gewachsenen Handelsbeziehungen spielen auch die kulturellen, sportlichen und medizinischen Delegationen zum Erfahrungsaustausch eine bedeutende Rolle (155).

3.) Die Mobilisierung der Bauern soll vorangetrieben werden. Das Modell der Fokonolona wird übernommen, sie sollen aber weitere autonome Organisationsmöglichkeiten erhalten, insbesondere solche in Richtung Produktionsgenossenschaften, die die bisherigen meist nur auf Vermarktung ausgerichteten Genossenschaften erweitern würden. Des weiteren sollen sie technische und ideologische Beratung und Aufklärung erhalten.

Am wichtigsten ist jedoch die Ankündigung einer Agrarreform, die erst langsam anläuft. Nach dem Prinzip „Demjenigen den Boden, der ihn bebaut" soll der Großgrundbesitz abgeschafft werden, soll das Pachtsystem (métayage) unmöglich gemacht werden, soll verhindert werden, daß Städter von ihrem Landbesitz leben können, soll die Entstehung einer ländlichen Bourgeoisie verhindert werden. Dazu werden ungenützte Böden, zu großer Besitz und verpachtetes Land nationalisiert und den Produzenten übergeben, die ein eingeschränktes Besitzrecht erhalten (Vererbungsrecht aber kein Verkaufs- oder Verpachtungsrecht). Dieses Besitzrecht sollen sowohl privat Familien als auch kollektiv die Fokonolonas erhalten (156). An der Durchführung dieses Programms wird die Regierung und ihr sozialistischer Anspruch zu messen sein.

4.) Die Industrialisierungsstrategie entspricht der Notwendigkeit einer autozentrierten Entwicklung: Die Landwirtschaft ist die Grundlage der Entwicklung, die Industrie ihr Motor. Deshalb wird auf die Entwicklung des inneren Marktes Wert gelegt: vorrangig ist eine Leichtindustrie, die auf die Landwirtschaft ausgerichtet ist: Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie Erstellung landwirtschaftlicher Investitionsmittel, was langfristig die Entwicklung einer Basisindustrie induzieren soll. Die Umsetzung dieser Strategie liegt jedoch noch sehr im Dunkeln (157).

5.) Der entscheidende Punkt bei der Einschätzung des Charakters der Regierung Ratsiraka wird ihr Verhältnis zur nationalen Bourgeoisie sein. Die bisherigen Stellungnahmen sind nicht eindeutig: In der Regierungserklärung wird das Privateigentum zugesichert, solange es nicht konträr zum Programm und zu den Zielen der Revolution steht, was noch nicht viel aussagt, und es wird eine Unterscheidung gemacht zwischen einer „Kompradorenbourgeoisie" und einer „nationalen Bourgeoisie", die bis zu einem gewissen Punkt zu einem revolutionären Geist fähig sei. Diese Unterscheidung rührt daher, daß der Hauptwiderspruch zwischen dem Imperialismus und Neo-Kolonialismus einerseits und dem madegassischen Volk andererseits gesehen wird, und in diesem Rahmen auch der Klassenkampf stattfinde. (158) Es ist hierbei aber nicht klar, ob der langfristige Aufbau einer nationalen Bourgeoisie bemäntelt werden soll (die größten Verbände des Handels und der Privatunternehmer, Sempima und Geprim, haben immerhin ihre Unterstützung für das Regierungsprogramm zugesagt (159)), oder ob die gegenüber den Militärs doch recht starken einheimischen Bourgeoisien (wie sich im „Prozeß des Jahrhunderts" gezeigt hat) nur mittelfristig in den Aufbau der durch den Abzug der Franzosen erstmals geschwächten Wirtschaft eingespannt werden sollen. Für diese letzte Vermutung würden viele prinzipielle Äußerungen gegen das kapitalistische Profitprinzip sprechen.

6.) Die Umsetzung der Zielvorstellungen steht vor der Schwierigkeit der Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile. Die Parteien MONIMA und AKFM mit den hinter

ihnen stehenden Bewegungen unterstützen zwar von Anfang an die Politik Ratsirakas und waren auch in seiner Regierung vertreten, aber dieses reicht nicht aus für die Vorstellung Ratsirakas, daß „das bewußte Volk selber die Macht der Oberschicht bricht" (160). Zur Bewußtseinsbildung wurde eine „Ideologische Kommission" gebildet, die sich hauptsächlich aus Mitgliedern der MONIMA zusammensetzt, und die die politische Formierung der Militärs und der Administration zur Aufgabe hat. Des weiteren wurde die Armee umstrukturiert, damit sie auch ökonomische, soziale und politisierende Funktionen wahrnehmen kann. In der neuen ‚Volksarmee' besteht nicht mehr die Trennung nach Boden-, Luft- und Wassereinheiten, sondern nach operationelle Interventionen, Technik, Entwicklung. Die ‚Entwicklungsarmee' hat dabei die Aufgabe der Alphabetisierung, medizinischen Versorgung der ländlichen Gebiete, und des Aufbaus von Produktionsgenossenschaften. In der vorgesehenen Alphabetisierungskampagne dürfte die „Charta der madegassischen sozialistischen Revolution" eine ähnlich wichtige Rolle spielen wie das Buch „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung" in der VR China in der Kulturrevolution. (161).
Eine erste Kampagne zur „Bewußtseinsbildung" fand anläßlich einer Volksabstimmung am 21.12.1975 über die Charta, die neue Verfassung und die Präsidentschaft Ratsirakas für die nächsten sieben Jahre statt. Trotz des hohen Grades an Zustimmung (94,66 %) war der Mobilisierungseffekt gering, da zu deutlich war, daß Ratsiraka gleichzeitig eine Legitimation für seine Regentschaft sehr stark anstrebte, und da die Zeitspanne zwischen Bekanntgabe des Verfassungsentwurfes und der Abstimmung darüber zu kurz war, um die Wähler an ein echtes Einflußnahmerecht glauben zu lassen (162).
Eine weitere wichtige Frage im Zusammenhang mit der Mobilisierung ist die nach den Organisierungsmöglichkeiten in Parteien. Offiziell bleiben sie weiterhin „suspendiert"; und Ratsiraka wird ein Projekt zur Errichtung einer Einheitspartei zugesprochen. In der Verfassung ist eine „Nationale Front für die Verteidigung der Revolution" (FNDR) vorgesehen, die das Vorstadium einer Einheitspartei darstellen kann. Am 19.3.1976 wurde zum Aufbau der FNDR eine „Avantgarde der Revolution" (AREMA) gegründet. Die meisten linken politischen Gruppierungen (AKFM, MONIMA, VONJY – ein Teil der Tsiranisten –, und eine Fraktion der MFM) haben ihre Bereitschaft erklärt, in der FNDR mitzuarbeiten, während die Anhänger Resampas (organisiert in einem Nationalen Komitee) nur mitarbeiten wollen, wenn die ‚Freiheiten' in Madagaskar wieder hergestellt sind, und die Mehrheit der MFM die FNDR ablehnt, da eine Einheitspartei nur die Kanalisierung und schließlich die Erstickung der Aktivitäten der Bauern zur Folge hätte, solange eine größere Mobilisierung der Bauern noch nicht stattgefunden hat und die Bewegung noch nicht von unten organisiert worden ist (163).

„Wissen Sie, viele sind gegen mich, aber sie sagen es nicht. Sie passen sich an" (164). Dieser Ausspruch Ratsirakas dürfte nicht mehr allzu lange Gültigkeit besitzen. Denn nach einer Phase, in der sich seine Politik hauptsächlich gegen die ausländischen Kapitalinteressen in Madagaskar gerichtet hat, muß die Entscheidung fallen, inwieweit eine nationale Bourgeoisie mit einem sozialistischen Entwicklungsweg vereinbar ist. Welche Entscheidung auch getroffen wird, in beiden Fällen dürfte es eine starke Opposition dagegen geben.

Ausblick

Wir haben gezeigt, daß eine marktwirtschaftliche Entwicklungsstrategie auf der Grundlage des Exportsektors mit

Madagaskar: Maidemonstration 1972

einer Leichtindustrialisierung zur Importsubstitution, also eine Entwicklungsstrategie wie sie in der Elfenbeinküste verfolgt wird und in Madagaskar bis 1972 verfolgt wurde, die Strukturen des peripheren Kapitalismus nicht überwindet, sondern festigt. Sie blockiert eine umfassende Entwicklung der Produktivkräfte und verhindert perspektivisch sogar das wirtschaftliche Wachstum.

Daraus kann für die meisten Länder der Peripherie geschlossen werden, daß eine bewußte Distanzierung vom Weltmarkt für sie eine notwendige Voraussetzung zur Überwindung der Unterentwicklung darstellt. Eine Ausnahme können eventuell diejenigen Länder darstellen, die über reiche Vorkommen an schwer ersetzbaren und für die Zentren notwendigen Rohstoffen verfügen, so daß sie von daher eine gewisse Mitgestaltungsmöglichkeit des Weltmarktes besitzen (z.B. OPEC; was auf Grund der internen Klassenverhältnisse für diese Länder daraus jeweils folgt, sei dahingestellt) (165). Unter einer Distanzierung vom Weltmarkt soll hier kein Autarkiestreben verstanden werden, sondern „Kombinationen von ‚assoziativen' und ‚dissoziativen' Verhaltens". (166)

Vorausetzung hierzu wiederum ist einerseits ein neues internes Klassenbündnis zur Durchsetzung dieser Politik.
Die nationale Bourgeoisie kann längerfristig gesehen dabei kein akzeptabler Bündnispartner sein, da ihr Luxuskonsum und ihr Industrialisierungskonzept (Leichtindustrie, da in diesem Bereich die schnellste Kapitalverwertung stattfindet, und auf diesen kurzfristigen Aspekt legt die im Aufbau befindliche nationale Bourgeoisie noch mehr Gewicht als die metropolitane) dazu führt, daß sie dem Weltmarkt verbunden bleibt. Andererseits ist eine Voraussetzung, daß dieses Bündnis genügend ökonomische und ideologische Stärke gegenüber dem Auslandskapital aufbringt. Die noch anwesenden ausländischen Unternehmen, die Auslandsverschuldung und das noch Angewiesensein auf Importe bestimmter Investitionsgüter zur gesamtgesellschaftlichen Reproduktion stellen Pressionsmöglichkeiten dar, denen ein Land in einem solchen Fall ausgesetzt ist. Der Niederschlag der daraus folgenden Schwierigkeiten ist nicht selten eine ideologische Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen gegen eine solche eigenständige Politik.
Die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten Madagaskars in den Jahren seit 1972 sind für diesen Problembereich ein gutes Beispiel.

Anmerkungen:

1. Von den Industrieländern (Zentren, Metropolen) wirtschaftlich abhängige Länder. Vgl. dazu z.B. den Bericht der UN-Kommission für Internationale Entwicklung: Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien 1969, S. 21; Robert McNamara, Ansprache an die Gouverneure (Nairobi-Rede) vom 24. September 1973, zit. bei Dieter Senghaas, „Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus (Vorwort)", in: Ders. (Hg.), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt/M. 1974, S. 7-36, hier S. 8 f.; Otto Matzke, Hermann Priebe, „Vorwort", in: Dies., Entwicklungspolitik ohne Illusionen, Stuttgart 1973, S. 7 f.
2. Vgl. Albert-Paul Letin, „Soziographie des Elends", in: Karl-Dietrich Wolff (Hg.), Tricontinental. Eine Auswahl 1967-1970, Frankfurt/M. 1970, S. 265-281
3. Vgl. dazu einführend: Tilman Tönnies Evers und Peter von Wogau, „'dependencia': lateinamerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung", in: Das Argument, 15. Jg., 1973, H. 4-6, S. 404-454
4. Bezüglich der Elfenbeinküste vgl. beispielsweise: Elliot J. Berg, „Structural Transformation versus Gradualism: Recent Economic Development in Ghana and the Ivory Coast", in: Philip Forster, Aristide R. Zolberg (Hg.), Ghana and the Ivory Coast. Perspectives on Modernization, Chicago 1971, S. 187-230; Hans Jenny, „Elfenbeinküste: Schwarzer Kapitalismus", in: Internationales Afrika Forum, 7. Jg., 1971, H. 5, S. 302-307; und als Beispiel für eine apologetische Publizistik: Dieter Rösner, „Die Elfenbeinküste fährt mit der Marktwirtschaft gut", FAZ, 18.8.1975, ebenso Dieter Schröder, „Musterländle ohne ‚afrikanisches Chaos'. Bescheidener Wohlstand durch Reis und Palmöl", SZ, 17.1.1976. Kritisch zum elfenbeinischen Modell dagegen: Samir Amin, Le Développement du Capitalisme en Côte d'Ivoire, Paris 1967, hier bes. S. 265 ff. („Wachstum ohne Entwicklung", ebd., S. 281), Giovanni Arrighi und John S. Saul, „Socialism and Economic Development in Tropical Africa", in: The Journal of Modern African Studies, Bd. 6, 1968, H. 2, S. 141-169, hier S. 150 f. sowie Rodolfo Stavenhagen, „Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika," in: Senghaas (Hg.), Peripherer Kapitalismus, a.a.O., S. 276-297, hier S. 296

   Bezüglich Madagaskar bis 1972 vgl. beispielsweise: Achim Kratz, Voraussetzungen und Möglichkeiten einer industriellen Entwicklung in Madagaskar, Hamburg 1963; Virginia Thompson und Richard Adloff, The Malagasy Republic – Madagascar Today, Stanford, Cal. 1965; Wilhelm Marquardt, „Madagaskar - zur wirtschaftlichen Entwicklung 1971/72", in: Internationales Afrika Forum, 8. Jg., 1972, H. 8; kritische Darstellung für den Zeitraum: Gérard Althabe, Oppression et libération dans l'imaginaire. Les communautés villageoises de la côte orientale de Madagascar, Paris 1969; Beispiel für eine kritiklose Übernahme der Selbstdarstellung der madegassischen Regierung nach 1972: „Madagascar", Sonderbeilage zu Jeune Afrique Nr. 716 vom 28.9.1974; Beispiel für eine Berichterstattung über Madagaskar seit 1972 in kritischer Solidarität: Philippe Leymarie, regelmäßig in Revue Française d'Etudes Politiques Africaines
5. Ein einführender Überblick über die dependencia-Theorie: Tilman Tönnies Evers und Peter von Wogau, a.a.O.; Einzelbeiträge von dependencia-Theoretikern in: Dieter Senghaas (Hg.), Peripherer Kapitalismus, a.a.O., Nohlen und Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt: Band 1, Hamburg 1974; Tibi und Brandes (Hg.), Handbuch 2: Unterentwicklung, Köln 1975; wichtige Einzelwerke: Samir Amin, L'accumulation à l'échelle mondiale – critique de la théorie du sous-développement, Paris 1972[2]; Ders., Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975
6. Vgl. Côte d'Ivoire. Le Congrès du Président (= Pays et Peuples, Sonderbeilage zu Jeune Afrique, Nr. 771 v. 17.10. 1975), S. 34. Zum Vergleich: Die durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts der armen Länder betrugen zwischen 1950 und 1967 2,2 %, vgl. Thomas E. Weisskopf, „Kapitalismus, Unterentwicklung und die Zukunft der armen Länder", in: Senghaas (Hg.), Peripherer Kapitalismus, a.a.O., S. 166-200, hier S. 178
7. Vgl. dazu Jean Suret-Canale, Afrique Noire Occidentale et Centrale. L'Ere Coloniale (1900-1945) (= Bd. 2), Paris 1964, S. 127 ff.
8. Vgl. zu allen Punkten Claus Zeller, Elfenbeinküste. Ein Entwicklungsland auf dem Wege zur Nation, Freiburg i.Br. 1969, S. 37, Kristine Binder-Krauthoff, Phasen der Entkolonialisierung. Eine Analyse kolonialpolitischer Relikte in Afrika auf der Grundlage historischer Prozesse in Ghana und der Elfenbeinküste, Berlin 1970, S. 73 f. und Suret-Canale, a.a.O., S. 290
9. Vgl. ebd., S. 137
10. Vgl. ebd., S. 290
11. Das Zwangsarbeitssystem führte u.a. zur Flucht Zehntausender Einheimischer in die benachbarte Goldküste, vgl. Zeller, a.a.O., S. 40
12. Vgl. Gerhard Grohs, Stufen afrikanischer Emanzipation. Studien zum Selbstverständnis westafrikanischer Eliten, Stuttgart 1967, S. 28
13. Vgl. Suret-Canale, a.a.O., S. 107
14. Vgl. Aristide R. Zolberg, One-Party Government in the Ivory Coast, Princeton / N. J. 1969, S. 54
15. Vgl. Samir Amin, Le Développement du Capitalisme en Côte d' Ivoire, a.a.O., S. 277
16. Vgl. Franz Ansprenger, Politik im Schwarzen Afrika, Köln u. Opladen 1961, S. 50
17. Vgl. Rainer Kühn u. Rainer Schweers, Entwicklungsbedingungen der Elfenbeinküste im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes seit 1960 (veröff. Diplomarbeit FU Berlin), Wentorf/Hamburg 1974, S. 38
18. Vgl. Ministère de L'Information (Hg.) , Côte d'Ivoire. Faits et Chiffres 1970, Abidjan o.J., S. 9
19. Vgl. Zolberg, a.a.O., S. 66 f.
20. Vgl. ebd., S. 67 f.
21. Vgl. Amon d'Aby, La Côte d' Ivoire dans la cité africaine, Paris 1951, S. 108 f., sowie Zolberg, a.a.O., S. 74
22. Vgl. ebd., S. 72
23. Vgl. Ruth Schachter-Morgenthau, Political Parties in French-Speaking West-Africa, Oxford (GB) 1964, S. 188 ff.
24. Vgl. Ingolf Ahlers, Brigitta Benzing, Patrice Mandeng, Helmut Orbon: Elfenbeinküste, Bonn 1973, S. 31
25. Vgl. Samir Amin, L'Afrique de l'Ouest Bloquée, Paris 1971, S.75
26. Vgl. ebd., S. 76
27. Vgl. Zolberg, a.a.O., S. 159
28. Vgl. Zeller, a.a.O., S. 81
29. Vgl. René Dumont, Afrique Noire: Développement agricole. Reconversion de l'économie agricole. Guinée, Côte d'Ivoire, Mali, Paris 1962, S. 139
30. Vgl. Heiko Körner, Kolonialpolitik und Wirtschaftsentwicklung. Das Beispiel Französisch Westafrikas, Stuttgart 1965, S. 103 und 116
31. Vgl. République de Côte d' Ivoire, Ministère du Plan, Plan Quinquennal de Développement Economique, Social et Culturel 1971-1975, Abidjan 1971, S. 6 f.
32. Vgl. ebd., S. 8 f.
33. Ebd., S. 8
34. Vgl. ebd., S. 10
35. Vgl. ebd., S. 11
36. Zu den Daten im folgenden Abschnitt vgl.: Elfenbeinküste 1960-1970. Zehn Jahre wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung (=Marchés Tropicaux et Méditerranées, 27. Jg., Nr. 1355 v. 30.10.1971. Deutsche Sondernummer); Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hg.) Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Beilage zu den Nachrichten für den Außenhandel (NfA), 22. Jg., Nr. 35, Köln, Febr. 1972; Günter Borchert, Die Wirtschaftsräume der Elfenbeinküste, Hamburg 1972, Kühn/Schweers, a.a.O., Amin, Le Développement, a.a.O., Statisti-

sches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), Länderkurzberichte: Elfenbeinküste 1973 (= Allgemeine Statistik des Auslandes), Stuttgart 1974; Ministère de l'information (Hg.), Le café et le cacao dans l'économie ivoirienne, Abidjan, o. J.,

37. Zu den in diesem Teil verwendeten Daten vgl. neben der bereits zit. Literatur auch: Ministère de l'Information (Hg.), Les industries ivoiriennes, Abidjan, o.J.; Ingrid Uhlemann, „Die wirtschaftliche Entwicklung in der Elfenbeinküste", in: Deutsche Außenpolitik (Berlin, DDR), Bd. 14, 1969, H. 11, S. 1342-1354; „Elfenbeinküste verzeichnet einen Investitionsboom", Handelsblatt v. 23.12.1974; Günter Göttlich, Der Raum Abidjan als Industriestandort Frankfurt/M. 1973

Afrika Forum, Bd. 8, 1972, H. 3, S. 164-165, hier S. 165

44. Vgl. Philippe Haeringer, L'urbanisation de masse en question. Quatre villes d'Afrique noire ou comment s'en débarrasser. Abidjan, Brazzaville, Douala, San-Pedro, o.O. 1970, S. 6 f

45. Vgl. Kühn/Schweers, a.a.O., S. 283

46. Vgl. ebd., S. 209 u. 212

47. Vgl. „Ivory Coast: The Elections and the Gagnoa Affair", in: West Africa, Nr. 2791, 5.12.1970, S. 1417

48. Vgl. Michael A Cohen, „The Myth of the Expanding Centre – Politics in the Ivory Coast", in: The Journal of Modern African Studies, Bd. 11, 1973, H. 2. S. 227-246

Industrie in der Elfenbeinküste

38. Vgl. Plan Quinquennal, a.a.O., S. 244

39. Amin, L'Afrique de l'Ouest Bloquée, a.a.O., S. 84

40. Vgl. ebd., S. 85

41. Vgl. NfA Nr. 35, a.a.O., S. 1

42. Vgl. NfA vom 2.6.72

43. Vgl. „Elfenbeinküste: Ende des Wunders?", in: Internationales

49. Vgl. Bureau pour le Développement del la Production agricole, Atlas de Madagascar, Tananarive 1969-1971, hier Karte 20: Les grandes étappes de l'unité politique I

50. Vgl. zur Beschreibung der einzelnen Ethnien: Jean Poirier, „Les groupes ethniques de Madagascar", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 9, 1974, Nr. 100, S. 31-40

51. Vgl. Georges Condominas, Fokonolona et collectivités rurales en Imerina, Paris 1961, hier: S. 46-47. Die vorkoloniale Einigung stellt für Madagaskar im Vergleich zu den meisten anderen afrikanischen Staaten, die durch administrative Akte der Kolonialmächte entstanden, einen großen Vorteil dar.

52. Vgl. Robert Cabanes, „Evolution des Formes Sociales de la Production Agricole dans la Plaine de Tananarive", in: Cahiers du Centre d'Etudes des Coutumes, Tananarive, Nr. 10, 1974, S. 47-60, hier: S. 52-53 und Condominsa, a.a.O., S. 46-49

53. Vgl. Cabanes, a.a.O., S. 56, und Marcell Rudloff, „Economies coloniales du passé et sous-développement actuel", in: Revue Economique de Madagascar, Tananarive, 1971, Nr. 6, S. 149-184, hier: S. 153

54. Vgl. Francis Koerner, „Les types de sociétés agricoles privées à Madagascar", in: Cahier d'Outre-Mer. Revue de Géographie, Bordeaux, Bd. 21, Juli-Sept. 1968, Nr. 83, S. 276-297, hier: S. 291-293

55. Vgl. Rudloff, a.a.O., S. 150

56. Vgl. Michel Massiot, Les Institutions politiques et administratives de la République Malgache, Tananarive 1967, hier: S. 7

57. Vgl. Jean Comte, Les Communes Malgaches, Tananarive 1963, hier: S. 20

58. Vgl. „Une Ere nouvelle", in: Jeune Afrique, Nr. 716 v. 28.9.1974, S. 34-47, hier: S. 34-36; und Bureau pour le Développement.., a.a.O., Karte 20 bis: Les grandes étappes de l'unité politique VI

59. Vgl. „Mai 1972 à Madagascar", in: Esprit, Paris, Bd. 41, April 1973, Nr. 4, S. 1007-1027, hier: S. 1020

60. Vgl. Condominas, a.a.O., S. 97

61. Vgl. Yves Prats, Le développement communautaire à Madagascar, Paris 1972, hier: S. 40-41

62. Vgl. Condominas, a.a.O., S. 92-94

63. Ein ehemaliger Generalgouverneur faßte das folgendermaßen zusammen: „Débrouillez-vous ... Faites en sorte que la colonie se suffise à elle-même ... telle est formulée en termes plus ou moins explicites, destinées d'un nouveau territoire français. Pour ce faire il n'y a qu'un moyen: exploiter par n'importe quel procédé, pourvu qu'il soit rapide, les produits naturels ou les produits de culture facile et d'un rendement immédiat. Tout est donc sacrifié à une production accélérée ..." M. Olivier: Six ans de politique sociale à Madagascar, Paris 1931, zitiert nach: Rudloff, a.a. O. S. 180-181

64. Vgl. Condominas, a.a.O., S. 102 und 173

65. Vgl. Rudloff, a.a.O., S. 172-173

66. Vgl. André Rabemanda. „L'Evolution du Régime de la Propriétaire immobilière à Madagascar", in:

Revue Juridique et Politique, Paris, Bd. 24, Dez. 1970, Nr. 4, S. 723-734, hier: S. 728-729

67. Vgl. Rudloff, a.a.O., S. 168

68. Vgl. Koerner, a.a.O., S. 276-281

69. Vgl. Statistisches Bundesamt, Länderberichte: Madagaskar 1973, Stuttgart, 1973, S. 62

70. ebd., S. 25

71. Krak, a.a.O., S. 4 und 22

72. Vgl. Rudloff, a.a.O., S. 163

73. Vgl. Koerner, a.a.O., S. 281

74. Vgl. Rudloff, a.a.O. , S. 178

75. Vgl. Cabanes, a.a.O., S. 58

76. Vgl. Rudloff, a.a.O., S. 164

77. Vgl. Koerner, a.a.O., S. 287-289

78. Vgl. Wolf-Dieter Sick, „Madagaskar. Wirtschaftsgeographische Entwicklung und Differenzierung", in: Geographische Rundschau, Braunschweig, Bd. 25, 1973, Nr. 6, S. 213-222, hier: S. 216-220

79. ebd.; und Gérald Donque, „L' agriculture et l'élevage à Madagascar", in: Cahiers d'Outre-Mer, Bordeaux, Teil 1: Bd. 27, 1974, Nr. 106, S. 105-127, Teil 2: Bd. 27, 1974, Nr. 107, S. 271-300, hier: S. 292

80. Vgl. „Zur Landreform in Entwicklungsländern", in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht vom 14.8.1975; Dabei sind die riesigen Plantagen nocht mitgeerechnet worden!

81. Vgl. Donque, a.a.O., S. 112-113

82. Vgl. Gérard Althabe, „Progrès et ostentation économiques, Problèmes socio-économiques des communautés villageoises de la côte orientale malgache", in: Revue Tiers Monde, Paris, Bd. 9, 1968, Nr. 33, S. 129-160

83. Vgl. Donque, a.a.O., S. 282-283

84. Vgl. Sick, a.a.O., S. 214-215

85. Vgl. Kratz, a.a.O., S. 26

86. Vgl. Hubert Deschamps, Histoire de Madagascar, Paris 1972[4], hier: S. 264-270; und Cabanes, a.a.O., S. 58-59

87. Vgl. Klaus Peter Treydte, „Politik, Verfassung und Parteien in Madagaskar", in: Vierteljahresberichte Bonn-Bad Godesberg, Dez. 1971, Nr. 46, S. 295-418, hier: S. 402

88. Vgl. Coopération ou Néo-colonialisme? PSU Documentation, Nr. 70 -72, Paris, Okt. 1974, hier: S. 10

89. Vgl. Philippe Leymarie, „Les accords de coopération franco-malgache" in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 7, 1972, Nr. 78, S. 55-60

90. Die nächsten Länder folgten erst mit weitem Abstand. Mit dem eigentlich natürlichen Handelspartner Afrika blieb der Austausch minimal: 1971 hatte kein afrikanisches Land einen Anteil von 1 % an Madagaskars Importen, und nur die Elfenbeinküste (sieht man von den damals französischen Gebieten Réunion und Comores ab) mit 1,6 % einen Exportanteil, der größer als 1 % war. Vgl. Statistisches Bundesamt, a.a.O., S. 36-38

91. Vgl. „Madagascar: à qui profite la coopération?", Sonderbeilage zum Bulletin du CEDETIM, 1971, zitiert nach: „Coopération ou Néo-Colonialisme?", a.a.O., S. 23-24

92. Vgl. „Que se passe-t-il à Madagascar?", in: Partisans, Paris, März-April 1972, Nr. 64, S. 65-98, hier: S. 86

93. Vgl. Anne-Marie Goguel, „La diplomatie Malgache", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 7, 1972, Nr. 78, S. 78 -103, hier: S. 79; und „Der Spiegel" 1975, Nr. 11; und Gerd Pflaumer, „Die zweite Unabhängigkeit Madagaskars", in: E+Z, 1974, Nr. 2 S. 7-9, hier: S. 7: „Großzügig erlaubte die französische Regierung der Regierungspartei PSD (Parti Social Démocrate) einen intensiven Flirt mit der deutschen SPD, an dessen Folgen die Friedrich-Ebert-Stiftung heute hart zu kauen hat".

94. Vgl. „Le président Philibert Tsiranana par lui-même", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 7, 1972, Nr. 78, S. 104-114, hier: S. 107

95. Vgl. Goguel, a.a.O., S. 88-99

96. Vgl. Munzinger Archiv. Internationales Handbuch. Madagascar, o.O., Stand: 1973, hier: S. 1 des Abschnittes „Politik"; Der Teil der Sitze und Stimmen, der durch Wahlverfälschungen an die PSD ging, dürfte beachtlich sein, vgl. dazu Gérard Althabe, „Le Monima", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 8, 1973, Nr. 86, S. 71-76, hier: S. 72

97. Vgl. Treydte, a.a.O., S. 407

98. Vgl. Philippe Leymarie, „Le Fokonolona: la voie malgache du socialisme?", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 10 1975, Nr. 112, S. 42-62, hier: S. 45

99. Vgl. Treydte, a.a.O., S. 408-410

100. Vgl. „Que se passe-t-il à Madagascar?", a.a.O., S. 70-73 und 84

101. Vgl. Yves Prats, Le développement communautaire à Madagascar, Paris 1972, hier: S. 378-379

102. Philibert Tsiranana, zitiert nach: Revue de Madagascar, Tananarive, 1970, Nr. 49-50, S. 73

103. zu allen Angaben vgl. Statistisches Bundesamt, a.a.O., S. 49-51 und 100; und Marquardt, a.a.O., S. 628

104. Vgl. Statistisches Bundesamt, a. a.O., S. 77-78; zu den einzelnen Produktionsmengen von 1970-72 vgl. Institut d'émission malgache, Rapport d'activité 1972, o.O. (Tananarive), o.J. (1973), hier: S. 17

105. Vgl. Statistisches Bundesamt, Länderkurzberichte, Madagaskar 1974, Stuttgart 1974, hier: S. 16

106. Vgl. Institut d'émission malgache, a.a.O., S. 26-27

107. Vgl. Statistisches Bundesamt, Madagaskar 1973, a.a.O., S. 78

108. Vgl. „Luttes Sociales et Politiques à Madagascar", in: Frontière, 1975, Nr. 21, S. 52-62, hier S. 55

109. Vgl. Rabemanda, a.a.O., S. 730 -733

110. Vgl. zu den landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen: Leymarie, „Le Fokonolona..", a.a.O., S. 46-47; Prats, a.a.O., S. 325, 348, 379; Julius Müller, „Ansätze zur Förderung von Agrargenossenschaften und verwandten Organisationen in Madagaskar", in: Zeitschrift für ausländische Wirtschaft, Bd. 8, 1969, Nr. 2, S. 110-134

111. Vgl. Koerner, a.a.O., S. 297

112. Vgl. zu Ursachen und Ablauf des Mai 72 in Madagascar: „Mai 1972 à Madagascar", a.a.O.; Gérard Althabe, „La crise scolaire: un détonateur", in Revue française d'études politiques africaines, Bd. 7, 1972, Nr. 78, S. 51-54; „Trois jours qui ébranlèrent Madagascar", in: Revue française d' études politiques africaines, Bd.7, 1972, Nr. 78, S. 44-50

113. Vgl. Philippe Leymarie, „La nouvelle diplomatie malgache", in Revue française d'études politiques africaines, Bd. 9, 1974, Nr. 97, S. 29-40

KEUCH

Immer diese langen Artikel....

114. Die MFM wurde im Dezember 1972 gegründet und rekrutierte sich aus Intellektuellen (wie ihr Generalsekretär Manandafy), aus dem städtischen und ländlichen Proletariat und aus dem städtischen Subproletariat (ZOAM). Eine Übersetzung des Parteinamens ist wegen der bildhaften madegassischen Sprache schwierig: „Partei der Kämpfer für eine proletarische Macht" oder „Partei für die Kleinen an die Macht". Der pro-MFM-Aufsatz: Antoine Bouillon, „Le M.F.M. malgache" in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 9, 1973, Nr. 95, S. 46-71, stellt sehr detailliert viele Positionen der MFM von 1973 dar, die allerdings durch einen Kurswechsel der MFM inzwischen teilweise überholt sind.

115. Vgl. „L'important discours du Gal Ramanatsoa sur l'économie nationale", in: „Madagascar Matin" vom 1.9.1973

116. Ebd. und „Jeune Afrique", Nr. 716 vom 28.9.1974, S. 68

117. Vgl. „Lumière" vom 5.1.1975

118. Vgl. Philippe Leymarie, „Madagascar: la ‚malgachisation' en question' in: Revue française d'études politiques africaines, Bd.8, 1973, Nr. 85, S. 28-32

119. Vgl. „L'important discours"..., a.a. O.

120. nach einer programmatischen Rede des Wirtschafts- und Finanzministers Ramaroson, in: „Marchés tropicaux et méditerranées", Nr. 1453 vom 14.9.1973

121. Vgl. „Le mois à Madagascar", in Bulletin de Madagascar, Mai-Juni 1972, Nr. 312-313, S. 518

122. Vgl. „Neue Züricher Zeitung" vom 6.4.1973

123. Vgl. Marc Rakatonoel, „Un nouveau plan pour un nouveau style de développement", in: Bulletin de Madagascar, Bd. 24, 1974, Nr. 326, S. 60-90, hier: S. 89

124. Vgl. Manfred Hedrich, „Standort der Industrie im entwicklungsstrategischen Konzept Madagaskars", in: Internationales Afrika Forum, Bd. 11, 1975, Nr. 1/2, S. 107-110

125. Vgl. Prats, a.a.O., S. 174-178; und Condominas, a.a.O., S. 86-87

126. Vgl. Prats, S. 29-30; und Condominas, a.a.O., S. 86-87

127. Vgl. Leymarie, „Le Fokonolona...", a.a.O., S. 51-52

128. Vgl. Ordonnance Nr. 73-009 und Nr. 73-040 in: Journal Officiel de la République Malagasy vom 3.4.1973 bzw. 7.8.1973

129. Vgl. Leymarie, „Le Fokonolona...", a.a.O., S. 58

130. Vgl. Adolphe Randriakoto, „La longue marche de la Révolution agraire", in: Bulletin de Madagascar, Bd. 24, 1974, Nr. 329, S. 405-419, hier: S. 414-415

131. Vgl. Philippe Leymarie, „Madagascar: Comment repartir?", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 10, 1975, Nr. 116, S. 15-17; und Christine Meyer, „Madagascar: la voie socialiste", in: Politique hebdo, Nr. 209 v. 12.-18.2.1976, S. 30

132. Vgl. Neue Züricher Zeitung v. 9.8.1973; und Europe Outremer Nr. 528 v. Jan. 1974, S. 41

133. Vgl. ebd. und Jeune Afrique, Nr. 646 v. 26.5.1973, S. 15; Hedrich, a.a.O., S. 108; Marchés tropicaux, Nr. 1453 v. 14.9.1973

134. Die „Parti Socialiste Malgache" (PSM) entstand als Zusammenschluß von Tsirananas PSD und Resampas USM nach deren schweren Niederlage bei der Wahl im Oktober 1973 zum „Conseil National Populaire de Développement" (CNPD), eine Art Legislative mit allerdings nur beratender Funktion, die bis Dezember 1975 bestand.

135. Vgl. Leymarie, „Le Fokonolona..." a.a.O., S. 61; und Philippe Leymarie, „Madagascar: Le général Ramanantsoa à l'épreuve", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 10, 1975, Nr. 110, S. 29-31, hier: S. 30

136. Vgl. Leymarie, „Le général...", a.a.O., S. 29; und Jeune Afrique Nr. 735 v. 7.2.1975, S. 26, und Nr. 736 v. 14.2.1975, S. 23

137. Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 43/44, März/April 1975, S. 9-10; Le Monde v. 7.2.1975; zur Wirtschaftsspionage vgl. Jeune Afrique Nr. 738 v. 28.2.1975 S. 20, Nr. 747 v. 2.5.1975 S. 21, Nr. 766 v. 12.9. 1975, S. 27

138. Vgl. Leymarie, „Madagascar: L'homme de la dernière chance?" in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 10, 1975, Nr. 111, S. 24-26

139. Zu allen Sofortmaßnahmen vgl. Le Monde vom 13.2., 22.2., 27.2. 1975; und Frankfurter Rundschau v. 13.2., 14.2., 15.2.1975

140. Vgl. Philippe Leymarie, „Madagascar: Pause et incertitudes", in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 10, 1975, Nr. 113, S. 17-19

141. Eine Zusammenfassung des Prozesses liefern: „Madagascar: L'étranges procès de Tananarive", anonym, in: Revue française d'études politiques africaines, Bd. 10, 1975, Nr. 115, S. 21-23; Le Monde v. 14.6.1975; Zwischenberichte in Jeune Afrique Nr. 747 v. 2.5.1975 S. 21 und Nr. 749 v. 16.5.1975, S. 41

142. Vgl. Le Monde v. 18.6.1975

143. Vgl. „Charte de la Révolution Socialiste Malagasy tous Azimuts" Tananarive 1975, hier: S. 17-18. Die Regierungserklärung, die Ratsiraka vom 26.8. bis 3.9.1975 über Radio und Fernsehen abschnittsweise jeden Abend vortrug, wurde im Oktober als preiswertes Taschenbuch in hoher Auflage herausgegeben und gilt seitdem in Anlehnung an die „Mao-Bibel" als „kleines rotes Buch".

144. Vgl. Leymarie, „Comment repartir?", a.a.O., S. 15

KEUCH
Jmmer diese langen Artikel....

145. Vgl. Leymarie, „La nouvelle diplomatie malgache", a.a.O., S. 37-38

146. Vgl. ein Interview von Ratsiraka in Le Monde v. 1.1.1976

147. Vgl. Leymarie, „La nouvelle diplomatie malgache", a.a.O., S. 39

148. Ebd.

149. Vgl. das Interview in Le Monde v. 1.1.1976

150. Vgl. „Charte...", a.a.O., S. 43 ff.

151. Vgl. Le Monde v. 18.6.1975, 16.12.1975, 1.1.1976; und Marchés tropicaux Nr. 1558 v. 19.9.1975

152. Vgl. „Charte...", a.a.O., S. 24-25

153. Vgl. Jeune Afrique Nr. 785 v. 23.1.1976 S. 25; und African Research Bulletin – Politica, 1975, Nr. 8; und Frankfurter Rundschau v. 1.3.1976

154. Vgl. Marchés tropicaux Nr. 1553 v. 15.8.1975

155. Vgl. Jeune Afrique Nr. 774 v. 7.11.1975

156. Vgl. „Charte...", a.a.O., Abschnitt „Révolution agraire" S. 55-60; und die Präzisionen dazu durch den Minister für ländliche Entwicklung in: Marchés tropicaux Nr. 1560 v. 8.10.1975

157. Vgl. „Charte...", a.a.O., S. 50-54

158. Vgl. „Charte...", a.a.O., S. 64-66

159. Vgl. Marchés tropicaux, Nr. 1561 v. 10.10.1975 und Nr. 1562 v. 17.10.1975

160. Vgl. Jeune Afrique Nr. 781 v. 26.12.1975, S. 14

161. Vgl. „Charte...", a.a.O., S. 101-104; African Research Bulletin-Politics, 1975, Nr. 11

162. Der Text der Volksabstimmung ist abgedruckt in: Marchés tropicaux Nr. 1570 v. 12.12.1975; Berichte über die Wahlveranstaltungen in Jeune Afrique Nr. 779 v. 12.12. 1975 und Nr. 781 v. 26.12.1975; das Ergebnis in Le Monde v. 1.1. 1976

163. Vgl. Leymarie, „Comment repartir?", a.a.O., S. 17; und Jeune Afrique Nr. 790 v. 27.2. 1976 S. 31 und Nr. 795 v. 2.4. 1976 S. 24

164. Vgl. Le Monde v. 1.1.1976

165. Madagaskar gehört trotz seines Anteils von 77 % an den Vanilleweltexporten nicht zu diesen Ländern. Wegen der Substitutionsmöglichkeit dieses Produkts mußte Madagaskar sich im Vanillekrieg 1963/64 schließlich wieder dem Preisdiktat aus dem Hauptabnehmerland USA beugen. Vgl. Jürgen Bosch, Die Vanilleausfuhrpolitik der madagassischen Republik 1960 -1969, Diss. Berlin TU

166. Vgl. Hartmut Elsenhans, „Die Überwindung der Unterentwicklung" in: Nohlen und Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Hamburg 1974

***

Argentinien

Der Militärputsch

von Argentiniern in der BRD

Am 24. März 1976 fand in Argentinien unter der Leitung der Generäle der drei Waffengattungen der Streitkräfte, Videla (Heer), Massera (Marine) und Agosti (Luftwaffe) ein Putsch gegen die Regierung von Isabel Martinez de Peron statt. Niemand wurde durch den Putsch überrascht, dessen Notwendigkeit für die argentinische Bourgeoisie seit langem bekannt war.
Das erste Vorhaben der Militärs war , so die offizielle Formulierung, „eine gewisse Ordnung in das herrschende politische, ökonomische und institutionelle Chaos zu bringen". Dementsprechend galt ihre erste Aufgabe der Bekämpfung der „Subversion", wofür drastische Maßnahmen ergriffen wurden:

–Das sogenannte „Dekret für nationale Sicherheit" wurde erlassen, mit dem die Todesstrafe für alle „staatsgefährdende" Aktivitäten eingeführt wird. Davon sind besonders sämtliche Guerrilla-Aktionen betroffen. Alle Personen, die sich „subversiver" Tätigkeiten verdächtig machen, werden sofort aus dem öffentlichen Dienst entlassen.
– Alle öffentlichen und privaten Betriebe wurden zur „militärischen Interessenangelegenheit" deklariert, das Streikrecht aufgehoben. Dadurch wird jeder Lohnkampf zu einem Delikt gegen den Staat und gerät somit unter militärische Rechtsprechung.
– Alle Parteien der Linken wurden verboten. Sowohl der Kommunistischen Partei (KPA) als auch den übrigen bürgerlichen Parteien wurden bis auf weiteres jegliche politische Betätigung untersagt.
– Das Parlament und der oberste Gerichtshof wurden aufgelöst, der Ausnahmezustand im ganzen Land ausgerufen.
– Presse und Versammlungsfreiheit wurden aufgehoben.
– Alle Universitäten, Schulen und Banken wurden vorübergehend geschlossen. Für die Zukunft wurde jegliche politische Aktivität in den Universitäten verboten.
– Innerhalb von zwei Wochen wurden mehr als 3.000 Personen festgenommen; einerseits solche Personen, die mit der korrupten Regierung Isabels in Verbindung standen und des Mißbrauchs öffentlicher Gelder beschuldigt werden, unter ihnen die Expräsidentin selbst. Andererseits aber besonders Arbeiter, revolutionäre Gewerkschaftsführer und politische Leiter von revolutionären Organisationen.
– Besondere Maßnahmen wurden gegenüber den politischen Flüchtlingen aus anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen faschistische Regierungen an der Macht sind, getroffen. Einem Dekret zufolge haben sie sich unverzüglich bei der Polizei zu melden, um sich registrieren zu lassen. Dabei gehen sie das Risiko ein, in ihre Heimatländer zurückgeschickt zu werden. Ebenso haben alle Ausländer, die in ihren Heimatländern Delikte begangen haben, das Land binnen fünf Tagen zu verlassen.
– Einigen, besonders den deutschen Unternehmen wie der Dresdner Bank, der Hermesversicherung, der Siemens AG sollen Entschädigungen ausgezahlt werden, bzw. deren Verträge neu verhandelt werden.
– Insgesamt soll auf dem wirtschaftlichen Sektor eine Reform durchgeführt werden, die die ausländischen Unternehmen noch mehr bevorzugt. Um ausländische Investoren nach Argentinien zu locken, sollen Steuerbegünstigungen für diese Firmen eingeführt und die staatliche Kontrolle über die Finanzierung von Projekten aufgehoben werden.

Die wirklichen Ursachen des Putsches

Die Darstellungen der Ursachen des Militärputsches nahmen in der Presse oftmals die Formen eines billigen Kriminalromans an: Eine unfähige Nachtklubtänzerin hatte sich da in einem einstmals reichen Land an die Regierungsmacht gesetzt, war mit mächtigen Gewerkschaften ein Bündnis eingegangen, hat das Land systematisch abgewirtschaftet, bis schließlich das Militär als neutraler Ordnungshüter den Terror und das wirtschaftliche Chaos zu beheben sucht.
Die Argentinische Realität unterscheidet sich von dieser halbexotischen Legende bei weitem: Seit etwa zwei Monaten versuchte die repressive Regierung von Isabel Peron die ökonomische Lage des Landes zu retten, indem sie sich an die internationalen Kreditinstitute wandte. Hierzu reiste eine Kommission des Internationalen Währungsfonds nach Argentinien, um die Lage zu beobachten und die Bedingungen für die Vergabe von Krediten zu bestimmen. Die Empfehlungen des Fonds wurden von dem Wirtschaftsminister Mondelli in eine ökonomische Wirtschaftspolitik umgesetzt, die eine Einfrierung der Löhne, Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung, Abwertung des Geldes, Rationalisierung zwecks Erhöhung der Produktion vorsahen. Die Welle von spontanen Streiks als Reaktion der Arbeiter war weder von der Regierung, noch von den ihr ergebenen Gewerkschaften einzudämmen. Indem die Arbeiterklasse die Politik der Gewerkschaftsbürokraten überrollte, stellte sie die pro-imperialistische Politik der scheinbar populistischen Regierung in Frage. So wurde für die Bourgeoisie die Notwendigkeit des Regierungswechsels immer deutlicher, und die Militärs mußten jene Bereiche der Macht übernehmen, die sie noch nicht unter ihrer Kontrolle hatten.
Somit stellt der Putsch keinen radikalen Wechsel im politischen Leben Argentiniens dar, da die Repressionsorgane bereits während der Regierung von Isabel Martinez Peron aktiv in Erscheinung getreten sind.
– Seit mehr als 1 1/2 Jahren kämpft das argentinische Heer in der Provinz Tucuman gegen die vom ERP (Revolutionäre Volksarmee) angeführte Guerrilla mit Methoden, die sich nur geringfügig von denen im Vietnam-Krieg unterscheiden (z.B. die Verwendung von Napalmbomben).
– Die Unterdrückung der Streikbewegungen in den Fabriken liegt seit mehr als sechs Monaten in den Händen des Militärs. Durch ein Gesetz vom Oktober 1975 wurde festgelegt, daß die Kämpfe der Arbeiter als „industrielle Guerrilla" zu bezeichnen und entsprechend zu bekämpfen sind. Mehrmals hat das Militär in Streiks, wie etwa in Sierra Grande, eingegriffen.
– Die antikommunistische Allianz Argentiniens (AAA), die innerhalb eines Jahres mehr als 1.500 Arbeiter, Intellektuelle und Vertreter der Linken unter brutalsten Methoden entführt, gefoltert und ermordet hat, wurde von der Regierung Isabels, insbesondere vom ehemaligen Wohlfahrtsminister Lopez Rega, mit der Unterstützung des Militärs, der Polizei und der Gewerkschaftsbürokratie organisiert und geleitet. Aufgabe dieser Organisation war es, die schmutzige Arbeit zu verrichten, die weder die Militärs noch die „legale" Regierung durchführen konnten, ohne ihr Ansehen vor der Weltöffentlichkeit zu verlieren.

Deshalb ist es höchst unwahrscheinlich, daß diese Terrorgruppen verschwinden, falls die argentinischen Militärs nicht einen Weg à la Pinochet einschlagen. Wenn man all diese Faktoren berücksichtigt, so bedeutet der Putsch nichts anderes als die Fortsetzung einer vor zwei Jahren begonnenen Politik, jedoch ohne die Schranken, die ein Parlament und die formal-bürgerlichen Freiheiten bedeuten.

Die Wirtschaftspolitik der Militärs

Für den aufmerksamen Beobachter der Entwicklungsprozesse in Lateinamerika bieten die argentinischen Militärs keine Überraschung. Sie sind die besten Vertreter der typischen Politik der abhängigen lateinamerikanischen Bourgeoisien. Der neue Wirtschaftsminister und Harvard-Absolvent de Hoz, einer der zwei Zivilisten in der Regierung, hat ein Wirtschaftsprogramm angekündigt, das im wesentlichen die Linie verfolgt, die bereits die vorherige Regierungspolitik kennzeichnete:

– Ausländisches Kapital durch politische Stabilität, hohe Steuerbegünstigungen und hohe Gewinnspannen anzuziehen

– Generelle Preiserhöhung bei Einfrierung der Löhne

– Aufhebung jeder Art von Staatskontrolle. Die Aktivität des Marktes soll sich nur durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage reglementieren.

Die Chancen für ein solches Wirtschaftsprogramm erscheinen nicht sehr groß, wenn man überlegt, daß die kapitalistische Entwicklung des Landes auf Kosten einer Verringerung des ohnehin schon sehr schlechten Lebensniveaus der Arbeiterklasse und der tieferen Mittelschicht konzipiert wird.
Der hohe Politisierungsgrad und die Organisation der argentinischen Arbeiter werden verhindern, daß die Militärs ihr Programm mit einem populären Anstrich schmücken werden. Eine Erhöhung der Repression wird das unausweichliche Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik sein.
Jedoch ist die Charakterisierung des Putsches als unblutiger Machtwechsel nicht so sehr auf die gesteigerte Intelligenz der argentinischen Militärs zurückzuführen, sondern auf den Umstand, daß die argentinische Arbeiterklasse nicht bereit war, eine Regierung zu verteidigen, die unpopulär, proimperialistisch und repressiv war.

Zur Vorgeschichte des Putsches

Der Militärputsch ist die Konsequenz der abhängigen kapitalistischen Entwicklung der argentinischen Wirtschaft. Gründe wie die Korruption der Regierung Isabels, Chaos in der öffentlichen Verwaltung usw. können als keineswegs entscheidend in dieser Phase der Entwicklung akzeptiert werden. Die Person Isabel Perons, ihre Regierungsunfähigkeit, usw. sind Merkmale einer Geschichte, die vor vielen Jahren begonnen hat.
Als während des 2. Weltkrieges Argentinien sich in seiner ökonomischen Lage durch die hohen Exportpreise für Rohprodukte (Fleisch, Getreide) bevorzugt sah, tauchte J. D. Peron auf, der sich vornahm, eine Politik kapitalistischer Entwicklung bei einer gleichzeitigen Umverteilung des Einkommens zugunsten der Lohnabhängigen vorzunehmen.
Zum ersten Mal in ihrer Geschichte erreichte die argentinische Arbeiterklasse Verbesserungen (Lohnerhöhungen, Sozialversicherungen, Gewerkschaften) die mit dem Namen Peron personifiziert werden. Diese Politik war jedoch nur in einer bestimmten historischen Konjunktur möglich, die eine industrielle Entwicklung bei gleichzeitiger Umverteilung ermöglichte.
1955 wurde Peron in einem Militärputsch gestürzt. In der folgezeit wechselten zivile und militärische Regierungen, während der Peronismus als politische Bewegung ausgeschlossen blieb.
Die Politik der Militärdiktatur von Ongania seit 1966, die die Öffnung für das Auslandskapital mit schärfster politischer und sozialer Unterdrückung verband, führte zu einer starken Volkserhebung in den größten Städten. So mußte Ongania von General Lanusse abgelöst werden, dessen Politik sich aber kaum vom Vorgänger unterschied. Es war der verstärkte, massive Widerstand der Bevölkerung, der zu den freien Wahlen des Jahres 1973 führte. Mit großer Mehrheit wurde der peronistische Kandidat Hector Campora gewählt. Die politischen Gefangenen wurden befreit, während die peronistische Linke, die den Hauptteil des Wahlkampfes getragen hat, wichtige Positionen in der neuen Regierung einnahm. Mit der Rückkehr Perons aus seinem achtzehnjährigen Exil trafen die Gegensätze innerhalb der Bewegung vermehrt aufeinander. Am Tag seiner Rückkehr kam es zu Schießereien, die von den rechten Gewerkschaftsbürokraten ausgelöst wurden und 200 Todesopfer forderten. In Neuwahlen wurde Peron zum Präsidenten gewählt, die linken Peronisten immer mehr eingeengt. Eine gescheiterte, reformistische Politik des „Sozialpaktes", die Ausbootung der Linken und der Vormarsch der rechten Peronisten in Regierung und Gewerkschaftsspitze führten zu immer stärkeren Gegensätzen, die durch den Tod Perons im Juli 1974 noch verstärkt wurden. Immer deutlicher wird die Unmöglichkeit einer autonomen und unabhängigen Entwicklung, mit deren Anspruch der Peronismus angetreten war. Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die als eine der Hauptstützen des Peronismus galt, wurde immer deutlicher, die peronistische Regierung zeigte nun eindeutig ihren pro-imperialistischen Charakter.
Es breiteten sich Ende des letzten Jahres überall Streiks aus. Ein Putschversuch, im Dezember 1975 von der rechtsextremen Luftwaffe durchgeführt, scheiterte an mangelnder Koordination.
Die notwendige Übereinstimmung im Militär wurde nunmehr hergestellt und führte zu dem erfolgreichen Putsch vom März 1976. Für die unterdrückten Schichten bedeutet der Staatsstreich nichts anderes als mehr Repression, mehr Hunger und schärfere Ausbeutung. „Ordnung und ökonomische Sicherheit" werden für die Arbeiterklasse mit Sicherheit Lohnverzicht und Mehrarbeit heißen, während die Oligarchie und das internationale Kapital ihre Gewinnspannen beträchtlich vergrößern werden.
Trotz der scharfen Gesetzgebung haben die Militärs wenig Aussicht auf Erfolg im Hinblick auf eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Auf der einen Seite werden die ausgebeuteten Klassen Argentiniens in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung nicht nachgeben, ja im Gegenteil, sie werden ihn verstärkt fortsetzen. Auf der anderen Seite hat das häufige Eingreifen des Militärs in die argentinische Politik in den letzten 30 Jahren meist mit mehr oder weniger freiwilligem Rückzug geendet (zuletzt 1973), wofür auch innere Differenzen ausschlaggebend waren.
Das Problem Argentiniens ist nicht hauptsächlich die mehr oder weniger große Korruption ziviler Politiker, denn die Militärs sind daran ebenso beteiligt. Das wahre Problem liegt in einer langanhaltenden Strukturkrise der argentinischen Gesellschaft. Diese Strukturkrise aber ist nicht mit einer „liberalen" Wirtschaftspolitik zu lösen, sondern nur mittels einer grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Struktur.

GUATEMALA

Was bewirken die Hilfssendungen?

Einige Strukturdaten
Guatemala ist mit einer Fläche von 109.000 qkm etwa so groß wie die DDR. Bei der letzten Volkszählung (1973) ergab sich eine Einwohnerzahl von 5,2 Mill.; davon sind etwa 2/3 Indios und 30 % Mischlinge.
Guatemala gehört zu den wirtschaftlich und sozial unterentwickeltsten Ländern der Welt. Das machen folgende Angaben deutlich:

– Rund 3/4 der Bevölkerung muß durchschnittlich von weniger als 1 DM pro Tag leben.

– Etwa 70 % der Einwohner sind Analphabeten.

– Für je 25.000 Menschen gibt es nur einen Zahnarzt (und auch das nur in der Stadt).

– Etwa 2/3 der Stadtbevölkerung hat kein fließendes Wasser. Auf dem Lande, wo 60 % der Bevölkerung lebt, ist die Situation noch schlechter: Hier waren 1963 nur 12 % an die Trinkwasserversorgung angeschlossen. Kanalisation gibt es hier so gut wie keine.

– Nach offiziellen Angaben sind 25 % der Erwachsenen arbeitslos; der tatsächliche Umfang von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung liegt jedoch wesentlich höher.

– Die Kindersterblichkeit ist hoch: Im Durchschnitt sterben von 1.000 Kindern 94 im ersten Lebensjahr. Unter den Indios ist die Kindersterblichkeit besonders hoch.

– Die Lebenserwartung beträgt etwa 45 Jahre.

Neben den armen Massen gibt es eine kleine Oberschicht: Etwa 2 % aller Grundeigentümer besitzen 76 % des Bodens, von dem aber nur etwa 10 % bearbeitet werden. Größter Grundbesitzer ist DEL MONTE, die Nachfolgeorganisation der United Fruit Company. Auf den Plantagen werden vorwiegend Bananen, Kaffee und Baumwolle für den Export angebaut.

Politische Situation
Formell ist Guatemala eine Demokratie. Der jetzige Präsident wurde jedoch von nur 3 % der Bevölkerung gewählt (Analphabeten dürfen nicht wählen). Neben dem Militär stehen zwei Parteien hinter der Regierung: Die Moviemento Liberal Nacional,faschistische Bewegung mit ähnlichen Zielen wie die Falanche in Spanien) und die Partido Institutional Democratico (PID) (Partei der Großgrundbesitzer). Oppositionelle Kräfte werden brutal unterdrückt: Seit dem Sturz des Präsidenten Arbenz (1954) wurden nachweisbar 30.000 politische Gegner des Systems ermordet. Es gibt dazu viele (ca. 15) Organisationen, die gegen fortschrittliche Menschen, Gruppen und Organisationen angehen; auch gegen fortschrittliche christliche Gruppen. Politische Gefangene werden häufig durch bezahlte Totschlägerorganisationen umgebracht.
(weitere Angaben siehe: „blätter des iz3w", Nr. 31, S. 62-71).

Das Erdbeben im Februar 1976
Am frühen Morgen des 5.2.1976 erschütterte ein Erdbeben Guatemala, das insgesamt 23.000 Tote und 76.000 Verletzte forderte. 1,1 Millionen Einwohner (also etwa jeder fünfte) wurden obdachlos. Besonders schwer war das Beben in dem Departement Chimaltenango: Hier starben 15.000 Menschen, und die Stadt Parrarmos wurde vollständig zerstört (FAZ, 19.3.76).
Jedoch war das Ausmaß des Schadens nicht nur von der Stärke des Bebens abhängig: Stabil und erdbebensicher errichtete Häuser blieben stehen und nahmen keinen oder nur geringen Schaden. So wurde im Zentrum von Guatemala City nur ein Appartementblock durch das Beben baufällig; er muß daher demnächst abgerissen werden. In den Elendsvierteln der Hauptstadt sind die Schäden jedoch sehr groß. Die hier lebende Bevölkerung kann sich eben keine erdbebensicheren Häuser leisten; man wohnte hier in Hütten aus Wellblech, Kartons, Lehm, ... Diese Hütten fielen beim Erdbeben wie Kartenhäuser zusammen und begruben unter sich die schlafenden Einwohner.

Geschäfte mit dem Erdbeben und den Hilfssendungen
Nach dem Beben trafen aus vielen Ländern Hilfssendungen in Guatemala ein. Die Regierung und das sie stützende Militär versuchten, bei der Verteilung dieser Sendungen einerseits Propaganda für die eigene Politik zu machen, andererseits auch noch etwas zu verdienen:
So wird in den Zeitungen Guatemalas hervorgehoben, daß die ersten Spenden aus Spanien kamen. Bei der Übergabe dieser Spenden war (neben dem Botschafter aus Nicaragua) der Chef von Caritas Guatemala, Dr. J. Tena Ibarra, anwesend, der gleichzeitig Direktor derjenigen Institution ist, die die kulturellen Beziehungen zum konservativen Regime in Spanien pflegt. Durch derartige Hervorhebungen wird Propaganda gemacht für freundschaftliche Beziehungen zu so reaktionären Regimes wie in Nicaragua, Spanien, ... (Zu Nicaragua vgl. „blätter des iz3w", Nr. 51, S. 13 ff.).

Die Streitkräfte Guatemalas leiteten die Nothilfemaßnahmen. Dabei erhielten US-Hubschrauber das Monopol, die Hilfssendungen in die schwer zugänglichen Gebiete zu fliegen. Dies wurde dann publizistisch herausgestrichen als Zeichen der Solidarität, die die US-Streitkräfte für Guatemala zeigen. Es ist hier nur anzumerken, daß die gleichen US-Streitkräfte 1954 massiv beim Sturz des reformfreundlichen Präsidenten Arbenz halfen und so die dringend notwendige Landreform verhinderten. Seitdem herrscht in Guatemala die Reaktion.
Daneben wurde natürlich auch propagandistisch groß herausgestrichen, wie das gualtematekische Militär den vom Erdbeben Betroffenen (durch Verteilung der Spenden) hilft; z.B. brachte die Zeitschrift La Hora Dominical am 15.2.1976 einen 50-seitigen Bildbericht über derartige Aktionen.

In solchen Berichten erfährt man jedoch nichts davon, daß die Militärs auch Hilfsgüter unterschlagen: So wurde z.B. eine ganze Halle mit Reis entdeckt, der nicht verteilt werden, sondern an die Ärmsten verkauft werden sollte. Nur große Militäraufgebote hielten die erboste arme Bevölkerung vor „Plünderungen" zurück. (siehe auch: Informationen von der Delegiertenversammlung der AGG – AK 6).

Zum Schutz der Reichenviertel vor der hungernden Bevölkerung werden auch Pfadfinder eingesetzt: Die Pfadfinderorganisation ist in Guatemala (und auch anderer Staaten Lateinamerikas) eine Organisation der Oberschicht; Regierungsmitglieder gehören zur nationalen Führung. Diese Pfadfinder liefen nach dem Beben mit Sprechfunkgeräten in den Wohnvierteln der Reichen, wo kaum ein Haus beschädigt ist, herum und koordinierten die Beschützerei. (Prensa Libre, Guatem. C., 9.2.76).

Einigen Unternehmen eröffnete das Beben neue Geschäftsmöglichkeiten. Das erkennt man an den Anzeigen der zeitungen:

– Das US-Friedhofsunternehmen (Camposanto Los Cipreses) bietet für die Toten, die zur Oberschicht oder auch noch zur Mittelschicht gehören, die sich somit den Parkfriedhofsplatz kaufen oder mieten können, einen Spezialservice an. Man hofft, daß das christlich-resignative Akzeptieren dieser Katastrophe hilft, Guatemala wieder aufzubauen (la Tarde, Guatem. - C. 9.2.76).
– Die Dry Chlorine – veröffentlicht Anzeigen, worin sie (Prensa Libre, Guatem.-C., 9.2.76) ihren guten Chlor (gegen Seuchengefahr) anbietet.

Andere Unternehmen nutzten das Erdbeben dazu, ihre Betriebe von mißliebigen Arbeitern zu säubern:

„Die Textilfirma Aurotex entließ 120 Arbeiter – zufälligerweise gerade die gewerkschaftlich organisierten – mit dem Hinweis auf Erdbebenschäden im Betrieb, obwohl die Fabrik keinen schwerwiegenden Schaden erlitten hatte und zudem versichert war.

– Im Nahrungsmittelunternehmen Rene benützte man die Geldnöte der Arbeiter dazu, den der Firma nicht genehmen Arbeitern die gesetzliche Abfindungssumme zu bezahlen und sie zu entlassen."
(Informationsdienst 3. Welt, Bern, 21.4.76).

Hilfe kann Bewußtwerdungsprozesse der Bevölkerung unterdrücken

Nach dem Beben sollen Angebote
„gemacht worden sein, ganze Dörfer aufzubauen. Großzügige, fast naiv großzügige Leute, die es gut meinen, aber die politische und soziale Situation des Landes völlig verkennen, glauben, sie täten ihr Bestes für das Volk von Guatemala.Dabei tun sie das Gegenteil: sie ersticken es buchstäblich mit Hilfsangeboten und Hilfsgütern: sie kommen in der Erwartung, daß man ihnen ganze Dörfer zuweist, die *sie* aufbauen. Diese scheinbare Großzügigkeit hat in Wirklichkeit katastrophale Folgen, weil sie die Einheimischen zur Seite schiebt und ihnen – einmal mehr – bedeutet: Ihr seid unfähig. Das Erdbeben brachte eine Bestätigung der wirtschaftlichen, kulturellen und ideellen Abhängigkeit, in der sich das Land befindet; es soll weiterhin nach der Geige tanzen, auf der die Industrieländer spielen."
(Informationsdienst 3. Welt, 21.4.76).

Ähnliche Auswirkungen auf das Bewußtsein der Bevölkerung dürfte die „Hilfe" haben, die die einheimische katholische Frauenbewegung organisierte: Die Frauenvereinigung „San Vicente de Paul", die sich (speziell in der Führung) aus Oberschichtfrauen zusammensetzt, sieht ihre Rolle in der religiösen Tröstung nach dem Beben: So haben lokale Gruppen in div. Zonen Gedenk-Kreuzzüge veranstalten helfen, die unter dem Motto standen: Gottes Wille ist gut und richtig, daran müssen wir immer glauben, auch bei Naturkatastrophen. – Konkrete Hilfe, z.B. aus ihrem Geldbeutel, haben sie aber nicht geleistet (La Hora dominical, 15.2.76, Guatemala-C.)

Das Erdbeben hat die Gegensätze verschärft

Es läßt sich also festhalten: Die Herrschenden haben nichts verloren: Die Reichen in ihren erdbebensicheren Häusern haben praktisch keinen Schaden erlitten; dem Militär ermöglichte das Erdbeben sogar eine breite Propagandakampagne zur Stärkung der eigenen Position.

Dagegen hat sich die Lage der armen Massen deutlich verschlechtert. Ihre Häuser sind am stärksten betroffen. Für den Wiederaufbau müssen sie teure Kredite in Anspruch nehmen. Kleinbauern, die schon vorher verschuldet waren und die jetzt Schäden an ihren Häusern hatten, kommen noch tiefer in die Schulden oder sie sind jetzt gezwungen, ihr Land zu verkaufen und als Landarbeiter in die Dienste von Großgrundbesitzern zu gehen.

Überarbeitete und ergänzte Fassung eines Briefs des AK Infos aus Südamerika

---

Wir weisen an dieser Stelle noch einmal auf den Spendenaufruf in „blätter des iz3w" Nr. 51 (S. 16) hin:

Die Aktion Dritte Welt ruft dringend zu Geldspenden für die Betroffenen des Erdbebens auf. Das Geld wird nach Guatemala weitergeleitet an Sozialarbeiter, die in Elendsvierteln arbeiten. Wir kennen die Sozialarbeiter persönlich und können daher eine sachgerechte Verwendung der Gelder garantieren.

Postscheckkonto der Aktion Dritte Welt
Karlsruhe 11500-754 Sonderkonto Technische Hilfe
Kennwort: Guatemala

Genauere Informationen über die Hilfsprojekte folgen in einem der nächsten Hefte .

Red.

Repression

ZWEI STUDENTEN IN FREIBURG VERHAFTET

Zur Vorgeschichte:

Schon seit längerer Zeit werden in Freiburg wie in vielen Städten der Bundesrepublik ältere, aber noch bewohnbare Häuser abgerissen. An deren Stelle werden neue, teure Büro- und Appartementhäuser gebaut. Diese „Sanierungspolitik" hat die Konsequenz, daß das Innenstadtwohngebiet zerstört wird und die Bewohner aus diesem Gebiet in die wenig attraktiven Randzonen der Städte vertrieben werden. Hauptgrund dafür ist das Profitinteresse einiger weniger Grundstücksspekulanten.

Der Widerstand gegen diese Politik führte in Freiburg zur Verhaftung von Bernhard T. und Jost G. Der Abriß bzw. das Unbewohnbarmachen zweier Häuser der Freiburger Innenstadt, in denen Studenten und Berufstätige wohnten, war zum 8. April 1976 angekündigt worden. Die Hausbewohner organisierten einen passiven Widerstand gegen die Räumung. Die Räumung wurde von zahlreichen Polizisten geschützt. Dabei haben Polizeibeamte in Zivil die Hausbewohner und die Leute, die sich vor dem Haus versammelt hatten, fotografiert. Anschließend fand eine spontane Demonstration durch die Innenstadt statt. Als einige Demonstranten einen fotografierenden Spitzel erkannt hatten und ihn zur Rede stellen wollten, kam seine Kamera bei dem Gerangel abhanden. Kurz darauf wurde Bernhard von den Polizisten aus der Menge der Demonstranten herausgegriffen und verhaftet.
Ihm wird vorgeworfen:
- Schwerer Raub
- Landfriedensbruch
- Gefährliche Körperverletzung
- Sachbeschädigung.

Am 20.4., also zwölf Tage nach der Demonstration, wurde auch Jost in seiner Wohnung verhaftet. Ihm werden die gleichen Delikte vorgeworfen wie Bernhard. Beide befinden sich seit ihrer Verhaftung in Untersuchungshaft. Das Mindeststrafmaß für schweren Raub beträgt fünf Jahre!

Den belastenden Aussagen von nur zwei Kripobeamten stehen mehrere gegenteilige Zeugenaussagen gegenüber: daß Bernhard an den Auseinandersetzungen *nicht* beteiligt war, und daß Jost überhaupt erst *nach* der Auseinandersetzung dazukam.

Als Haftgründe werden Flucht- und Verdunkelungsgefahr angegeben: „Der Beschuldigte hat zwar einen festen Wohnsitz und ist an der Universität Freiburg eingeschrieben; jedoch stehen diese Umstände der Annahme von Fluchtgefahr nicht entgegen. Die zu erwartende Freiheitsstrafe, deren gesetzliches Mindestmaß fünf Jahre beträgt, bietet dem Beschuldigten genügend Anreiz, sich der Strafverfolgung durch Flucht zu entziehen.

Außerdem ist zu befürchten, daß der Beschuldigte im Falle seiner Freilassung unlauter auf Zeugen und Mitbeschuldigte einwirken wird, um die Ermittlungen zu erschweren oder gar unmöglich zu machen und um die Wiederauffindung der geraubten Fotoausrüstung zu verhindern. *Derartiges Verhalten ist bei hochkriminellen Gewalttätern, die wie der Beschuldigte aus der Anonymität einer Menschenmenge heraus schwerste Straftaten verübt, erfahrungsgemäß üblich..."* (aus dem Haftbefehl gegen Jost; Hervorhebung von der Verfasserin).
Außerdem wird bei Jost der Haftgrund der Wiederholungsgefahr angeführt. Das ist Vorbeugehaft.

Zur aktuellen Situation:

Beide Beschuldigten befinden sich in der Untersuchungshaft. Die Untersuchungshaft bedeutet für Jost, Bernhard und andere Gefangene:
- Einzelhaft in primitiven, winzigen Zellen
- alle 14 Tage nur 15 Minuten Besuch für Angehörige unter Aufsicht
- jeden Tag maximal eine Stunde Hofgang zwischen Beton und Stacheldraht
- keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen
- Zensur aller Briefe

Diese Einschränkungen der persönlichen Freiheit führen nachweisbar zu schweren *psychischen Störungen*, die schwer abzubauen sind.

Was bedeuten diese Verhaftungen?

Durch diese Verhaftungen wurden zwei Demonstranten kriminalisiert. Aber die Verhaftungen richten sich nicht nur gegen Jost und Bernhard, sondern sie sollen alle politisch aktiven Menschen einschüchtern. Sie sollen die Bevölkerung von politischen Aktivitäten, wie z.B. dem Kampf gegen die Vernichtung von billigem Wohnraum, abhalten. Durch die Kriminalisierung der politischen Linken soll der Repression freier Spielraum gewährt werden, um die „Stabilität" des bürgerlichen Staates zu gewährleisten. Die elementarsten Grundrechte des bürgerlichen Staates werden anhand neuer repressiver Gesetze (z.B. §§ 88a, 130a, 140 StGB, Berufsverbote) eingeschränkt. Der Verfassungsschutz bespitzelt die Bürger und registriert die Daten, die dann bei passenden Fällen den Betroffenen zur Last gelegt werden. Die Polizei fotografiert bei Demonstrationen, aber das Fotografieren von Unbeteiligten bei Demonstrationen ist rechtswidrig. Die karteimäßige Erfassung von nichtstörenden, nicht verdächtigten und nicht beschuldigten Bürgern, die an einer Kundgebung teilnehmen, greift rechtswidrig in die Rechtssphäre des einzelnen Bürgers ein. Hiergegen besteht ein Notwehrrecht. Hierbei ist es nur eine Definitionsfrage, ob man diese tagtäglich praktizierten Maßnahmen faschistisch, polizeistaatlich oder anders nennt.

Was können wir tun?

Wir alle müssen uns gegen diese umfassende Einschüchterung wehren. Hier in Freiburg hat sich ein Aktionsausschuß für die sofortige Freilassung von Bernhard und Jost gebildet, der gemeinsam von verschiedenen politischen Gruppen getragen wird. Er konzentriert sich zunächst darauf, Bernhard und Jost freizubekommen. Er versucht auch, neue Strategien zu entwickeln, um der Bevölkerung die Einschüchterungspraxis bewußt zu machen, denn jeder von uns könnte das nächste Opfer sein.
Die Kosten für die Verteidigung von Bernhard und Jost und für die Solidaritätskampagne werden erheblich sein. Spendet deshalb auf das Konto:

Aktion Dritte Welt e.V.
Sonderkonto „Technische Hilfe"
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 115 00 - 754
Kennwort: „Prozesse"

rsg

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

(Martin Niemöller)

Kampagne gegen Repression

Das Sozialistische Büro (SB) in Offenbach hat jetzt zu einer intensiven und umfassenden Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung in der BRD aufgerufen. Im Rahmen dieser Kampagne soll Pfingsten 1976 ein zentraler Antirepressions-Kongreß in Frankfurt durchgeführt werden.

Die Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung soll dazu beitragen, „die Bedingungen für die Fortsetzung sozialistischer Organisierung und Arbeit angesichts der verschärften Repression zu erhalten." Es geht darum, „Organisationsformen zu entwickeln, die zu einer Überwindung der Vereinzelung führen und die der Angst entgegenwirken, durch den Verlust des Arbeitsplatzes isoliert und politisch handlungsunfähig zu werden. Für diejenigen, die durch die politische Repression oder als Folge der wirtschaftlichen Krise ihren Arbeitsplatz verloren oder gar nicht erst gefunden haben, muß die Möglichkeit geschaffen werden, ihre Qualifikation zu nutzen, phantasievoll und gezielt politisch zu arbeiten und damit Vereinzelung zu verhindern. Es geht darum, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern unsere Fähigkeiten organisiert für unsere Interessen und Zielsetzungen einzusetzen."

Der **Pfingskongreß**, der vom **5.** bis **7. Juni 1976 in Frankfurt** stattfindet, soll einen ersten Höhepunkt darstellen und darüber hinaus Orientierung für eine offensive politische Arbeit der Sozialisten geben.
Neben Stadtaktionen, Kundgebungen und kulturell-politischen Agitprop-Veranstaltungen sind u.a. auch Arbeitskreise zu folgenden Themen vorgesehen:
Unterdrückung im Betrieb; Gewerkschaften und Demokratie; Schule; Grundrechte und Verfassung; Wie kann man man sich rechtlich wehren?; Jugendzentren und Jugendarbeitslosigkeit; Frauen; Bürgerinitiativen/Stadtteilarbeit; Hochschule; Pressefreiheit; Ausländerrecht.

Zur Unterstützung der Kampagne hat das SB im Januar eine „links"-Sondernummer herausgebracht. Daneben erscheint ab sofort in unregelmäßigen Abständen ein Gruppeninformationsbrief zur Antirepressionskampagne.

Nähere Informationen bei:
Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4,
Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611/83 25 93

Rezensionen

UNTERDRÜCKTE MINDERHEITEN

Zülch, T. (Hrsg.): Von denen keiner spricht, Unterdrückte Minderheiten – von der Friedenspolitik vergessen, Rowohlt Taschenbuch Nr. 1879, Reinbek 1975, 222 S., 5,80 DM

Ziel dieses Sammelbandes ist es, auf unterdrückte ethnische Minderheiten hinzuweisen. Im einzelnen geht es dabei um die Kurden, die Basken, die Aborignes (Australien) und die Meschier (SU); um Minderheiten in Westpapua, im Südsudan, in Nigeria und in Indien, sowie um mehrere Indianer-Gruppen in Nord- und Südamerika (womit sicher nicht alle ethnischen Minderheiten erfaßt sind).
Die einzelnen Aufsätze und Dokumente zeigen einerseits auf, welchen Formen der Unterdrückung diese Gruppen ausgesetzt sind; zum anderen beschreiben sie den Beginn des Kampfes dieser Minderheiten um ihre Rechte.
Um die Vielfalt der Beiträge zu ordnen, versucht Zülch im einleitenden Kapitel, gemeinsame Ursachen der Unterdrückung von Minderheiten in der Dritten Welt herauszuarbeiten. Neben den Auswirkungen der Kolonialzeit sieht Zülch hier als wesentlichen Grund die Waffenlieferungen der BRD an Äthiopien, Nigeria und den Sudan zu einer effizienteren Unterdrückung der Autonomiebestrebungen der Eritreer, der Biafraner und der Südsudanesen (S. 21 f.). Abschließend beklagt Zülch die selektive Solidarität der westeuropäischen Linken mit diesen unterdrückten Minderheiten. Als Ursache vermutet er: „Es scheint, daß die verhä rteten politischen Gruppierungen in Westeuropa Widerstandsbewegungen in der Dritten Welt eher durch Kategorien interpretieren, die aus politischen Bedürfnissen dieser Gruppierungen abgeleitet sind als aus den inneren Bedingungen der zu untersuchenden Bewegungen. So werden Befreiungsbewegungen nationaler Minderheiten eurozentrische Bestimmungen übergestülpt und möglichst alle Tendenzen übergangen, die sich dem Streben nach vereinheitlichender Interpretation nicht fügen." (S. 24) Es ist zu hoffen, daß dieses Buch zur Beseitigung dieses Mißstandes beiträgt. wawi

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Unterrichtsmodelle und Materialien auf dem Prüfstand, hrsg. von der Arbeitsgruppe Friedensforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Broschur DM 8,–

Das Buch beansprucht, einen breiten Überblick über die derzeit in der BRD erhältlichen Unterrichtsmodelle und Materialien zum Thema Drite Welt zu geben. Es werden 45 Unterrichtsmodelle, 23 Materialien und Handreichungen beschrieben und analysiert.
Zu Beginn des Buches wird versucht zu erklären, wie eine Arbeitsgruppe Friedensforschung überhaupt dazu kommt, sich mit dem Thema Dritte Welt zu beschäftigen. – Der Kriterienkatalog, nach dem bewertet wurde, ist bedauerlicherweise nicht abgedruckt. In dem Unterkapitel „Aspekte der Rezensionsarbeit" kristallisiert sich jedoch folgendes Analyseraster heraus: Ein Unterrichtsmodell wird dann als gut eingestuft, wenn:
– deutlich wird, daß es eine Entwicklung der Unterentwicklung gibt.
– der Bezug des Themas Dritte Welt zu unserer Gesellschaft hergestellt wird.
– eine partnerschaftliche Unterrichtsgestaltung möglich ist.
– es die Verwendung moderner Unterrichtsmethoden und pädagogische Experimente zuläßt.
– es handlungsorientierten Unterricht fördert.
– die Texte didaktisch komplex sind.

Leider werden diese Kriterien nur in der Einleitung in sehr verwirrender Fachsprache erwähnt, nicht aber für jedes Unterrichtsmodell neu formuliert. Daher bleibt es dem Leser selbst überlassen, diese dem Text zu entnehmen.
Die 45 Unterrichtsmodelle sind also, wenn auch etwas unübersichtlich, nach den genannten, recht brauchbaren Kriterien, ausführlich kommentiert. Die Beschreibung der 23 Materialien dagegen ist knapp und lapidar, so daß man mit ihr nur wenig anfangen kann. Angesichts der Tatsache, daß es unseres Wissens keine andere kommentierte Sammlung von Unterrichtsmodellen gibt, ist das Buch für den Lehrer eine gute Orientierungshilfe. hiwe

ID – SELBSTVERSTÄNDNIS

Der Informationsdienst versteht sich als Baustein für einen sozialistischen Nachrichtendienst, dessen Notwendigkeit sich Ende der 60er deutlich abzeichnete, als sich in Betrieben, Stadtteilen und in der Provinz neue Kampfformen gegen die Diktatur des Kapitals entwickelten. Diese Ereignisse und die Erfahrungen daraus mußten und müssen weiterhin verbreitet werden. Wir wissen, daß diese Aufgabe von der bürgerlichen Presse ignoriert, unterschlagen wird. Andererseits sind die linken Periodika entweder technisch noch nicht in der Lage, die Gesamtheit dieser Nachrichten rasch zu erfassen und weiterzuleiten, oder sie schliessen sich durch ihre absolutistische Haltung („im Interesse des Volkes die halbe Wahrheit verschweigen") von dieser Möglichkeit aus. Der ID bringt nationale und internationale Nachrichten über neue Kampfformen in der Arbeiterbewegung (Fabrikbesetzungen, alternative Listen bei Betriebswahlen), Nachrichten über Repressionen (Klassenkampf von oben), Berichte über Umweltvernichtung, über den Kampf um menschenwürdiges Wohnen, über Demokratisierung in der Armee, Informationen aus den Gefängnissen, „geschlossenen Anstalten", Jugendzentren, Schulen und Universitäten, aus der Frauenbewegung, Berichte über Mängel und Widerstand im Gesundheitswesen, über wichtige Ereignisse im europäischen bzw. außereuropäischen Ausland und Nachrichten aus dem Kulturellen Bereich.

Für das ID-Kollektiv sind unterbliebene Nachrichten nicht nur solche, die von bürgerlichen Medien unterdrückt werden, sondern auch solche, die keine Beachtung finden, weil deren Bedeutung nicht erkannt wird. Der ID bringt nicht den Klatsch aus der „hohen Politik", nicht „Parteipolitik", sondern sucht die Informationen an der Basis – in Betrieben, bei Bürgerinitiativen, in Jugendzentren, bei linken Gruppen, in Kneipen, auf der Straße.
Das heißt für uns: Geben wir den Aktivisten das Wort, und darum fragen wir: Was haben diejenigen zu sagen, die sich hierzulande mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen, aber „nichts zu sagen haben."
Beispiel dafür ist die Sondernummer zum Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung in Wyhl-Marckolsheim gegen Blei- und Kernkraftwerk. Sie ist Beispiel dafür, daß der ID den Betroffenen das Wort gibt – wie z.B. die Sendung „vor Ort" des deutschen Fernsehens. Die ID-Leute gehen allerdings einen Schritt weiter: Sie versuchen mit den Betroffenen in Verbindung zu bleiben, so daß sie wissen: es gibt ein Medium, das ihre Worte nicht verfälscht.

„Der Informationsdienst soll in erster Linie als Nachrichtendienst für Multiplikatoren arbeiten, für Betriebs- und Stadtteilzeitungen, für Organe politischer Gruppen und von Jugendinitiativen, für alle, die dafür sorgen, daß Nachrichten, die vom Volk kommen, wieder zum Volk zurückkehren." Das heißt auch: für fortschrittliche Journalisten, die in den etablierten Medien, in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, arbeiten.

Adresse: Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/M. 90
Telefon: 0611 / 70 43 52

BRASILIEN RUNDSCHAU

– eine Zeitung über Brasilien und die deutsch-brasilianischen Beziehungen
– erscheint jährlich, Umfang 10 Seiten
– Herausgeber: die Brasilienkoordinationsgruppe von amnesty international

- berichtet über politische Gefangene, Repression, Folter und Zensur in der jetzt 12 Jahre dauernden Militärdiktatur
- analysiert das sogenannte „brasilianische Wirtschaftswunder", wem es nützt und welche Rolle die deutschen Unternehmen darin spielen
- informiert über die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien
- geeignet für alle, die sich mit dem größten Staat Lateinamerikas beschäftigen; Schüler- und Lehrer-; politische, entwicklungspolitische, kirchliche etc. Gruppen; für den Verkauf bei Veranstaltungen und auf der Straße . . .

Bezug: amnesty international, Brasilienkoordinationsgruppe, Bergisch Gladbacher Straße 1141, 5000 Köln 80 (Exemplare der Ausgabe 1975 sind noch erhältlich, 1974 vergriffen).
Preis: Einzelpreis DM 0,60, Mengenpreise auf Anfrage
Bei Bezug eines Einzelexemplars bitte DM 1,20 in Briefmarken schicken (DM 0,60 Porto).

G E S U C H T

Gesucht wird eine entwicklungspolitisch engagierte männliche Person im Alter von 20 – 30 Jahren, die allg. u. detaillierte Kenntnisse über die politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Strukturen und Entwicklungen in Lateinamerika besitzt. Insbesondere über **Bolivien**, Chile, Kuba und Peru.

Geplant ist in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Ethnologie und Soziologie der Dritten Welt der Universität Marburg und des „info' zentrums dritte welt" in Koblenz, mit einem 4köpfigen Team eine 1jährige Informations- und Studienreise durch Lateinamerika und den oben genannten Schwerpunktländern durchzuführen.
Diese Informations- und Studienreise beginnt im Juli 1976.

Voraussetzung:
a) finanzielle Eigenleistung in Höhe von 7.500,– DM,
b) Autoführerschein der Klasse 3,
c) autotechnische Kenntnisse (wünschenswert),
d) ton-, film- und fototechnische Kenntnisse,
e) sprechen der spanischen Sprache wünschenswert, jedoch nicht Voraussetzung.

Genaue Informationen zu erfragen bei:
Robert Rossbruch
Görresstraße 2
5400 Koblenz 1

AUFRUF

FINANZIERT DEN REDAKTIONSASSISTENTEN!

Bislang bestand die Redaktion der „Blätter des iz3w" nur aus Leuten, die in ihrer Freizeit mitarbeiten konnten. Die Folgen bekamen unsere Leser und vor allem auswärtige Autoren immer wieder zu spüren: schleppende Erledigung der Redaktionskorrespondenz, ständige Pannen bei der Planung der nächsten Hefte und Schwierigkeiten bei der grafischen Gestaltung der „blätter".
Nach vier Jahren des Improvisierens beschloß deshalb die Redaktion, einen Redaktionsassistenten einzustellen, der sich ganztags um die Betreuung und Koordinierung der Redaktionsarbeit kümmern soll. Seine Arbeit soll allerdings weitgehend auf Organisatorisches beschränkt bleiben, um eine Hierarchiebildung in der Redaktion zu vermeiden.

Wir haben damit einen Sprung ins (finanziell) Ungewisse getan. Im Jahr 1975 mußten wir 50 % der laufenden Kosten aus Spendenmitteln decken. Für eine hauptamtliche Redaktionskraft, die 1.200,– DM im Monat kosten soll, haben wir nur auf begrenzte Zeit die Mittel. Wenn wir uns trotzdem zu der Mehrausgabe entschlossen haben, liegt das daran, daß wir annehmen, die Attraktivität der „Blätter" und damit deren Auflage durch solche Maßnahmen erhöhen zu können.
Eine hauptamtliche Kraft kann auch gezielt versuchen, durch Erweiterung unserer Anzeigentauschaktionen neue Abonnenten zu gewinnen.

Eine weitere Erhöhung unseres Abonnementspreises, vor allem des ermäßigten Satzes, können wir unseren Lesern nicht zumuten. Das zeigt sich schon daran, daß die Zahl der Abonnenten, die nach der letzten Preiserhöhung ihre Zahlung aufrundeten, gegenüber dem Vorjahr stark gesunken ist.

Wir hoffen deshalb weiterhin auf die Spendenfreudigkeit der Leser, die durch Daueraufträge (Förderkreis) z.Zt. etwa 1.500,– DM im Monat spenden.
Dieser Betrag konnte unser laufendes Defizit bislang abdecken. Jetzt brauchen wir mittelfristig weitere DM 1.200,– monatlich, um den neuen Redaktionsassistenten finanzieren zu können. Bitte überlegen Sie sich, ob Sie mit einem kleinen Beitrag (ab DM/Fr. 5,– oder S 30,– monatlich) regelmäßig unsere Arbeit unterstützten können. An die Mitglieder unseres Förderkreises geht die Bitte, zu prüfen, ob sie ihren Beitrag erhöhen können. Wir brauchen Ihre Hilfe.

. . . . (Diesen Abschnitt können Sie ausgefüllt Ihrem Geldinstitut schicken) . . . .

An . . . .
(Bank/Sparkasse)

Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. bei Ihnen bis auf Widerruf,

beginnend am . . . . , jeweil zum . . . . jeden Monats,

den Betrag von

DM
S . . . .
Fr.

☐ 1482 39 - 755 (Postscheckamt Karlsruhe)
auf das Konto Nr. ☐ 2377.047 (Österreichische Postsparkasse)
☐ 40-35899 (Postscheckamt Basel)

(bitte ankreuzen)

. . . .
Name, Adresse Unterschrift